



Plenum

77. Sitzung

München, Dienstag, 23. März 2021, 15:00 bis 20:25 Uhr

Plenarsitzung in hälftiger Besetzung

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten **Ruth Waldmann** und **Anna Schwamberger** 9940

Bekanntgabe des Austritts des Abgeordneten **Alfred Sauter** aus der Fraktion der CSU..... 9940

Bekanntgabe einer Umbesetzung im Fraktionsvorstand der Fraktion FREIE WÄHLER und im Ältestenrat..... 9940

**Haushaltsplan 2021
Einzelplan 01
für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags**

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/12932 und 18/12933)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses ([Drs. 18/14198](#))

Beschluss zum Einzelplan 01..... 9940

Erledigung gem. § 126 Abs. 6 BayLTGeschO der zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge (s. a. Anlage 1)..... 9940

Ermächtigung für das Finanzministerium..... 9941

**Haushaltsplan 2021
Einzelplan 11
für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofes**

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses ([Drs. 18/14336](#))

Beschluss zum Einzelplan 11..... 9941

Haushaltsplan 2021
Einzelplan 02
für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staats-
kanzlei

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und
 von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/13026 und 18/13027)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn.
 18/12788 mit 18/12793)

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/12934 mit 18/12941)

Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/12882 mit 18/12886)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses ([Drs. 18/14199](#))

Alexander König (CSU).....	9942
Katharina Schulze (GRÜNE).....	9945
Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER).....	9949 9953 9954
Matthias Fischbach (FDP).....	9953
Christoph Maier (AfD).....	9954
Ferdinand Mang (AfD).....	9954
Horst Arnold (SPD).....	9956
Martin Hagen (FDP).....	9960
Josef Zellmeier (CSU).....	9964 9968
Franz Bergmüller (AfD).....	9968
Florian Siekmann (GRÜNE).....	9968
Martin Böhm (AfD).....	9971 9975
Michael Hofmann (CSU).....	9973 9973 9975
Staatsminister Dr. Florian Herrmann.....	9976 9983 9984
Markus Plenk (fraktionslos).....	9983
Harald Güller (SPD).....	9983
Beschluss zum AfD-Änderungsantrag 18/12936.....	9984
Beschluss zum Einzelplan 02.....	9985
Erledigung gem. § 126 Abs. 6 BayLTGeschO der zur Ablehnung empfoh- lenen Änderungsanträge (s. a. Anlage 2).....	9985
Ermächtigung für das Finanzministerium.....	9985
Erledigung der Änderungsanträge 18/13026 und 18/13027.....	9985

Haushaltsplan 2021
Einzelplan 04
für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der
Justiz

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/13028 mit 18/13032)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/12794 mit 18/12802)

Änderungsantrag der AfD-Fraktion (Drs. 18/12943)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/12759 mit 18/12763)

Änderungsantrag der FDP-Fraktion (Drs. 18/12887)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 18/14259)

Steffen Vogel (CSU).....	9986 9988 9989
Markus Plenk (fraktionslos).....	9988
Toni Schuberl (GRÜNE).....	9989 10001
Gerald Pittner (FREIE WÄHLER).....	9991 9993
Christoph Maier (AfD).....	9993
Florian Ritter (SPD).....	9995
Martin Hagen (FDP).....	9996
Petra Guttenberger (CSU).....	9997 9998 9998
Staatsminister Georg Eisenreich.....	9998 10001
Beschluss zum Einzelplan 04.....	10001
Erledigung gem. § 126 Abs. 6 BayLTGeschO der zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge (s. a. Anlage 3).....	10001
Ermächtigung für das Finanzministerium.....	10002
Erledigung der Änderungsanträge 18/13028 mit 18/13032.....	10002

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 4)

Beschluss..... 10002

Antrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),

Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Horst Arnold, Klaus Adelt, Dr. Simone Strohmayer u. a. und Fraktion (SPD),

Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)

zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag
(Drs. 18/14608)

Beschluss..... 10003

Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zum Staatsvertrag über die Planfeststellungen für die L 2310 neu / St 2315 Verlegung bei Collenberg (Ortsteil Kirschfurt) mit Neubau einer Mainbrücke im Zuge der Landestraße L 2310 neu auf baden-württembergischer und der Staatsstraße St 2315 auf bayerischer Seite (Landesstraße 2310 neu / VNK 6221 004 neu NNK 6621 005 neu Station 0+000 bis 0+156, St 2315 / Abschnitt 100 / Station 0,0 bis 1,0) und für den Ersatzneubau der Brücke über den Main bei Wertheim - Kreuzwertheim im Zuge der Kreisstraße MSP 32 auf bayerische und der L 2310 auf baden-württembergischer Seite (ASB-Nr. 6223 910/521) (MSP 32 / Abschnitt 100 / Station 152 bis Station 0 (Netzknoten 6223039 (Landesgrenze)), Landesstraße L 2310 von Station 0 bis Station 320) (Drs. 18/13621)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Bauausschusses (Drs. 18/14636)

Beschluss..... 10003

Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zum Staatsvertrag über die Errichtung und den Betrieb des elektronischen Gesundheitsberuferegisters als gemeinsame Stelle der Länder zur Ausgabe elektronischer Heilberufs- und Berufsausweise sowie zur Herausgabe der Komponenten zur Authentifizierung von Leistungserbringerinstitutionen (eGBR-Staatsvertrag - eGBRStVtr) (Drs. 18/14602)

- Erste Lesung -

Verweisung in den Gesundheitsausschuss..... 10004

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes und des Bayerischen Hochschulpersonalgesetzes (Drs. 18/14196)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Wissenschaftsausschusses (Drs. 18/14633)

hierzu:

Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

hier: Nachteilsausgleich bei der Zulassung für Studiengänge mit besonderen Qualifikationsvoraussetzungen (Drs. 18/14635)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten

Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Dr. Stephan Oetzinger u. a. (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Hubert Faltermeier u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

(Drs. 18/14733)

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU).....	10004	10007	10008	10015
Ulrich Singer (AfD).....	10007	10012	10013	10015
Verena Osgyan (GRÜNE).....				10008
Kerstin Radler (FREIE WÄHLER).....			10011	10013
Christian Flisek (SPD).....	10016	10018	10023	10024

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP).....	10018	10023
Staatsminister Bernd Sibler.....	10020	10023 10024 10025
Toni Schuberl (GRÜNE).....		10024
Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD).....		10025
Beschluss zum GRÜNEN-Änderungsantrag 18/14635.....		10026
Beschluss zum CSU/FW-Änderungsantrag 18/14733.....		10026
Beschluss zum Gesetzentwurf 18/14196.....		10026
Schlussabstimmung.....		10026
Erledigung des CSU/FW-Änderungsantrags 18/14733.....		10026
Schluss der Sitzung.....		10026

(Beginn: 15:03 Uhr)

Präsidentin Ilse Aigner: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 77. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich zwei Glückwünsche aussprechen: Am 19. März 2021 haben Frau Kollegin Ruth Waldmann und Frau Kollegin Anna Schwamberger einen runden Geburtstag gefeiert. Frau Schwamberger ist vielleicht besser noch unter dem Namen Frau Toman bekannt. Im Namen des Hohen Hauses herzliche Glückwünsche, alles Gute zum Geburtstag, Gottes Segen und Gesundheit!

(Allgemeiner Beifall)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich bekannt geben, dass der Abgeordnete Alfred Sauter seinen Austritt aus der CSU-Fraktion erklärt hat. Von nun an wird er seine Aufgaben als fraktionsloser Abgeordneter wahrnehmen. Für Herrn Sauter gelten einstweilen die Ihnen bekannten Regelungen, die der Ältestenrat am 3. April 2019 für fraktionslose Abgeordnete beschlossen hat und die bereits bei drei weiteren fraktionslosen Mitgliedern des Hohen Hauses zur Anwendung kommen.

Darüber hinaus gebe ich bekannt, dass die Fraktion FREIE WÄHLER mitgeteilt hat, dass Herr Bernhard Pohl Herrn Joachim Hanisch sowohl als stellvertretender Fraktionsvorsitzender als auch als stellvertretendes Mitglied im Ältestenrat nachfolgt. Herr Pohl, ich wünsche Ihnen in Ihren neuen Tätigkeitsfeldern alles Gute. Viel Erfolg!

(Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Haushaltsplan 2021
Einzelplan 01
für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags**

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/12932 und 18/12933)

Hierzu findet keine Aussprache statt. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2021 für den Einzelplan 01, die Änderungsanträge der AfD-Fraktion auf den Drucksachen 18/12932 und 18/12933 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/14198 zugrunde. Der Einzelplan 01 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 01 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN [Anm.: Votum nachträglich korrigiert], der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen! – Das sind die Fraktion der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Plenik. Damit ist der Einzelplan 01 angenommen.

Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, gelten gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Das ist die Fraktion der AfD. Stimmenthaltungen? – Kollege Plenk (fraktionslos). Es ist so beschlossen.

Die Beratung des Einzelplans 01 ist damit abgeschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Haushaltsplan 2021
Einzelplan 11
für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten
Rechnungshofes**

Auch hierzu findet keine Aussprache statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2021 für den Einzelplan 11 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/14336 zugrunde. Der Einzelplan 11 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einstimmig zur unveränderten Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 11 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen von CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIEN WÄHLERN, SPD, AfD und FDP. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Das ist der Kollege Plenk (fraktionslos). Damit ist der Einzelplan 11 angenommen.

Die Beratung des Einzelplans 11 ist damit abgeschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Haushaltsplan 2021
Einzelplan 02
für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der
Staatskanzlei**

hierzu:

**Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/13026 und 18/13027)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/12788 mit 18/12793)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/12934 mit 18/12941)
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/12882 mit 18/12886)**

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat 119 Minuten. Somit entfallen die bekannten Redezeiten auf die jeweiligen Fraktionen.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass von der AfD-Fraktion zu deren Änderungsantrag auf Drucksache 18/12936, "Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung", Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt wurde.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Alexander König.

Alexander König (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, gestatten Sie mir als erstem Redner heute Nachmittag, Ihnen für diesen würdevollen Trauerakt herzlich zu danken. Dafür vielen herzlichen Dank!

(Allgemeiner Beifall)

Wir schnaufen jetzt alle einmal durch und kommen wieder zum Tagesgeschäft, sprich zur Endberatung des Haushalts 2021.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, schon zu Beginn dieser Beratungen lässt sich mit Sicherheit sagen: Bayern bleibt das Land der soliden Finanzen, das Land der Investitionen und das Land der Zukunftschancen. Der Haushalt 2021 gibt Sicherheit durch kraftvolle Investitionen, er steht für Stabilität und Verlässlichkeit, und er wirkt mit den Schwerpunkten Bildung, Wissenschaft und Forschung weit in die Zukunft – ein Füracker'scher Musterhaushalt insgesamt, mit den allerdings nicht zu vermeidenden Corona-Unsicherheiten.

Das Haushaltsvolumen steigt im Jahr 2021 auf 71,2 Milliarden Euro. Bereinigt um die coronabedingte Schuldenaufnahme für das Kapitel 13 19 – Sonderfonds Corona-Pandemie – in Höhe von maximal 8,3 Milliarden Euro handelt es sich um eine moderate Haushaltserhöhung von deutlich unter 3 %.

In der Debatte zum Doppelhaushalt 2019/2020 hat Herr Hartmann von den GRÜNEN noch massiv das Ausgabenwachstum kritisiert. Zu diesem Haushalt 2021 haben die GRÜNEN Mehrausgaben in Höhe von 1,3 Milliarden Euro beantragt sowie zur Finanzierung anderer Maßnahmen massive Kürzungen im Sozialbereich wie die Streichung des Familiengeldes in Höhe von 770 Millionen Euro und des Landespflegegeldes in Höhe von 414 Millionen Euro. Außerdem wurde von den GRÜNEN beantragt, einen Einnahmetitel für Einnahmen aus der Ausgabe von sogenannten Green Bonds in Höhe von einer Milliarde Euro zu veranschlagen. Die Milliarde sollte nach grüner Vorstellung für ökologische Projekte verwendet werden.

Allein diese Vorschläge würden eine Steigerung des Haushaltsvolumens um mehrere Milliarden Euro bedeuten, weshalb ich davon ausgehe, dass Ausgabenwachstum nicht mehr Ihr Kritikpunkt am Haushalt sein wird. Dafür spricht auch das Parteiprogramm der GRÜNEN zur Bundestagswahl, das in Konkurrenz zur SPD und der LINKEN auf höhere und neue Steuern, mehr Umverteilung, mehr Staatsanteil und damit auf ungehemmtes Ausgabenwachstum setzt, eine Politik zulasten der Jugend, der Zukunft und zulasten unseres Landes, eine Politik, die für uns, die CSU, weder im Bund und schon gar nicht in Bayern in Betracht kommt.

(Beifall bei der CSU)

Wir setzen, Kolleginnen und Kollegen, auf Stabilität und Verlässlichkeit. Diese wurde uns auch wieder durch ein erneutes Spitzenrating von Standard & Poor's bestätigt. Bayern erzielte als einziges Bundesland die Bestnote. Unser Dank gilt an der Stelle auch unserem Finanzminister Albert Füracker, der hierauf zu Recht stolz sein kann.

Natürlich, Kolleginnen und Kollegen, wird der Haushalt 2021 auch von der Corona-Pandemie geprägt. Wir hoffen, dass es der Bundesregierung, die für die Beschaf-

fung des Impfstoffes zuständig ist und derzeit auch alleine Zugriff auf die Impfstoffe hat, gelingen möge, die Bestell- und Lieferengpässe zu überwinden, um damit die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die so dringend erforderliche Normalisierung unseres Lebens schnellstmöglich erreicht werden kann.

Bis dahin tun wir hier alles, um Leben zu retten, Menschen zu schützen, indem wir Medikamente, Schutzausrüstung, Schnelltests, Geräte, Ausrüstung usw. beschaffen, die Logistik für die Impfungen bereitstellen und auch Entschädigungen nach dem Infektionsschutzgesetz bezahlen. Insgesamt investieren wir in diesem Jahr für die Stärkung des Gesundheitsdienstes, wozu auch 500 zusätzliche Stellen gehören, 5,7 Milliarden Euro von der maximal vorgesehenen Neuverschuldung.

In danke an der Stelle, Kolleginnen und Kollegen, unserem Ministerpräsidenten Markus Söder, der unser Land trotz aller hier nicht zu vertretenden Unzulänglichkeiten geradlinig, sicher und verlässlich durch diese große Herausforderung steuert. Ich wünschte, alle notorischen Besserwisser ohne konkrete Gegenvorschläge könnten die ungeheure Verantwortung und Last, die auf Markus Söder tagtäglich ruht, auch nur einmal kurz spüren.

(Beifall bei der CSU)

Ich danke aber auch unserem Gesundheitsminister Klaus Holetschek, der einen tollen Job macht, stellvertretend für alle Frauen und Männer, die nicht nur reden, sondern durch aktives Tun die täglichen Herausforderungen der Corona-Pandemie bewältigen.

Rechnerische Grundlage des Haushalts 2021 ist die Steuerschätzung vom November, die Steuermindereinnahmen in Höhe von 3,7 Milliarden Euro prognostiziert. Neue Schulden machen wir ausschließlich für coronabedingte Maßnahmen. Das heißt, wir halten an der Schuldenbremse fest. Mit uns gibt es kein Aufweichen der Schuldenbremse, noch nicht einmal für Investitionen, mit uns gibt es auch keine Green Bonds oder ähnliche Wechsel auf die Zukunft unserer Kinder. Wir stehen für generationengerechtes Haushalten und Wirtschaften. Das ist und bleibt das Markenzeichen der CSU.

(Beifall bei der CSU)

Wer solide wirtschaftet, Kolleginnen und Kollegen, wie wir das tun, der verfügt auch über eine nennenswerte Rücklage und kann dieser, wenn es, wie in diesem Jahr nötig ist, 2,1 Milliarden Euro entnehmen. Zusammen mit einer globalen Minderausgabe aller Ressorts über 538 Millionen gleichen wir den Haushalt 2021 aus. Der Haushalt 2021 ist ein ehrlicher Haushalt, der neben den zu erwartenden Steuereinnahmen aus dem Dreiklang aus coronabedingten Schulden, der Rücklageneinziehung und den Sparbeiträgen der Ressorts besteht.

Wir brauchen jedoch, Kolleginnen und Kollegen, keine neuen Steuern, wie die von Herrn Scholz, von den GRÜNEN und der LINKEN geforderte Vermögensteuer, deutliche Erhöhungen der Einkommensteuer für die sogenannten Besserverdienenden, wie jetzt auch von den GRÜNEN gefordert, und schnellere und höhere Belastungen unserer Wirtschaft, wie die im Wahlprogramm der GRÜNEN vorgesehene vorzeitige Erhöhung der CO₂-Abgabe.

Die Wirtschaft braucht Verlässlichkeit. Verlässlichkeit heißt auch, nicht ständig und willkürlich die Rahmenbedingungen zu verändern. Wir brauchen im Gegenteil steuerliche Impulse für unsere Wirtschaft und steuerliche Anreize für die Leistungsträger in diesem Land wie die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags, wenn wir gestärkt aus der Krise kommen wollen.

Seit der letzten Unternehmensteuerreform sind 13 Jahre vergangen. Seitdem hat die Welt um uns herum die Rahmenbedingungen verändert. Ein Exportland wie Deutschland muss darauf reagieren, wenn wir im Wettbewerb bestehen wollen. Deshalb heißt das Gebot der Stunde nicht Steuererhöhungen, sondern Anpassung der Steuersätze an die internationalen Wettbewerber. Wer glaubt, Kolleginnen und Kollegen, dass wir uns in Deutschland eine grün-rot-rote Konsuminsel des Umverteilens leisten können, der wird ein wirtschaftspolitisches und damit auch haushaltspolitisches Fiasko erleben müssen, das sage ich Ihnen voraus.

(Beifall bei der CSU)

Das ist nicht unser Weg. Wir setzen im Gegenteil auf Stabilität und auf kräftige Investitionen. Die Investitionsquote dieses Haushalts beträgt 14 %.

Auch unsere bayerischen Kommunen, die seit Jahren eine Investitionsquote von über 20 % haben, werden weiter kräftig investieren können, weil wir den kommunalen Finanzausgleich trotz rückläufiger Steuereinnahmen mit 10,36 Milliarden Euro auf Rekordniveau halten.

Gleichzeitig nimmt unser Haushalt 2021 entgegen manchen Erwartungen niemandem etwas weg – das ist ganz wichtig. Denn es wäre widersprüchlich, erst den Bürgern und Unternehmen zu helfen und ihnen dann wieder etwas wegzunehmen. Das gilt, Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, namentlich auch für soziale Leistungen wie das Familiengeld und das Landespflegegeld – Leistungen, die die GRÜNEN den Menschen nicht gönnen.

Für Kindertageseinrichtungen sieht der Haushalt mittlerweile 2,85 Milliarden Euro vor. CSU und FREIE WÄHLER sind als Familienkoalition angetreten und stellen dies auch mit diesem Haushalt in der Corona-Pandemie unter Beweis. Wir unterstützen auch nicht nur die Institutionen und die Träger, sondern vor allem auch direkt und unmittelbar die einzelnen Menschen. 23,6 Milliarden Euro investieren wir insgesamt in Wissenschaft und Bildung. Die im Doppelhaushalt 2019/2020 gestaltete Hightech Agenda wird beschleunigt und um neue Projekte ergänzt.

Eine bestens ausgestattete Polizei mit weiteren 500 neuen Stellen ist für uns ebenso selbstverständlich wie ein gleichbleibend hoher Haushaltsansatz von 393 Millionen Euro für unsere Staatsstraßen, zusätzliches Geld für das 365-Euro-Jugendticket und den ÖPNV, 77 Millionen Euro für die bayerische Klimaschutzinitiative, 76 Millionen Euro für das Maßnahmenpaket Artenschutz und 83 Millionen Euro für die Stärkung des Tourismus in Bayern, um nur einige Beispiele zu nennen. Diese und viele weitere Einzelmaßnahmen, Kolleginnen und Kollegen, werden heute und in den nächsten beiden Tagen Gegenstand der Endberatungen sein.

Ich danke unserem Finanzminister Albert Füracker und seinem Haus für die Vorlage dieses wirklich soliden Haushalts. Mein Dank gilt ebenso unserem Haushaltsausschussvorsitzenden Josef Zellmeier und den Mitgliedern des Haushaltsausschusses für die sorgfältige und zielorientierte Beratung.

Ob die Zahlen des Haushalts 2021, der nur ein Jahr umfasst, in Erfüllung gehen werden, hängt natürlich davon ab, wie sich die Dinge weiterentwickeln. Wir hoffen, sicher miteinander, dass wir schnellstmöglich aus der Corona-Krise kommen, sich unser Leben und unser Wirtschaften normalisieren und wir dann auch das Zahlenwerk dieses Haushalts 2021 einhalten oder vielleicht sogar übertreffen können.

Verantwortliche Politik heißt in dieser Zeit nicht nur, um die besten Lösungen zu ringen, sondern auch Zuversicht auszustrahlen, Kolleginnen und Kollegen. Dafür steht unser Haushalt 2021: Zuversicht! – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht die Kollegin Katharina Schulze für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Staatshaushalt passt zu Markus Söder: Beim ersten Anblick erscheint er wichtig im Auftreten, bei genauerem Hinsehen ist er aber ein Leichtgewicht; denn die Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Freistaates Bayern fehlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lieber Herr König, ich fand es ja nett, dass Sie anscheinend schon im Wahlkampfmodus sind und dass Sie den Großteil Ihrer Rede darauf verwendet haben, über unsere grünen Ideen für Investitionen in die Zukunft zu sprechen. Gerne führe ich das noch mal ein bisschen genauer aus, weil ich das Gefühl habe, Sie haben einige Sachen nicht konkret verstanden.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind eine Zukunftspartei, und deswegen haben wir einen Entwurf vorgelegt, der dafür sorgt, dass die Weichen in Bayern richtig gestellt werden – für Mensch und für Natur.

Lassen Sie mich mit der größten Herausforderung, der wir jetzt begegnen müssen, anfangen. Natürlich müssen wir die Corona-Krise bekämpfen. Aber die Klimakrise schläft währenddessen nicht. Wir sind schon mittendrin: Menschen sterben an Hitze, Dürre gibt es in Ober- und Unterfranken, Überschwemmungen in Niederbayern und zu warmes Grundwasser in ganz Bayern. Auch wenn sich Ihr Ministerpräsident immer gerne neben jeden Baum stellt,

(Zuruf)

wenn ein Fotograf danebensteht, zeigt doch Ihr Haushalt, dass Sie beim Thema "konsequenter Klimaschutz" nur in Trippelschritten vorangehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Ihrem Haushalt sinken zum Beispiel die Zusatzmittel zur energetischen Gebäudesanierung auf 25 Millionen Euro. Da stelle ich mal die Frage: Wie viele Gebäude wollen Sie denn dann mit dem Geld sanieren? Was ist mit den kommunalen Gebäuden?

Ihr Förderprogramm "Green Hospital" bzw. "Umweltfreundliches Krankenhaus" läuft einfach nur aus. So geht, Kolleginnen und Kollegen, kein konsequenter Klimaschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen hat meine Fraktion die Klima-Milliarde vorgeschlagen. Das ist der Kern unseres Haushaltsentwurfs. Diese Milliarde muss in konsequenten Klimaschutz fließen. Wir bauen damit die Nahwärmenetze aus, wir renaturieren die Moore, wir verbessern das Zugangebot, wir investieren in Elektromobilität und günstige ÖPNV-Tarife, wir bauen das Energiesystem der Zukunft, anstatt die saubere Windkraft, wie Sie mit Ihrer unsäglichen 10-H-Regelung, zu verhindern, wir sanieren öffentliche Gebäude energetisch, was übrigens ein richtiger Jobmotor für unser Handwerk ist, und wir legen einen ökologischen Transformationsfonds mit 300 Millionen Euro auf.

(Zuruf)

Damit werden mittelständische Unternehmen in Bayern bei der Ökologisierung ihrer Produkte und Prozesse bestmöglich unterstützt, damit diese den Strukturwandel zu mehr Nachhaltigkeit bewältigen können.

Diese bayerische Klima-Milliarde finanzieren wir aus bayerischen Green Bonds, also staatlichen Anleihen auf dem Markt für grüne Geldanlagen. Damit, und das ist doch das Schöne daran, können sich alle am staatlichen Klimaschutz beteiligen. Wir haben ein Win-win für beide Seiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ich mir Ihre Vorschläge anschau, dann muss ich wieder sagen, Sie geben überall ein bisschen Geld hin, aber Sie wagen sich nicht an den Umbau zu mehr Nachhaltigkeit, und da müssen wir hin. Wir haben das Jahr 2021. Wir haben uns auf das Pariser Klimaabkommen verständigt. Das Pariser Klimaabkommen bedeutet, dass wir an jeder Stelle, an der wir Verantwortung tragen, in allen Sektoren CO₂ reduzieren müssen.

Was machen Sie beispielsweise beim Thema Radverkehr? – Da wollen Sie ganze 2 Millionen Euro für Radschnellwege ausgeben. Kurze Frage an Sie: Sie wollen schon mehr als einen halben Radschnellweg bauen, oder? Wenn Sie das wirklich wollen, dann müssten Sie dort klotzen und nicht kleckern. Wir haben ein Paket von rund 250 Millionen Euro für umweltfreundliche Mobilität, für Radelschnellwege, für den Bau von Radwegen und für Bike-and-Ride-Anlagen geschnürt. So geht der Mobilitätswandel in diesem Land!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für uns GRÜNE ist klar: Klimaschutz geht nur Hand in Hand mit mehr sozialer Gerechtigkeit. Gerade in der Corona-Krise sehen wir doch wie durch ein Brennglas, wo es überall hakt. Da ist zum einen die kommunale Ebene, die ächzt und stöhnt, weil sie all die Aufgaben und zu wenig Steuereinnahmen hat. Da, finden wir, muss der Freistaat helfen. Wir möchten deswegen 300 Millionen Euro mehr für die Bezirke ausgeben, weil wir wissen, dass die Bezirke entscheidend für soziale Teilhabe von Menschen mit Behinderung, für eine gute Versorgungsstruktur von älteren Menschen und für Menschen mit psychischen Erkrankungen sind.

Wir finden es als GRÜNE auch falsch, dass Sie die Berufseinstiegsbegleitung für 3.500 Jugendliche mit Förderbedarf nicht weiter fördern wollen. Diese Koalition, meine Damen und Herren, lässt die Träger und die Jugendlichen einfach über die Klinge springen. Unser Antrag, den wir gemeinsam eingebracht haben, ist eine Brücke und eine Lösung für die Jugendlichen, die Träger und die Unternehmen, und ich erwarte da Zustimmung von Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Markus Söder hat es ja schon seit mehreren Jahren zu seinem Spezialgebiet erklärt, dass er gerne Geld über das Land verteilt. Dann kriegt er nämlich hier mal eine nette Pressekonferenz und dort mal ein nettes Pressebildchen. Aber der konkreten Sache hilft es wenig.

Nehmen wir als ein Beispiel die Kitas. Sie lassen sich mit Ihrem 100-Euro-Kita-Beitragszuschuss für alle, auch für Gutverdienerinnen und Gutverdiener, feiern. Aber seien wir doch mal ehrlich: Wenn wir eine gute Kita haben wollen, dann müssen wir doch in die Qualität der Kita investieren, nämlich in einen höheren Personalschlüssel und in eine bessere Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher. Deswegen wollen wir GRÜNE 45 Millionen Euro im nächsten Jahr für mehr Qualität in

Kitas ausgeben, anstatt den Beitragszuschuss weiter einkommensunabhängig zu bezahlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ich auf soziale Berufe schaue, muss ich nicht nur auf Erzieherinnen und Erzieher gucken. Da gucken wir mal auf die Arbeitsbedingungen der anderen Leistungsträgerinnen und Leistungsträger in unserer Gesellschaft: auf die Pflege. Anstatt die über 400 Millionen Euro für das Pflegegeld an alle auszuschütten, wollen wir GRÜNE in die Pflegeinfrastruktur, in die Ausbildung und in die Digitalisierung investieren. Das hilft dem Pflegefachpersonal, den Pflegenden und den Angehörigen. Gerade in der Corona-Krise sehen wir doch, wie dringend wir diese Leistungsträgerinnen und Leistungsträger in unserer Gesellschaft brauchen.

Wenn wir schon über Corona reden, dann muss ich hier klar und deutlich sagen: Es ist doch ein Armutszeugnis, dass dieser wunderbare Freistaat oft noch so analog arbeitet. Noch immer fährt man in Bayern von Funkloch zu Funkloch. In vielen Gebieten ist Digitalunterricht nicht richtig möglich, weil die Breitbandverbindung fehlt oder die Leihgeräte immer noch nicht vor Ort sind. Auch Polizistinnen und Polizisten können nicht überall dort, wo es möglich wäre, Homeoffice machen, weil nicht genug Laptops vorhanden sind.

Die Gesundheitsämter haben nach einem Jahr Pandemie endlich eine einheitliche Software, aber sie nutzen sie nicht flächendeckend, weil die entscheidende Schnittstelle fehlt. Sorry; das ist ein Armutszeugnis!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das zeigt nämlich vor allem, dass Markus Söder ein blendender Verkäufer ist: Er ist immer auf der Titelseite, immer im Fernsehen und hat immer einen passenden Spruch auf den Lippen. Sieht man sich aber das konkrete Handeln an, ob die Basics der Pandemiebekämpfung stimmen, muss man klar sagen: Sie funktionieren in diesem wunderbaren Freistaat Bayern nicht. Das ist mitten in einer globalen Pandemie fatal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um wieder über Innovationen und Investitionen in Innovationen zu reden: Deswegen legen wir in unserem Haushaltsentwurf einen Schwerpunkt auf Digitalisierung und Innovation. Neben den sinnvollen Investitionen in eine KI-Strategie und mehr Forschung sorgen wir zusätzlich für die Basics, die eigentlich längst laufen sollten, nämlich Glasfaseranschluss in jedem Haus, ausreichend Endgeräte sowie die passende Software und Hardware für eine digitale Verwaltung. Da muss aus grüner Sicht endlich geklotzt und darf nicht weiter gekleckert werden. Es ist einfach nur peinlich, wie Bayern im Jahr 2021 bei der Digitalisierung hinterherhinkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beim aktuellen Einzelplan kann man auf jeden Fall feststellen, dass vieles in Bayern nicht so funktioniert, wie wir es gerne hätten. Auf die Eitelkeit von Markus Söder ist aber Verlass: Die Mittel für Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit wurden noch einmal erhöht. Der Ansatz für den Besuch ausländischer Staatsgäste ist fünfmal so hoch wie im Jahr 2018. Ich frage mich die ganze Zeit, wer Sie in der Pandemie denn ständig besucht.

(Zuruf)

Die Ausgaben für Orden und Ehrenzeichen haben Sie gegenüber dem Jahr 2019 mehr als verdoppelt. Immer noch will Markus Söder bei sich mehr Personal: Die

Zahl der Planstellen in der Staatskanzlei ist noch einmal um 30 % gestiegen. Ich bin mir sicher, dass die Herren und Damen dort super arbeiten, aber es stellt sich doch schon die Frage, ob es nicht besser wäre, die inhaltliche Arbeit in den Ministerien zu stärken.

(Zuruf)

Das wäre aus grüner Sicht sinnvoll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ich schon dabei bin, möchte ich noch ein paar Takte an die CSU-Fraktion richten. Ich weiß, dass Sie gerade damit beschäftigt sind, irgendwie Ihre Korruptionsaffäre in den Griff zu bekommen. Keine Sorge: Wenn Sie unserem Änderungsantrag zustimmen, bekommt die Justiz mehr Personal. Ich finde aber, das entbindet Sie nicht davon, gescheite Haushaltsarbeit zu machen.

Ich stelle fest: Sie haben nur die Fraktionsreserve von 60 Millionen Euro wild verteilt, den Gesamthaushalt aber unangetastet gelassen. Wie immer lassen Sie bei dem Thema die Söder-Regierung machen. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich finde es schade; denn das Haushaltsrecht ist eigentlich die Königsdisziplin des Bayerischen Landtags.

An dieser Stelle deshalb ein herzliches Dankeschön an unsere haushaltspolitische Sprecherin Claudia Köhler sowie an Barbara Fuchs, Tim Pargent und Ludwig Hartmann, die für uns auch im Haushaltsausschuss sitzen. Im Gegensatz zu Ihnen zeigen sie, wie detailreiche Parlamentsarbeit auszusehen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Regierungsfaktionen, ich habe mir Ihre Anträge angesehen. Wenn Sie mal einen Antrag stellen, geben Sie 20.000 Euro an den antifeministischen Verein "Forum Soziale Inklusion". Ich weiß nicht, ob irgendjemand von Ihnen einfach mal gegoogelt und sich diesen Verein angesehen hat; denn dann hätten Sie erkennen können, dass es sich um eine Männerrechtsbewegung handelt, die scheinheilig auf Gleichberechtigung macht, aber eigentlich nur auf mehr Rechte für Männer hinarbeitet und deswegen schon beim Bundesministerium abgeblitzt ist. Diese Gruppe wollen Sie unterstützen? – Aus grüner Sicht geht das gar nicht. Das hat mit dem Kampf für echte Gleichberechtigung nichts zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann geben Sie noch symbolisch 20.000 Euro für den Wiederaufbau der Wave of Hope School im Flüchtlingscamp Kara Tepe auf Lesbos aus. Ich finde das ziemlich kleinlich; denn wenn Sie sich die Lage vor Ort einmal ansehen würden, wüssten Sie genauso gut wie ich, dass 20.000 Euro nicht helfen. Kinder werden dort von Ratten im Zelt angeknabbert. Es gibt keine Heizung. Es gibt kein warmes Wasser. Es wird immer wieder von Selbstmordversuchen berichtet.

Wenn die Staatsregierung wirklich helfen will, sollte sie endlich ein bayerisches Aufnahmeprogramm starten, das die GRÜNEN seit Monaten fordern. Holen Sie die höchst vulnerablen Menschen nach Bayern, denn es gibt so viele Kommunen, die aufnehmen und helfen wollen. Wir haben Platz. 20.000 Euro reichen dort ganz sicher nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Anhand dieser Beispiele sehen wir also, dass der Haushalt der Söder-Regierung seinem Namen alle Ehre macht. Er klingt zunächst wuchtig; blättert man aber

durch die 5.400 Seiten, merkt man schnell, dass der Plan fehlt: Die Investitionen in die Zukunftsfähigkeit Bayerns, in die Infrastruktur, in den Klimaschutz sind mau.

Noch ist es aber nicht zu spät, denn wir führen jetzt drei Tage lang die Debatte. Sie können gerne unseren Änderungsanträgen für die Klimamilliarde und unsere Zukunftsstrategie zustimmen; dann kann das noch etwas werden. Ich bin davon überzeugt: Wenn die Gesellschaft über sich hinauswächst, muss es auch diese Regierung tun. Dieser wunderbare Freistaat hat es verdient, besser regiert zu werden.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht nun der Kollege Bernhard Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was haben wir gerade gehört? – Der Bayerische Ministerpräsident sei ein Leichtgewicht. Frau Kollegin Schulze, ich sage Ihnen: Sie waren heute im wahrsten Sinne des Wortes kurzatmig, und zwar nicht nur aufgrund Ihrer Intonation, sondern auch aufgrund der Inhalte, die Sie hier zum Besten gegeben haben. Sie behaupten, dass die GRÜNEN eine Zukunftspartei wären. Dazu kann ich Ihnen sagen: Ich kann mir etwas Besseres vorstellen als eine Zukunft mit Verbot und Verzicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Am Anfang einer jeden Haushaltsrede steht bei mir etwas, was Sie langweilig finden werden, ich aber für notwendig halte, nämlich der Dank an die vielen Menschen und Unternehmen in Bayern, die Steuern zahlen und dazu beitragen, dass wir in Bayern das Geld zielgerichtet ausgeben können, also so, wie wir es für richtig halten.

An dieser Stelle darf ich einen weiteren Dank an den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Josef Zellmeier, an den Finanzminister Albert Füracker und an alle Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss richten, die in den letzten Wochen engagiert gearbeitet haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Im Gegensatz zu Ihnen, Frau Kollegin Schulze, unterliege ich nicht der Hybris zu behaupten, dass alles, was wir in den Haushalt geschrieben haben, beantragt haben und mit Mehrheit beschließen werden, der Weisheit letzter Schluss ist.

(Zuruf)

Selbstverständlich gibt es Anträge der GRÜNEN, der SPD, der Oppositionsfraktionen, die durchaus bedenkenswert sind. Ich weiß aus Oppositionszeiten, dass es frustrierend ist, wenn die Anträge abgelehnt werden, aber sie sind nicht vergeblich, sondern die Diskussionsgrundlage für die Zukunft. Auf dieser Basis müssen wir selbstverständlich darüber nachdenken, ob das eine oder andere, das aus Ihren Reihen kommt, bedenkenswert für die Zukunft ist. Deswegen danke ich auch für alle Oppositionsanträge, weil sie die parlamentarische Debatte und unsere Diskussion bereichern. Sie machen die Entscheidungen dieses Hauses insgesamt besser.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Jetzt möchte ich mich an den Finanzminister wenden, beginne allerdings mit dem Ministerpräsidenten, der ein gutes Gespür für eine sinnvolle Karriereplanung hat; er hat nämlich rechtzeitig das Amt des Finanzministers gegen dasjenige des Minis-

terpräsidenten eingetauscht. In dieser Pandemie ist es kein Vergnügen, Finanzminister zu sein, sondern eine ganz herausfordernde und sehr schwere Aufgabe.

Ich bin der Meinung, lieber Albert Füracker: Es ist dir hervorragend gelungen, den Haushalt aufzustellen, vorzustellen und ihn mit uns zu diskutieren, um ihn in den anstehenden drei Tagen zur Vollendung zu bringen, sprich: zu einer Mehrheit im Parlament. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein Letztes noch: Wenn die Regierung Ausgaben tätigt, höre ich von der Opposition immer wieder, es handle sich um Geschenke. Sie können sagen, was Sie wollen; Sie sollten sich aber über die Wirkung im Klaren sein, wenn Sie sagen, die Eigenheimzulage ist ein Geschenk oder gar ein Wahlgeschenk. Wenn Sie uns damit meinen: Uns können Sie damit nicht treffen. Sie treffen aber diejenigen, die diese Eigenheimzulage in Anspruch nehmen, die sie benötigen, die damit ein Eigenheim errichten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Haushalt heißt auch Steuerrecht. Gestatten Sie mir deshalb zwei, drei Sätze zu diesem Punkt. Dies wird ja im Bundestagswahlkampf und ab dem Herbst, wenn sich eine neue Regierung, unter welchen Vorzeichen auch immer, bildet, ein zentrales Thema sein. Es stimmt eben nicht, dass höhere Steuern gleich mehr Steuereinnahmen gleich mehr Gerechtigkeit bedeuten – das Gegenteil ist der Fall. Ich sage das jetzt ungerne: Der letzte Kanzler, der eine große Steuersenkung vorgenommen hat, war Gerhard Schröder. Ich glaube, dass er damit zumindest nicht ganz falsch lag. Steuererhöhungen sind Gift für die Wirtschaft, Gift für die Konjunktur, Gift für die Leistungsträger, Gift für uns alle und bedeuten am Ende, dass wir weniger Geld zur Verfügung haben, um wichtige Dinge in der Gesellschaft zu richten, zu reparieren, anzuschieben und zu initiieren. Dies ist aber dringend notwendig, wenn wir Bayern zukunftsfähig halten wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ein zentraler Schwerpunkt ist die Generierung dauerhafter Einnahmen. Dies bedingt eine starke Wirtschaft. Deswegen war es richtig, dass diese Koalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN, an der Spitze mit Markus Söder und Hubert Aiwanger, die Hightech Agenda ins Leben gerufen hat. Zu einer Zeit, als wir noch nicht von einer Pandemie gesprochen haben, haben wir schon vorausgedacht. Dies zeichnet uns aus. Wir haben eine Hightech Agenda ins Leben gerufen, während andere auf die Straße gegangen sind und die ältere Generation mit Sprüchen beschimpft haben wie: Wir sind jung, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut. – Diejenigen haben auf unsere Väter und Großväter gezeigt und haben gesagt: Ihr habt unsere Welt ruiniert. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Unsere Väter und Großväter, unsere Mütter und Großmütter haben dieses Land aufgebaut und haben dazu beigetragen, dass wir jetzt die Grundlage haben, um diese Pandemie zu überwinden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich sage aber auch ganz deutlich: Wir müssen aus dieser Pandemie schnell herauskommen; denn jede Woche, die wir im Lockdown verharren, ist eine Gefahr für die Wirtschaft und für die Gesellschaft. Impfen und Testen – das sind die Gebote der Zukunft, der nächsten Wochen und nächsten Tage. Ich appelliere an die Bundesregierung und an diejenigen, die in Berlin Verantwortung tragen: Das muss schneller gehen; das muss dynamischer gehen. Das kann nicht so lang dauern. Wir verheddern uns in Bürokratie. Wir begehen hausgemachte Fehler. Das darf

nicht sein. Ich sage es ganz deutlich: Die Menschen draußen zeigen hohe Akzeptanz und haben großes Verständnis dafür, was wir in der Vergangenheit gemacht haben, und sie haben uns auch den einen oder anderen Fehler verziehen. Wir stehen jetzt aber wirklich vor einer Bewährungsprobe. Wir müssen jetzt in die Gänge kommen; ansonsten verlieren wir die gesellschaftliche Akzeptanz. Ohne gesellschaftliche Akzeptanz werden wir keine Politik betreiben können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb müssen wir alle miteinander im Bereich Impfen, im Bereich Testen und in der medizinischen Versorgung mit Dynamik ansetzen. Mit Klaus Holetschek haben wir einen engagierten Minister. Klaus Holetschek weiß, welche Möglichkeiten, welche Chancen, welche Aufgaben er hat. Er wird diese Aufgaben in den nächsten Wochen befriedigend und zufriedenstellend lösen, vorausgesetzt, er bekommt aus Berlin die entsprechenden Vorgaben und die entsprechenden Möglichkeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Aufgabe heute ist es, den Haushalt zu verabschieden, einen Zukunftshaushalt, einen Haushalt, der Bayern gut in die Zukunft führt. Wir brauchen das Wirtschaftssystem nicht umzubauen, wir müssen es aber fit für die Zukunft machen. Dazu gehört ganz zentral die Hightech Agenda. Dazu gehört aber auch, dass wir zu unserer traditionellen Wirtschaft stehen und die Automobilindustrie nicht verteufeln, den Verbrenner nicht aus ideologischen Gründen verteufeln, nur weil man es gern anders hätte. Ganz ehrlich: Ein wenig Träumerei ist ja ganz recht, Frau Kollegin Schulze. Ich habe gehört, dass Sie gesagt haben: Wir sorgen in Bayern dafür, dass. – Na ja, vielleicht haben Sie den Mund sehr voll genommen. Momentan sind Sie in der Opposition und können Ratschläge geben; dafür sorgen, dass es in Bayern gut läuft, tun aber die Regierungsfractionen aus FREIEN WÄHLERN und CSU.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir sorgen dafür, dass es der Wirtschaft gut geht. Wir sorgen dafür, dass die Infrastruktur insbesondere in den Regionen geschaffen wird. Ich weiß: Als wir in den Landtag kamen, haben wir noch andere Diskussionen geführt. Inzwischen sind wir uns in den Regierungsfractionen ganz klar einig: Regionalität ist eine der großen Chancen, eine der großen Trumpfkarten des Freistaates. Wir sind eben nicht nur im Zentrum, in München stark, sondern auch in allen Regionen Bayerns, in Franken, in Schwaben, in Altbayern. Wir sind stark. Wir müssen aber auch etwas dafür tun. Deswegen investieren wir in Infrastruktur, in Verkehrsinfrastruktur. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, ja, wir investieren auch in die Straße; denn der ÖPNV fährt nun einmal auf der Straße, und auch der Individualverkehr ist wichtig, wenn wir nicht wollen, dass alles in den Großraum München zieht und dadurch noch mehr Probleme entstehen. Wir stehen für ganz Bayern. Wir FREIEN WÄHLER stehen für Regionalität, seit wir hier im Landtag sind, und diese Regierungskoalition lebt das auch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ja, Frau Schulze, Breitbandausbau ist ein Thema; das ist richtig. Da müssen wir besser werden – überhaupt keine Frage. Deswegen habe ich nicht ganz verstanden, dass man bei irgendwelchen Problemen mit Internet-Plattformen einem Kultusminister kurzfristig die Schuld für Dinge in die Schuhe schieben will, die überall in Bayern und übrigens in ganz Deutschland nicht so laufen, wie sie anderswo laufen, weil wir insgesamt Nachholbedarf haben. Das müssen wir auch angehen. Wir können uns nicht hinstellen und sagen, dass alles perfekt läuft; denn dann würden wir uns selbst überflüssig machen. – Nein, wir müssen selbstverständlich dort ansetzen, wo es notwendig ist. Der Breitbandausbau ist ganz sicher ein wichtiges Thema.

Ein wesentliches Thema ist auch die innere Sicherheit. Sie kommt mir in dieser Pandemie offen gestanden zu kurz. Deswegen an dieser Stelle auch ein ganz besonderer Dank an alle Sicherheitskräfte, die Polizei, aber auch an die innere Verwaltung, die meist ein gewisses Schattendasein führt. Auch sie hat einen wesentlichen Anteil daran, dass es in der Pandemie sehr gut geklappt hat. Wir investieren hier in mehr Personal. Wir wertschätzen unsere Polizei; wir wertschätzen unsere Sicherheitsbehörden. Wir sehen sie als sehr wichtig und sehr notwendig an. Ich glaube, dass das ein zentraler Punkt, ein Schwerpunkt bayerischer Politik war und ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir den Haushalt der Staatskanzlei diskutieren, müssen wir aber auf jeden Fall auch noch auf etwas eingehen, nämlich auf Bayern und seine internationalen Beziehungen. Hier nehme ich, Herr Staatsminister Dr. Herrmann, exemplarisch das Verhältnis Bayern – Tschechien in den Blick. Hier haben wir in Bayern Vorbildliches geleistet. Wir haben hier eine riesige Chance, die wir weiterentwickeln müssen. Ich durfte bei der Eröffnung der bayerischen Vertretung am 4. Dezember 2014 in Prag dabei sein. Das war ein bewegender Moment für alle diejenigen, die erlebt haben, dass es in der Nachbarschaft zwischen Bayern und Tschechien, verursacht durch den Nationalsozialismus und das Vertreibungsunrecht, jahrzehntelang geknirscht hat. Es gab einen ganz besonders Eisernen Vorhang.

Ich bin sehr dankbar dafür – dafür danke ich ganz persönlich auch dem früheren Ministerpräsidenten Horst Seehofer, der sehr viel Anteil daran hat –, dass wir jetzt mit unseren tschechischen Nachbarn ein gutes und ausbaufähiges Verhältnis haben, das auf eine echte Freundschaft, auf wirtschaftliche und kulturelle Verbindungen sowie auf zwischenmenschliche Beziehung gerichtet ist. Das ist eine tolle Chance, die Bayern hier ergriffen hat und die sich in der Zukunft auch noch auszahlen wird.

Auch hier stehen wir, was die Verkehrsverbindungen betrifft, natürlich im Wort. Der Kollege Gotthardt ist sehr eifrig unterwegs, auch was die Zugverbindungen betrifft. Ich nenne nur das Stichwort "Wasserstoffzug München – Prag". Hier haben wir Chancen, die wir ergreifen müssen. Auch das gehört zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein wichtiger Punkt in dieser Krise ist auch der Zusammenhalt in der Gesellschaft. Dieser fällt nicht vom Himmel. Er ist natürlich auch einer guten Bildungslandschaft im Freistaat Bayern und einer Willkommenskultur geschuldet. Das sage ich jetzt an dieser Stelle auch in Richtung der Kollegen von der AfD. Es macht keinen Sinn, irgendwelche Anträge zu stellen, dass man kein Geld mehr für die Integration von Flüchtlingen, von Migranten ausgibt. Warum denn? – Das genaue Gegenteil ist doch der Fall.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in einer Sitzung, ich glaube, 15 Stunden lang, die ganze Nacht über ein Integrationsgesetz – Sie haben es "Leitkulturgesetz" genannt – debattiert. Ich glaube, die Debatte war theoretischer Natur. Der Freistaat Bayern hat etwas für die Integration getan. Die Menschen sind integriert. Der eine oder andere ist schon ein Leistungsträger in dieser Gesellschaft geworden. Sie sind Bestandteil unserer Gesellschaft. Das ist sehr positiv, sehr erfreulich und sehr gut. Es ist völlig daneben und völlig verfehlt, wenn man sagt: Da streichen wir das Geld. – Denn Sie erreichen dann das genaue Gegenteil von dem, was Sie möglicherweise, wenn ich Ihnen wohl will, wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie mich mit einem Appell schließen. Wir müssen uns auch um das Ehrenamt kümmern. Dies haben wir in diesem Haushalt entsprechend abgebildet; denn auch das Ehrenamt führt dazu, dass diese Gesellschaft zusammenhält – Menschen, die die Ärmel hochkrempeln und die sich nicht nur um sich selbst, sondern auch um andere sorgen. Ich finde es großartig, was wir hier in Bayern für eine Kultur haben. Diese Kultur ist auch maßgeblich geprägt von den Menschen im Ehrenamt, die sehr viel Freizeit und sehr viel Idealismus in etwas einbringen, von dem wir alle profitieren. Meine Hoffnung ist, dass wir möglichst bald, möglichst schon im Sommer auch wieder real zusammenkommen und das genießen können, was die Ehrenamtlichen – ich nenne als Beispiele jetzt nur den Sport, die Kultur und die Musik – für uns leisten und für uns gestalten.

Mit dieser Hoffnung möchte ich auch die Hoffnung verbinden, dass Sie den einzelnen Haushalten und am Ende dem Haushalt des Freistaats Bayern des Bayerischen Landtags Ihre Zustimmung geben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es liegt der Wunsch nach einer Zwischenbemerkung des Kollegen Fischbach vor, dem ich das Wort erteile.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrter Herr Kollege Pohl, ich würde Ihnen jetzt gerne zu Ihrer neuen Stelle als stellvertretender Fraktionsvorsitzender gratulieren. Ich bin mir nur nicht ganz sicher, nachdem Sie jetzt mit Ihrem Wortbeitrag Ihren kompletten parlamentarischen Gestaltungsauftrag mehr oder weniger negiert haben, ob das überhaupt noch für eine Gratulation reicht. Aber ich möchte Sie trotzdem zu der neuen Rolle beglückwünschen und hoffe, dass Sie sie stärker wahrnehmen, als Sie das gerade geäußert haben.

Sie haben gesagt, die Anträge, die die Fraktionen einbringen, könnte man in der Zukunft, später einmal aufnehmen. Entschuldigung, wir als Parlament haben den Gestaltungsanspruch, auch die Haushaltshoheit wahrzunehmen. Gerade bei der Berufseinstiegsbegleitung geht es nur um 2,17 Millionen Euro. Das ist ein kleiner Betrag, aber er bedeutet für 3.500 Jugendliche die Zukunft. Wenn Ihnen die Zukunft wichtig ist, dann sollten Sie Ihre Rolle und Ihre Fraktion ernst nehmen und sich keine Sorgen um uns machen. Machen Sie sich lieber Sorgen um den Gestaltungsanspruch als Parlamentsfraktion.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Kollege Fischbach, das Thema BerEb haben wir im letzten Ausschuss ausgiebig besprochen. Ich habe Ihnen damals gesagt: Es kann nicht angehen, dass Sie kurz vor knapp noch so einen Antrag hinwerfen. – Sie haben dieses Thema bei den Beratungen des Einzelplans nicht gebracht. Ich habe Ihnen auch gesagt – der Kollege Zellmeier hat es Ihnen ebenfalls gesagt –, dass wir diese Problematik lösen werden. Wir haben auch mit den Stimmen der FDP einen Auftrag an die Staatsregierung gerichtet. Diesen Auftrag wird die Staatsregierung wahrnehmen. Ich denke, das werden wir hinbekommen.

Ihre Gratulation nehme ich mit Dank entgegen. Ich würde mich freuen, wenn Sie im Haushaltsausschuss auch einmal solche Beratungen mitbekämen. Dann würden Sie sich diese Frage nämlich sparen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Eine zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Christoph Maier.

Christoph Maier (AfD): Herr Kollege Pohl, Sie haben davon gesprochen, dass wir in Bayern eine besondere Form der Willkommenskultur hätten und die Integration bei uns dank der Leistungen der Bayerischen Staatsregierung und natürlich unter Beteiligung der FREIEN WÄHLER so gut gelungen sei. Das, was Sie hier aussprechen, ist schon ein Hohn.

Tatsache ist, dass die Bürger in Deutschland, insbesondere in Kaufbeuren, Ihre Form der Willkommenskultur nicht mögen. Im Juli 2018 fand in Kaufbeuren ein Bürgerentscheid zu der Frage statt, ob dort eine Moschee errichtet werden soll. Knapp 60 % der Kaufbeurer haben diesen Moscheebau abgelehnt. Meine Frage an Sie ist: In welcher Welt leben Sie eigentlich, wenn Sie von Willkommenskultur und gut gelungener Integration sprechen, wenn doch eine Mehrheit der Deutschen und auch die Mehrheit der Bürger in Kaufbeuren diese Form der Willkommenskultur und der Islamisierung nicht wollen?

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Maier, Sie sollten eigentlich mit Abstimmungsniederlagen umgehen können. Ich stehe dazu: Ich habe mich sehr engagiert für diese Moschee eingesetzt. Wir haben keine Mehrheit bekommen. Die Mehrheit hat das anders gesehen. Ob das allerdings darauf zurückzuführen ist, dass die Menschen in Kaufbeuren keine Moschee wollen, wage ich zu bezweifeln. Wir haben zwei islamische Gemeinden, die sehr aktiv sind und Gebetsräume haben. Ich bedauere nach wie vor, dass es nicht zu dem Moscheebau gekommen ist. Aber Mehrheiten muss man akzeptieren. Ich werde das tun. Die Menschen in Kaufbeuren werden das tun. Wenn ich meine letzten Wahlergebnisse anschau, dann muss ich sagen, dass ich insgesamt politisch nicht ganz so schlecht liege.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Kollege. – Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Ferdinand Mang für die AfD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! Ganz besonders grüße ich den schwarzen Klüngel unserer moralisch ach so integren CSU. In dieser Debatte geht es zum letzten Mal um den Haushaltsplan 2021. Wir haben im Haushaltsausschuss unsere Kritik vorgebracht und konstruktive Vorschläge eingebracht – freilich vergebens. Diese Debatte wird hieran nichts ändern. Die autokratische Regierung Söder hat ihre Entscheidung längst gefällt. Die Zuckerstückchen aus der Fraktionsreserve wurden auch schon verteilt. Dazu werde ich übermorgen noch sprechen.

In dieser Debatte geht es um den Einzelplan zur Staatskanzlei. Das ist der königliche Bunker von Herrn Ministerpräsident Söder. Den dazugehörigen Hofstaat hat Herr Söder noch einmal fürstlich aufstocken lassen. Für Herrn Söder ist es auch in Zeiten höchster wirtschaftlicher Not, in der draußen Millionen Menschen um ihre wirtschaftliche Existenz bangen, in der Hunderttausende fleißige und mutige Unternehmer vor dem wirtschaftlichen Ruin stehen, selbstverständlich, dass seine Majestät den königlichen Hofstaat erneut aufbläht, frei nach dem Motto: Das Volk hat kein Brot und hungert, dann soll es doch Kuchen essen.

Geld ist aus Sicht von Herrn Söder schließlich genügend vorhanden. Man muss es nur aus dem Bürger herauspressen oder einfach noch ein paar Milliarden auf den Schuldenberg draufpacken. Im königlichen Bunker erntet Herr Söder für diese Entscheidung gewiss frenetischen Applaus. Auf diese völlig außer Kontrolle geratene Schuldenorgie werde ich ebenfalls übermorgen zu sprechen kommen.

Das aber vorneweg: Wissen Sie, was bei dieser Thematik der Unterschied zwischen Herrn Söder und König Ludwig II. ist? – Als man König Ludwig gestürzt hat, hat er für alle folgenden Generationen wunderschöne Schlösser hinterlassen, während bei Herrn Söder ein Trümmerfeld übrig bleiben wird.

(Beifall bei der AfD)

Während die Familie von König Ludwig II. sämtliche Schulden für den Schlösserbau an die Staatskasse zurückbezahlt hat, wird für Söders Schuldenwahn das Volk über viele Generationen aufkommen müssen. Sein Beinamen wird vermutlich einmal "der große Zerstörer" lauten.

Konsequent haben Sie den Jugendaustausch kräftig gekürzt. Wo kämen wir denn hin, wenn Jugendliche im Ausland Alternativen zu Ihrer Lockdown-Politik kennenlernen würden? Schließlich muss nach Expertenrat, den Herr Söder auch so gerne befolgt, unsere Jugend in Angst und Schrecken gehalten werden. Kritik an dieser Politik stuft der Chef des bayerischen Verfassungsschutzes gerne einmal als verfassungsfeindlich ein.

Bei diesem Stichwort kommen wir nun zum unangenehmen Teil der Rede. Nachdem ich den schwarzen Klüngel der CSU anfangs schon begrüßt habe, werde ich darauf auch eingehen. Mir geht es dabei nicht um die im Raum stehenden Straftaten, wie zum Beispiel die Straftat nach § 108e StGB, um die Bestechlichkeit von Mandatsträgern, auf die bis zu fünf Jahre Freiheitsstrafe steht. Ich respektiere die in Deutschland geltende Unschuldsvermutung. Mir geht es darum, dass es Abgeordnete gibt, die aus purer Gier den Hals nicht vollbekommen. Wir Landtagsabgeordnete werden wahrlich nicht schlecht bezahlt. Manchem scheint es aber nicht zu reichen. Nein, dann muss noch eine Extrawurst her. Man möchte noch ein zusätzliches G'schäftlerl machen, aber – pst! – nur nicht laut darüber reden. So kann man sich als Abgeordneter der CSU die Taschen mit Steuergeldern noch voller stopfen.

Jetzt soll aber alles transparent werden, und solche Geschäfte sollen laut Herrn Söder nicht mehr möglich sein. Er hat nun einen neuen Verhaltenskodex als neues Wundermittel gegen die traditionelle Vetternwirtschaft in der CSU propagiert. Glaubt man der Berichterstattung von "Monitor", gilt dieser Kodex erstaunlicherweise aber nur für Abgeordnete in höheren Positionen, also nicht für den Großteil der Abgeordneten der CSU-Fraktion. Das bedeutet nichts anderes, als dass die leisen Strippenzieher nach wie vor ihren Geschäften im Hintergrund nachgehen können.

Das zeigt, dass auch die jetzigen Skandale zu keiner Einsicht geführt haben. Im Gegenteil, Herr Söder streut der Bevölkerung wieder Sand in die Augen. Wenn jemand das Vertrauen in die demokratischen Strukturen zertrümmert, ist es der schwarze Filz der CSU mit ihrer mittlerweile langen Tradition von gebrochenen Wahlversprechen und Korruptionsskandalen. Das ist die einzige Tradition, mit der die CSU sehr traditionsverbunden ist.

(Beifall bei der AfD)

Wenn wir schon beim Thema fragwürdige Geldflüsse sind, muss ich feststellen: Ich habe mich immer gewundert, weshalb die CSU unter Herrn Söder alles auf die Energiewende und die E-Mobilität setzt, Milliarden nicht nur sinnlos zum Fenster hinauswirft, sondern auch dem Rückgrat unserer Wirtschaft, der herkömmlichen Automobil- und deren Zulieferindustrie, das Genick brechen würde.

Dann hat die Antwort auf eine Anfrage unserer Fraktionsvorsitzenden, Frau Ebner-Steiner, bestätigt, dass die Baumüller Nürnberg GmbH für die Entwicklung der E-Mobilität Zuwendungen von über 680.000 Euro erhalten hat. Ich habe mich bei diesem Haushalt auch gefragt, weshalb wir kostbares Steuergeld in E-Busse

investieren, die im Winter unbrauchbar und wirtschaftlich nicht rentabel sind. Dabei habe ich mir auch die Website der Baumüller-Gruppe angesehen, und siehe da: Diese Firma bietet doch tatsächlich E-Busse und anderen E-Mobilitätsschrott an.

Ich sage es wieder: Das wirft Fragen auf; Fragen, die aber eine volksferne Regierung nicht interessieren. Bezeichnend ist auch, dass der Herr Ministerpräsident bei dieser Debatte nicht anwesend ist. Seitdem wir wissen, dass uns Herr Söder mit einem Oster-Lockdown beglückt, bin ich gespannt, wie lange es dauert, bis wir den nächsten Nachtragshaushalt verabschieden müssen, weil das Geld erneut nicht reichen wird und Herr Söder noch weitere Generationen in seinen Schuldenturm einsperren wird.

Ich fasse zusammen: Dieser Haushalt ist Lobbyarbeit für die internationalen Konzerne ohne Nachhaltigkeit, ein Schuldenfiasko für viele, viele Generationen, eine Anbiederung der CSU und der FREIEN WÄHLER an die Ideologie der GRÜNEN und zuletzt ein weiterer schwerer Sargnagel für unseren verblassenden Wohlstand. Möge Herr Söder wie das Sandmännchen auch noch so viel Schlafsand streuen, wir, die AfD-Fraktion, werden diesen der Bevölkerung aus den Augen wischen und ihr reinen Wein einschenken. Verlassen Sie sich darauf.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass die übertriebenen Corona-Beschränkungen beendet werden müssen.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Abgeordneter. – Als nächsten Redner darf ich den Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Kollegen Arnold, aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter Arnold.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur AfD: Bevor Sie Sand aus den Augen wischen, sind es die Tränen, die das, was Sie an Pauschalismen verbreiten, herauswaschen. Diese Pauschalismen sind nämlich wirklich zum Weinen und dienen nicht einer sachlichen Debatte über diesen Haushalt.

Der Staatshaushalt 2021 ist ein besonderer und denkwürdiger Haushalt. Das ist uns allen klar. Er ist ein Krisenhaushalt in einer Krisensituation. Deshalb ist es richtig und notwendig, dass die Bekämpfung der Corona-Pandemie, aber auch die Abmilderung ihrer Folgen die Haushalts- und Finanzpolitik dieses Freistaates bestimmen. Wir, die SPD-Landtagsfraktion, tragen den Kurs, entschieden gegen die Pandemie und deren Folgen vorzugehen, zumindest dem Grunde nach mit.

Herr König, eine Anmerkung am Rande. Sie haben gesagt: Auf die CSU ist Verlass. Meinen Sie die alte oder die neue?

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD)

Bayern muss alles tun, um diese schwierige Situation zu überwinden und Unternehmen, selbstständige Existenzen und Arbeitsplätze zu erhalten. Bayern muss aber auch die bereits jetzt zu verzeichnenden Kollateralschäden in der Bevölkerung in den Griff bekommen und eindämmen. Wie notwendig dies alles ist, wird uns gerade in diesen Tagen angesichts der dritten Infektionswelle noch einmal deutlichst vor Augen geführt.

Auch in der Haushaltspolitik gilt daher: Wir müssen Zusammenhalt sichern, Zuversicht schaffen und Zukunft ermöglichen. Wohlgemerkt: Zukunft und nicht nur Gegenwart! Wenn wir uns darauf beschränken, vornehmlich akute Notsituationen zu

lindern – als Stichwort sage ich: auf Sicht fahren –, wird es uns nicht gelingen, diese Krise nachhaltig hinter uns zu lassen und die nötigen Impulse zu setzen.

Meine Damen, meine Herren, der aktuell vorliegende Haushaltsplan verträgt deshalb deutlich mehr Mut, Innovation und Perspektive.

(Beifall bei der SPD)

Das ist bedauerlich, denn wir, die SPD-Fraktion, haben in den vergangenen Wochen, als dieser Haushaltsplan beraten wurde, mit unseren Änderungsanträgen ganz konkrete Wege aufgezeigt. Es ist keine Floskel: Das ist politisch notwendig, denn die Krise birgt Chancen, und diese Chancen müssen wir mit diesem Haushalt nutzen. Deswegen sagen wir: Krisenhaushalt – Ja, notwendigerweise aber auch ein Haushalt mit Perspektive, mit einem sozial gerechten Pfad in die Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Daran mangelt es nach den Ausschussberatungen noch immer. Vier Punkte sind uns dabei besonders wichtig:

Erstens. Mobilität für alle, umweltgerecht und klimaschützend.

Zweitens. Bildungsmöglichkeiten auf der Höhe der Zeit, gerecht und digital.

Drittens. Eine soziale Infrastruktur, auf die sich jede und jeder verlassen kann, mit bezahlbarem Wohnraum und einer Qualitätsoffensive in der Kinderbetreuung.

(Beifall bei der SPD)

Viertens. Ein Modernisierungsschub in der öffentlichen Gesundheitsversorgung.

Meine Kollegen Harald Güller und Florian Ritter haben für die SPD-Fraktion im Haushaltsausschuss von Anfang an deutlich gemacht, dass es fatal wäre, die damit verbundenen Potenziale einfach liegen zu lassen. Das wäre fatal für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, aber auch fatal für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Ich nenne das Beispiel Digitalisierung. Das ist nicht nur allgemein ein Megathema, sondern auch ein wichtiges Thema für das ganze Land und die Zukunft. Die Corona-Krise hat die Schwächen und Mängel in diesem Bereich schonungslos offengelegt, in den Schulen, an den Universitäten, in den Gesundheitsämtern, in den Verwaltungen, im Homeoffice und, bereichsübergreifend, im ländlichen Raum.

Die SPD-Landtagsfraktion hat daher bei den Haushaltsberatungen, aber auch weit vorher, entsprechende Initiativen eingebracht. Das war auch bei den vergangenen Haushalten der Fall. Seitdem haben sich die Versäumnisse der Staatsregierung leider mehr und mehr aufgestaut. Dazu drei Beispiele:

Erstens. Die Bildungserfolge von Kindern und Jugendlichen hängen gerade in Bayern leider immer noch sehr stark vom wirtschaftlichen Status des Elternhauses ab. Dies setzt sich bei der digitalen Bildung schmerzlich fort. Deshalb ist eine Ausweitung der Lernmittelfreiheit auf digitale Endgeräte und die Software dringend notwendig. Ich sage "totale Lernmittelfreiheit". Das bedeutet, dass jede Schülerin und jeder Schüler sowie jede Lehrkraft über ein eigenes Endgerät verfügen muss, das auch bespielbar ist.

Zweitens. Der digitale Lebensalltag von Kindern und Jugendlichen beschränkt sich nicht nur auf die Schule. Daher fordern wir mit einem weiteren Änderungsantrag einen Digitalisierungsfonds für die Jugendarbeit.

Die jüngsten veröffentlichten Studien zur Befindlichkeit von Kindern und Jugendlichen, bezogen auf ihre Gedanken- und Gefühlswelt, und die darin zu Tage getretenen Notlagen geben dazu dringendste Veranlassung; denn digitale Formate haben im Zuge der Corona-Pandemie auch für die Jugendarbeit in Bayern enorm an Bedeutung gewonnen. Die Jugendorganisationen haben oft mit viel Einsatz und in sehr kurzer Zeit digitale Angebote möglich gemacht. Allerdings ist die digitale Infrastruktur, beispielsweise WLAN-Kapazitäten und die Ausstattung mit digitalen Endgeräten, nicht flächendeckend vorhanden, gerade im ländlichen Raum. Daher unser wichtiger und dringender Vorschlag eines Digitalisierungsfonds.

Ein drittes Beispiel, die Arbeitswelt. Hier fordern wir ebenfalls in einem eigenen Änderungsantrag eine Homeoffice-Strategie 2021, hinterlegt mit Haushaltsmitteln, die den Digitalbonus ergänzen. Das Programm soll dem Aufbau und der Stärkung von Homeoffice-Arbeitsplätzen gerade in kleinen und mittleren Unternehmen sowie im öffentlichen Dienst dienen. Auch Zuschüsse für Soft- und Hardwareanschaffungen sowie für vernetztes Arbeiten könnten aus diesem Programm bewilligt werden. Diese Homeoffice-Strategie 2021 ist im Übrigen ein typisches Beispiel dafür, wohin wir als SPD-Landtagsfraktion mit diesem Haushalt wollen; denn ein solches Programm leistet nicht nur einen unmittelbaren Beitrag zur Krisenbekämpfung, nein, diese Mittelbereitstellung für verbessertes Distanzarbeiten ist auch eine nachhaltige Investition in die Digitalisierung der bayerischen Wirtschaft und der Infrastruktur.

(Beifall bei der SPD)

Kurzum: Krise bekämpfen plus gerechte und nachhaltige Perspektiven schaffen, das muss in diesem Haushalt die Losung sein. Das gilt auch für weitere Themen, die ich eingangs erwähnt habe. So steht das Thema "bezahlbares Wohnen" nach wie vor auf unserer Agenda ganz oben. Der Bedarf steigt immer weiter. Der aktuelle Bewilligungsrahmen von etwa 660 Millionen Euro von Bundes- und Landesmitteln reicht keineswegs aus. Deswegen haben wir eine ganze Reihe von Initiativen ergriffen, beispielsweise für den gemeinwohlorientierten Bau von Wohnraum in Bayern, für besseres Bauen nach Corona, für Beschäftigtenwohnungen bei allen staatlichen Wohngebäuden und für einen Fonds für sicheres Wohnen in Bayern.

Sie werden jetzt sagen: Das sind Haushaltsmittel für den Wohnungsbau. In der Vergangenheit waren diese Mittel viel geringer, als sie es aktuell sind. – Ja, das stimmt schon. Man darf aber nicht verschweigen, dass es die CSU im Jahr 2017 war, damals noch in der Alleinregierung, die die Landesmittel für den Wohnungsbau halbiert hat. Die Wahrheit ist: Die bayerischen Mittel und Anstrengungen reichen seit Jahren nicht ansatzweise aus. Noch einmal ganz deutlich: Es genügt einfach nicht, vom jahrelangen Tiefschlaf in einen leichten Dämmerzustand zu wechseln und dafür auch noch Applaus zu erwarten.

(Beifall bei der SPD)

Begehen Sie bitte nicht den Fehler, die soziale Dimension bezahlbaren Wohnraums weiterhin zu unterschätzen. Das Gleiche gilt für das Thema Mobilität. Für uns ist klar: Mobilität ist Teilhabe. Corona hat den so dringend notwendigen Vormarsch des öffentlichen Personennahverkehrs leider ein ganzes Stück ausgebremst. Umso mehr gilt hier: Wir müssen jetzt die richtigen Weichen stellen, um die Mobilität für die Zukunft sicherzustellen, und zwar klimafreundlich und sozial gerecht. Deshalb haben wir ein 365-Euro-Ticket für alle jungen Menschen in Bayern jetzt und den Einstieg in ein 365-Euro-Ticket für alle gefordert. Darüber hinaus fordern wir ein kostenloses Ticket für Schülerinnen, Schüler, Azubis und Studierende.

Wir nehmen aber auch andere Personengruppen in den Blick, nämlich die Seniorinnen und Senioren sowie die finanziell Bedürftigen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, ich muss mich wundern: Unsere Forderungen nach einem

kostenlosen Ticket für Seniorinnen und Senioren und einem kostenlosen Sozialticket für Bedürftige haben Sie in den Ausschussberatungen geradezu achselzuckend kommentiert und sich schließlich enthalten. Ist das ernsthaft Ihre Vorstellung von fairer Mobilität? Der ÖPNV soll nur für diejenigen sein, die es sich leisten können? – An einem solchen Abstimmungsverhalten wird deutlich, wer wirklich ein soziales Profil in der Politik hat und wer ein solches nur vorschützt, weil er das Thema gerade erst entdeckt hat.

(Beifall bei der SPD)

Soziale Perspektiven zu schaffen, ist nicht zum Nulltarif möglich. Wir sind uns dessen bewusst. Aber gerade in der jetzigen Situation ist das definitiv gut investiertes Geld. Deswegen halten wir auch die staatliche Schuldenaufnahme für gerechtfertigt; denn die Erfahrung und die Geschichte zeigen: Aus einer ökonomischen Krise kann sich eine Volkswirtschaft nicht herausparen; eine Volkswirtschaft muss sich aus einer ökonomischen Krise herauskämpfen und aus ihr herauswachsen. Die SPD-Fraktion legt allerdings nach wie vor größten Wert darauf, dass der Landtag bei der Entscheidung über die Mittelvergabe aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie umfassend beteiligt wird. Eines ist klar: Bei der Ausgaben- und der Zuschussgestaltung bedarf es gerade jetzt maximaler Transparenz.

(Beifall bei der SPD)

Der Landtag muss über die Abwicklung zeitnah informiert werden. Beides ist aus unserer Sicht ein absolutes Muss. Im Übrigen sollte man eines nicht verschweigen, was Sie nicht so gerne hören: Von den Gesamtausgaben des Fonds waren in den vergangenen Jahren 5,26 Milliarden Euro Bundesmittel und 3,57 Milliarden Euro Landesmittel. Prozentual kamen also ziemlich genau 60 % vom Bund, 40 % vom Land. Wenn sich also die Vertreterinnen und Vertreter der Regierungsfaktionen bei diesen Haushaltsberatungen heute, morgen und übermorgen ihrer finanziellen Wohltaten rühmen, dann denken Sie an Olaf Scholz. Er hat die Feder geführt, die Sie sich schmückend an den Kopf stecken.

(Beifall bei der SPD)

Zusammengefasst: Die SPD-Fraktion hält die grundsätzliche Positionierung des Staatshaushalts 2021 als Krisenhaushalt angesichts der Corona-Pandemie für nachvollziehbar und angemessen. Aber weiterführende Initiativen, die wir vorgelegt haben und die ich gerade noch einmal erläutert habe, sind dringend erforderlich. Leider wurde lediglich unser Änderungsantrag zur Verdoppelung der Vereinspauschale mit den Stimmen aller demokratischen Fraktionen hier im Haus angenommen. Danke schön, dass Sie uns hiermit zeigen, dass wir in dem Zusammenhang recht haben.

(Beifall bei der SPD)

Das ist für die Vereine und den Sport in Bayern eine gute Neuigkeit. Wir brauchen aber für die Digitalisierung, die Bildung, die Mobilität, die soziale Infrastruktur und die Gesundheitsversorgung weitergehende Impulse, die sozial gerechte Perspektiven eröffnen. Wenn diese jetzt im Schlussspurt nicht mehr erfolgen, wenn Sie sich dem weiterhin versperren, dann wird der Haushalt seitens der SPD-Landtagsfraktion auf Ablehnung stoßen; denn dann ist dieser Haushalt ein Haushalt der verschenkten Potenziale. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Arnold, ich bedanke mich bei Ihnen. – Die Maske! – Ich darf dann den Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Herrn Kollegen Martin Hagen, aufrufen. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Aussprache zum Einzelplan 02 der Staatskanzlei ist traditionell Aufhänger für eine Generaldebatte über die Politik der Regierung, also über die großen politischen Linien. Dass der Ministerpräsident, der zu diesem Einzelplan üblicherweise spricht, heute nicht mal im Parlament ist, diesen Debattenpunkt also schwänzt, dokumentiert ein mangelndes Interesse genau daran. In Zeiten des unionsinternen Wettstreits um die Kanzlerkandidatur sind ihm die Kameras in Berlin offenbar wichtiger als das Parlament in München, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Dabei steht der Einzelplan 02 ja sinnbildlich für das Politikverständnis des Ministerpräsidenten. Schon im Doppelhaushalt 2019/2020 wurden insgesamt 132,5 neue Stellen in der Staatskanzlei geschaffen. Jetzt kommen noch mal 38 Stellen dazu.

Das ist, erstens, Zeugnis von Zentralisierung der Macht in der Regierung. Es ist ja kein Zufall, dass die Minister noch nie so sehr im Schatten des Ministerpräsidenten standen wie in der aktuellen Periode. Es ist, zweitens, auch Zeugnis der Ausdehnung der Exekutivmacht zulasten der Legislative. Beispielhaft dafür steht das Gremium der Ministerpräsidentenkonferenz – ein Gremium, das in der Verfassung gar nicht vorgesehen ist –, das momentan das mächtigste Gremium in unserem Staate ist.

So losgelöst von parlamentarischer Kontrolle, so losgelöst selbst vom eigenen Kabinett inklusive des Koalitionspartners, konnte ein Ministerpräsident in Bayern noch nie schalten und walten! Das ist verführerisch, das ist gefährlich, und wir sollten uns daran nicht gewöhnen!

(Beifall)

Wir sollten uns auch nicht an anderes, was in dieser Corona-Pandemie zunehmend normal geworden ist, gewöhnen: beispielsweise an den leichtfertigen Umgang mit Grundrechten. Wir sind in einer Situation und in einer Debatte, in der sich zunehmend derjenige rechtfertigen muss, der Grundrechte gewähren will, und nicht derjenige, der sie einschränken will. Andersrum sollte es sein!

Wir sollten uns auch nicht an den leichtfertigen Umgang mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gewöhnen. Das ist Geld, das zukünftige Generationen irgendwann als Schulden tilgen müssen. Wir sollten uns auch nicht an den immer tieferen Eingriff des Staates in die Wirtschaft gewöhnen. Wir müssen nach der Corona-Krise wieder in den Normalmodus zurück.

Eine große Herausforderung wird dann darin bestehen, den liberalen Charakter unseres Staates zu stärken. Eine große Herausforderung wird auch darin bestehen, Begehrlichkeiten, die jetzt in diesem Ausnahmezustand entstehen, abzuwehren.

Stichwort Klimaschutz: Es gibt in der Klimabewegung schon Stimmen, die die Corona-Krise und die Corona-Politik als Blaupause für die künftige Klimapolitik sehen. Dort sagt man: Schaut euch an, was plötzlich alles möglich ist! Schaut euch an, was die Bürger an Rechten und Freiheiten preiszugeben bereit sind!

Wir sagen: Nein! – Meine Damen und Herren, wir werden diese Menschheitsherausforderung Klimawandel nicht durch Einschränkung unserer Freiheit, nicht

durch Verzicht und Selbstgeißelung, sondern nur durch technische Innovation und einen klugen ordnungspolitischen Rahmen, wie wir ihn mit dem Emissionshandel haben, bestehen.

(Beifall bei der FDP)

Die Begehrlichkeiten wachsen auch in der Finanzpolitik. Die Corona-Krise hat natürlich dazu geführt, dass plötzlich bisher ungeahnte Summen mobilisiert werden konnten, die notwendig waren, um diese Krise zu meistern. Der Staat hat in dieser Krise aus dem Vollen geschöpft. Das war und ist auch richtig so. Er kann aber in schweren Zeiten nur dann aus dem Vollen schöpfen, wenn er in guten Zeiten Maß hält. Er kann es nur, wenn wir jetzt nicht das Gefühl haben: Mensch, jetzt regnet das Geld wie Manna vom Himmel – das können wir künftig auch für allerlei soziale Wohltaten nutzen.

Es ist deswegen falsch, dass in der Vergangenheit schon in den guten Zeiten Wahlgeschenke verteilt wurden, die nicht der Zukunftsfähigkeit unseres Landes dienen, sondern nur bestimmte Wählergruppen milde und gewogen stimmen sollten. Nach dem Verständnis der FDP ist unsere Haushaltspolitik den kommenden Generationen verpflichtet, denen verpflichtet – unseren Kindern und Enkelkindern –, die die Schulden mal zurückzahlen müssen. Wir wollen ihnen Chancen und keine Schulden vererben.

Meine Damen und Herren, Sie wissen selber, dass die Regierung 2019 und 2020 einen Schönwetterhaushalt aufgestellt hat. Ich habe Ihnen das schon damals vorgeworfen. Das war eine Zeit, in der die dunklen Wolken am Himmel der Konjunktur schon sichtbar waren. Jetzt rächt sich, dass damals Ausgaben beschlossen wurden, die schon damals kaum aus den laufenden Einnahmen finanziert werden konnten. Diese Ausgaben bestehen jetzt, da die Einnahmen einbrechen und die Krise zusätzliche finanzielle Ressourcen erfordert, natürlich fort.

Sie haben in Ihrem Haushalt insgesamt zu viel konsumptive Ausgaben und zu wenig Investitionen. Das ist eine Schiefelage; wir brauchen hier einen Paradigmenwechsel.

Der Staat – das ist leider keine neue Entwicklung – verzettelt sich immer mehr. Wir sehen jetzt in der Corona-Krise, wohin das geführt hat. – Statt eines schlanken, agilen Staates, der sich auf das Wesentliche konzentriert, haben wir einen fetten Staat – den teuersten, den wir jemals hatten –, der dann und dort, wenn und wo es darauf ankommt, kläglich versagt.

Der "SPIEGEL" schreibt in seiner aktuellen Ausgabe von Staatsversagen. Er titelt von Schimpf und Schande: "Die neue deutsche Unfähigkeit". – Genau das ist es. Wir müssen uns nur anschauen, wo wir beim Impfen stehen. Die Beschaffung von Impfstoff ist ein historisches Versagen – vielleicht das größte und folgenschwerste politische Versagen der vergangenen Jahrzehnte! Es setzt sich beim Testen, bei der Beschaffung von Schnelltests, beim Schutz von Altenheimen, der monatelang nicht geklappt hat, bei der Digitalisierung der Gesundheitsämter, bei der App, bei der Auszahlung von Wirtschaftshilfen, die nicht funktioniert, fort.

Vor diesem Hintergrund ist doch die Forderung, die wir gerade von der linken Seite immer wieder hören, nach mehr Staat und weniger Markt geradezu irrwitzig. – Schauen wir uns doch mal an, was in dieser Krise geklappt hat und was nicht.

Die Privatwirtschaft hat einen Impfstoff in Rekordzeit entwickelt. Sie hat die Luca-App entwickelt. Wir können beim Discounter für 99 Cent FFP2-Masken und Schnelltests für 25 Euro im Fünferpack kaufen. Selbst zu Zeiten der Hamsterkäufe im Frühjahr waren die Regale an jedem nächsten Morgen wieder prall gefüllt.

Schauen wir uns dagegen an, wie der Staat – etwa bei der Ausstattung der Bürger mit FFP2-Masken durch das Gesundheitsministerium, was übrigens gegen die Empfehlung des Ministeriums von Minister Spahn durchgedrückt wurde – agiert: Für 9,3 Millionen Euro wurden Berechtigungsscheine gedruckt, die man dann für 27 Millionen Euro per Post an 34 Millionen Bürger geschickt hat, damit diese sich dann in den Apotheken gegen 2 Euro Eigenbeteiligung sechs FFP2-Masken holen konnten, die man im Supermarkt mittlerweile für 99 Cent pro Stück erhält; die Apotheken bekommen vom Staat aber 6 Euro pro Stück vergütet. Meine Damen und Herren, jeder Unternehmer, der so agiert, wäre morgen insolvent.

(Beifall bei der FDP)

Momentan erleben wir eine ganz gefährliche Mischung. Auf der einen Seite versagt der Staat bei seinen Hausaufgaben. Auf der anderen Seite verlangt der Staat den Bürgern immer mehr ab, schränkt sie ein und gängelt sie an einigen Stellen auch. Wenn dann noch dazu kommt, was wir in den letzten Tagen und Wochen erlebt haben, wenn nämlich offenbar wird, dass es Abgeordnete aus den Reihen von CDU und CSU gibt, die diese Krise genutzt haben, um sich persönlich auch noch zu bereichern, dann führt das zu ganz gefährlicher Politikverdrossenheit. Meine Damen und Herren, dieser Politikverdrossenheit sollten wir entgegenwirken.

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen einen Staat, der da stark ist, wo es drauf ankommt, einen Staat, der sich auf seine Kernaufgaben fokussiert. Wir brauchen einen Staat, der sich sonst aber aus Dingen raushält, die ihn nichts angehen, weil sie die Gesellschaft, die Bürger und die Privatwirtschaft besser können.

Wir werden nach der Krise ohnehin viel mit echten Kernaufgaben zu tun haben; denn es gibt viele ungelöste Probleme und Herausforderungen, die ohnehin da waren, durch die Krise aber noch verschärft wurden.

Sprechen wir über die Bildungschancen. Der Schul-Lockdown ist eine Katastrophe für die Schülerinnen und Schüler, insbesondere für die aus bildungsfernen Schichten. Er verschärft die Bildungsungerechtigkeit, die unser Bildungssystem ohnehin schon – gerade in Bayern – produziert hat. Wir werden nach der Krise gerade mit Blick auf Chancengerechtigkeit, aber auch mit Blick auf lebenslanges Lernen eine Bildungsoffensive brauchen, weil es die technologischen Umbrüche erforderlich machen, dass sich die Menschen lebenslang fortbilden, um den Anforderungen des Arbeitsmarktes standzuhalten.

Wir erleben es bei der Digitalisierung. Diese Krise hat deutlich gemacht, welche Defizite wir hier haben, gerade in der staatlichen Verwaltung, Stichwort Schulen, Stichwort Gesundheitsämter und Stichwort Beantragung von Soforthilfen via ausdrückbarem und zurückzufaxendem PDF-Dokument, wie es das Wirtschaftsministerium angeboten hat. Wir haben ein Digitalministerium ohne jegliche Kompetenzen, ohne Zuständigkeiten für die entscheidenden Angelpunkte, die es bei der Digitalisierung gibt, ein Digitalministerium, das ein reines Feigenblatt ist. Wir sehen es auch jetzt wieder am Haushalt: Der wichtigste Posten ist die Verleihung eines Computerspielepreises einmal im Jahr. Hier brauchen wir ganz klar mehr PS auf der Straße. Hier brauchen wir ein echtes Ministerium mit echten Kompetenzen für die Digitalpolitik.

(Beifall bei der FDP)

In der Wirtschaft erleben wir, dass sich Trends durch die Krise verschärfen, wie beispielsweise der Konzentrationsprozess im Einzelhandel oder in der Gastronomie. Die Vielfalt, gerade in unseren Innenstädten, ist bedroht. Ich fürchte, wir wer-

den die eine oder andere Innenstadt nach dieser Krise nicht wiedererkennen; denn die Corona-Krise trifft gerade den kleinen, familiengeführten Mittelstand. In diese Lücke werden nach der Krise natürlich große Akteure springen.

Die Industrie befand sich in Bayern und in Deutschland schon vor der Corona-Krise tief in einer Rezession. Nach der Krise wird es entscheidend sein, die Standortbedingungen in unserem Land für wirtschaftliche Betätigung wieder drastisch zu verbessern, um aus dieser Krise auch wirtschaftlich zu wachsen. Dazu müssen wir Steuern senken und es attraktiv machen, hier zu investieren. Wir müssen Bürokratie abbauen. Wir brauchen eine moderne Infrastruktur, und wir brauchen ganz dringend eine sichere und bezahlbare Energieversorgung. Nächstes Jahr geht das letzte AKW in Bayern vom Netz. Ich frage mich: Wo ist das Konzept der Bayerischen Staatsregierung, wie wir diese Lücke kompensieren? Wo ist das Konzept, wie wir auch bei wachsendem Strombedarf durch die Elektrifizierung des Verkehrs- und des Wärmesektors, die politisch gewollt ist, die Stromversorgung in den Zwanzigerjahren sicherstellen können?

Die großen Herausforderungen, sie gipfeln in den Zwanzigerjahren wahrscheinlich in einem Megatrend, nämlich dem demografischen Wandel. Dieser ist eine echte, sehr große Herausforderung, zum Beispiel für den Arbeitsmarkt. Um das einmal zu veranschaulichen: Im Jahr 2019 gab es in Bayern genauso viele Schulabsolventen wie Renteneintritte. Die Zahl der Schulabsolventen wird bis Mitte des Jahrzehnts leicht sinken. Die Zahl der Renteneintritte wird sich mehr als verdoppeln. Das bedeutet für unseren Arbeitsmarkt einen weiter verschärften Fachkräftemangel, dem wir durch bessere Bildung, gerade bessere berufliche Bildung, durch eine bessere Familienpolitik, um auch mehr Eltern die Erwerbsarbeit zu ermöglichen, durch eine längere Lebensarbeitszeit und natürlich auch durch Einwanderung begegnen müssen; denn Bayern ist auf qualifizierte Einwanderung angewiesen, wenn wir unseren Wohlstand in den Zwanzigerjahren erhalten wollen.

Der demografische Wandel stellt eine riesige Herausforderung für unsere Sozialsysteme dar. Die Rentengeschenke der Großen Koalition waren genau das Gegenteil von dem, was wir wirklich brauchen. Sie werden uns in diesem Jahrzehnt teuer zu stehen kommen. Der demografische Wandel ist auch eine Herausforderung für den Staatshaushalt, und damit kommen wir wieder zum eigentlichen Punkt zurück; denn die Pensionslasten werden in diesem Jahrzehnt drastisch steigen, weil die "Babyboomer" auch in der Beamtschaft in den Ruhestand gehen. Wir wissen, dass die Zuführung zum Pensionsfonds seit Jahren konstant zu niedrig ist. Ein Finanzminister mit dem Namen Markus Söder hat damals die Zuführung zum Pensionsfonds zugunsten der Schuldentilgung reduziert. Mittlerweile ist die Schuldentilgung vom Tisch. Der Pensionsfonds bleibt trotzdem weiterhin unzureichend gefüllt. – Sie stellen also mit jedem Jahr ungedeckte Schecks an künftige Pensionisten aus.

Meine Damen und Herren, wir brauchen mehr Transparenz bezüglich der tatsächlichen Lasten, die im Finanzbereich in Zukunft vor uns liegen, und wir brauchen mehr Transparenz dahin gehend, wie Sie diese zu finanzieren gedenken. Wir stehen am Beginn eines neuen Jahrzehnts, am Beginn der Zwanzigerjahre. Wir müssen die Zukunft in den Blick nehmen. Wir müssen das Bayern von morgen gestalten. Das, was Sie vorlegen, ist dafür leider zu wenig.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Abgeordneter Hagen. – Ich darf als nächsten Redner den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Herrn Kollegen Josef Zellmeier, aufrufen. Bitte schön, Herr Vorsitzender.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Vieles ist jetzt schon zum Haushalt 2021 gesagt worden. Ich will nicht alles wiederholen, aber auf ein paar Punkte eingehen, die meine Vorredner von sich gegeben haben. Zunächst einmal zum Grundsätzlichen: Wir haben nur einen Ein-Jahres-Haushalt. Das wissen Sie mittlerweile. Dies ist die richtige Reaktion darauf, dass die Zeiten unsicherer geworden sind. Das gilt für die Einnahmesituation, aber auch für die Herausforderungen, die auf uns zukommen. Corona bestimmt natürlich auch weiterhin einen Teil unserer Haushaltspolitik. Wir wollen die solide Politik fortsetzen. Wir wollen die Menschen sicher durch die Pandemie führen, aber auch den Haushalt sicher und solide gestalten. Das ist das große Ziel der CSU und der Regierungskoalition. Deshalb wollen wir nicht nur über die nackten Zahlen reden, sondern auch über das, was dahintersteht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine unverhältnismäßige Neuverschuldung, wie sie die Anträge der Opposition bedeuten würden, lehnen wir entschieden ab. Wir wissen alle, dass wir jetzt im zweiten Jahr neue Schulden brauchen – nach 15 Jahren, in denen wir ohne neue Schulden auskamen. Dies soll aber die Ausnahme und nicht die Regel sein. Die Anträge, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition und vor allem von den GRÜNEN und der SPD, die Sie stellen, sind immer Anträge, die schon in der Vergangenheit zu deutlichen Mehrausgaben geführt hätten und nicht solide sind. Frau Kollegin Schulze spricht von Green Bonds: Was ist das denn anderes als eine versteckte Neuverschuldung? Man versucht hier, die Verfassung zu umgehen, indem man der Sache einen Namen gibt, der sich gut anhört. Grün ist momentan "in". Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie so vieles, was unter dem grünen Mäntelchen läuft, ist es nicht so, wie es aussieht. Hier könnte man noch einige andere Beispiele anführen. Deshalb ist ganz klar: Wir werden diesen Green Bonds niemals zustimmen, weil sie ein Irrweg sind und weil sie die Zukunft der jungen Generation belasten würden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die GRÜNEN versuchen, an Stellen zu sparen, wo es den Menschen wehtut: Pflegegeld und Familiengeld. Das sind wichtige Aspekte. Ein Grundpfeiler der Politik von CSU und FREIEN WÄHLERN ist die Unterstützung der Familien und der Pflegebedürftigen. Wir werden nicht dabei mitmachen, diese Dinge zu streichen, wie es die GRÜNEN gerne hätten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Im Übrigen hat Frau Kollegin Schulze auch noch erwähnt, dass wir für Radschnellwege zu wenig tun würden. Sie hat wahrscheinlich nicht mitbekommen, dass es dafür ein Förderprogramm des Bundes gibt, das sehr gut ist, das genutzt wird und das wir auch voll unterstützen, und dass wir im Haushaltsausschuss auch angeregt haben, die Förderbedingungen für die bayerischen Radschnellwege, die in der Kategorie etwas darunterliegen, anzupassen, damit die vorhandenen Mittel dafür – diese sind wirklich vorhanden – auch entsprechend von den Kommunen genutzt werden können.

Wir haben es im Übrigen – das ist, glaube ich, eine große Leistung, und hier danke ich insbesondere auch unserem Finanzminister Albert Füracker sehr herzlich – in beiden Pandemiejahren, in 2020 und 2021, geschafft, mit der Neuverschuldung auszukommen, die wir allein für das erste Jahr geplant hatten. Die 20 Milliarden Euro sind bei Weitem nicht verbraucht worden. Wir können den zweiten Teil – das sind 11,6 Milliarden Euro – in diesem Jahr bereitstellen. Das heißt, wir haben sorgsam gewirtschaftet, und wir haben auch dafür gesorgt, dass wir die 20 Milliarden Euro auch in diesem Haushalt nicht überschreiten werden. Das ist, glaube ich, ein Zeichen, dass wir für solide Aufgabenführung die Besten sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Steuereinnahmen sind geringer als in den Vorjahren, natürlich bedingt durch die Ausfälle, die wir in der Wirtschaft haben, aber auch durch steuerliche Erleichterungen für die Bürger, die auch berechtigt sind. Federführend hat die CSU viele Punkte durchgesetzt, die für die Menschen wichtig sind. Ich nenne die Verlängerung der Absenkung des Mehrwertsteuersatzes in der Gastronomie und in der Hotellerie. Dies ist ein sehr wichtiger Faktor, um vor allem dieser schwer gebeutelten Wirtschaftsbranche einen Neustart zu ermöglichen.

Es wird von allen anerkannt, dass hier ein wichtiger Faktor geschaffen worden ist, wir dies zuerst durchgesetzt und jetzt auch erreicht haben, dass es bis Ende 2022 verlängert wird, dass wir den Kinderbonus auch heuer haben. Ein sehr wichtiges Thema ist auch die Verdoppelung des steuerlichen Verlustrücktrags in 2020 und 2021. Hier hätten wir uns sogar noch mehr vorstellen können, als passiert ist; denn dies ist eine sehr wichtige Regelung für die Unternehmen, die in der Vergangenheit profitabel waren und sich jetzt durch Corona in der Krise befinden und die sich mit einem erweiterten und somit verlängerten Verlustrücktrag auch wieder einen Teil der Liquidität verschaffen können. Ich nenne außerdem die Homeoffice-Pauschale von 5 Euro pro Tag und vieles mehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen die Steuerausfälle von 3,6 Milliarden Euro über die Neuverschuldung und darüber hinaus viele Dinge refinanzieren, die den Menschen direkt helfen, wie Impfzentren und Corona-Tests, um nur die wichtigsten Beispiele zu nennen. Dafür haben wir 8,3 Milliarden Euro im Sondertopf "Corona" bereitgestellt. Davon sind 2,4 Milliarden Euro für unvorhergesehene Dinge bestimmt, um kurzfristig reagieren zu können. Wir haben durchgesetzt und erreicht, dass der Haushaltsausschuss künftig bei diesem noch nicht definierten Ausgaben-Pool zustimmen muss, bevor Ausgaben wirksam werden; 2,4 Milliarden Euro sind ja auch nicht wenig. Die Staatsregierung hat dies bereitwillig aufgenommen. Damit haben wir die Parlamentsrechte eindeutig gestärkt.

(Zuruf)

– Lieber Kollege Güller, ich schätze dich sehr, aber manchmal liegst du richtig daneben. Einen solchen Fall haben wir jetzt. Im vergangenen Jahr hatten wir eine Sondersituation. Keiner von uns wusste, was auf uns zukommt. Auch an der Schnelligkeit, mit der reagiert werden musste, sieht man, dass es im letzten Jahr richtig war, der Staatsregierung freie Hand zu geben. Wir haben durchgesetzt und erreicht, dass das im zweiten Jahr der Krise anders ist, auch weil wir als Haushälter mitbestimmen wollen. Das ist ganz klar.

(Beifall)

Oft ist auch der richtige Zeitpunkt entscheidend.

(Heiterkeit)

Es ist nicht nur entscheidend, was man sagt, sondern auch, wann man es sagt.

(Zurufe)

– Ich wollte eigentlich nichts dazu sagen, aber weil Kollege Arnold gerade dazwischenruft, sage ich: Die Vereinspauschale, die er vorhin angesprochen hat, war bereits eingetütet. Es ging nur noch um technische Fragen und darum, wie man es macht.

(Anhaltende Heiterkeit)

Im Nachhinein hat es sich fast als Fehler erwiesen, dass wir dem Begehren der SPD nachgegeben haben. Die SPD hat so getan, als ob sie die Verdoppelung der Vereinspauschale verursacht hätte. Das ist natürlich nicht so. Sie war bereits eingetütet. Wir haben uns auf euren Weg eingelassen; das ist richtig. Aber die Erhöhung der Vereinspauschale wäre mit und ohne euch gekommen, weil uns die Vereine und gerade die Sportvereine wichtig sind, die durch die Einschränkungen massiv zu leiden haben.

Wir brauchen eine zügige Erholung der Wirtschaft. Das ist ein ganz entscheidender Faktor, damit wir auch in Zukunft als Staat leistungsfähig sind. Denn ohne die Einnahmen aus der Wirtschaft und ohne die Einnahmen von den Steuerzahlern, den Unternehmern, den Arbeitnehmern und den Landwirten könnten wir nicht agieren. Dem vom Kollegen Pohl Gesagten möchte ich noch hinzufügen: Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sind diejenigen, die in diesem Lande anschaffen. Sie stellen das Geld bereit. Wer zahlt, schafft an. Man sollte sie nicht unnötig beuteln, sondern stärken, damit auch in Zukunft die Einnahmen fließen.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 14 % Investitionsquote und 9,9 Milliarden Euro sind ganz wesentliche Faktoren, damit gerade die Wirtschaft nach der Krise wieder ins Laufen kommt. Ich hoffe, dass wir diese Zeit nach der Krise bald erleben.

Die Stärkung der Kommunen mit 10,3 Milliarden Euro ist eine herausragende Leistung, die man nicht unterschätzen darf. Die GRÜNEN sagen, den Kommunen müsste man noch mehr Gutes tun. Das ist erstens in Zeiten der Krise so nicht möglich, zweitens geht es den Kommunen in Ländern, in denen die GRÜNEN und Roten regiert haben, traditionell am schlechtesten. Das wissen wir alle. Den bayerischen Kommunen geht es dank unserer Politik seit vielen Jahren gut; das soll auch in Zukunft so bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Darum ärgert es mich auch, wenn einige sagen, in Bayern sei die digitale Infrastruktur nicht gut. Liebe Kolleginnen und Kollegen, sie ist gut. Sie ist vor allem sogar deutlich verbessert worden. Natürlich muss man auch die Unterschiede sehen. Wer von Verhältnissen wie in NRW spricht, wo wenig funktioniert, oder wie in anderen großen Ländern, die lange von der SPD regiert waren, der vergisst, dass diese Länder relativ dicht besiedelt sind, weshalb es für die Wirtschaft interessanter ist, Leitungen zu legen. Das ist so. In einem Flächenstaat wie Bayern ist dies nicht so interessant, weil die Menschen weiter auseinander wohnen. Deshalb hat der Freistaat Bayern ein Riesenprogramm aufgelegt. Wir wissen, dass der Staat in einem Flächenland etwas tun muss, weil es die Wirtschaft alleine nicht machen kann. Deswegen danke ich unserem Finanzminister dafür, dass er es so fortführt. Wir haben mehr investiert als alle anderen Bundesländer und Länder in Europa. Darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CSU)

Wir wissen, dass es mit der Mobilfunkversorgung vor Ort schwierig ist. Jedem ist bekannt, dass oft diejenigen, die von Mobilfunkversorgung sprechen, diejenigen sind, die dann vor Ort dagegen sind. Hier verrate ich keine Geheimnisse. Jeder weiß, dass gerade die GRÜNEN in der ersten Reihe stehen, wenn es darum geht, gegen den Bau von Mobilfunkmasten zu demonstrieren.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen unseren Bürgerinnen und Bürgern und unseren Steuerzahlern weder durch Verbote noch durch übermäßige finanzielle Belastungen Daumenschrauben anlegen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, deshalb ist es uns auch wichtig, dass weiterhin Eigenheime gebaut werden können. Sie gehen immer zwei Wege: Der eine Weg ist, etwas zu verbieten. Wenn das nicht klappt, dann nehmen Sie den Leuten so viel Geld weg, dass sie nicht mehr bauen oder kaufen können. Das ist nicht unser Weg. Wir werden daran festhalten und auch in Zukunft dafür sorgen, dass den Menschen genug Geld bleibt, um ihre Träume zu verwirklichen.

Noch ein paar Worte zur Staatskanzlei: Neben der Generaldebatte gab es auch Kritik am Personalbedarf der Staatskanzlei, der natürlich coronabedingt höher ist. Das ist klar. In der Staatskanzlei wird extrem viel, extrem lange, weit über die üblichen Arbeitszeiten hinaus und auch am Wochenende gearbeitet. Wer glaubt, die dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kritisieren zu dürfen, wenn es in einer Krise einen erhöhten Bedarf an Einstellungen gibt, der liegt völlig falsch. Das ist Kritik an der falschen Stelle. Das sei einmal gesagt. Wir brauchen hier mehr Personal, weil der Bedarf vorhanden ist, und nicht deshalb, weil es dem Ministerpräsidenten gefällt. Da liegen Sie völlig daneben.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen ist der Etat der Staatskanzlei niedriger als der des Landtags, dies nur einmal zum Vergleich. Die Zahlen sagen noch gar nichts darüber aus, wie jemand arbeitet und eine Behörde funktioniert. Aber eines ist klar: In der Krise braucht man mehr Personal als vor und nach der Krise. Ich hoffe, dass wir künftig natürlich auch wieder etwas Personal reduzieren können. Das gilt nicht nur für den Bereich der Staatskanzlei. Es ist ein allgemeines Problem, dass wir den Personalbestand sehr ausbauen. – Wenn Sie aber etwas zu sagen hätten, Kollege Arnold, dann wäre das mit Sicherheit noch etwas mehr. Das ist nicht der richtige Weg, denn wir müssen auch das Verhältnis der Personalausgaben zum Gesamthaushalt im Blick haben.

(Zuruf)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch ein Wort zur Medienpolitik, die mir fast etwas zu kurz gekommen ist: Die Staatskanzlei ist federführend auch für die Medienpolitik zuständig. Ich erwähne hier die lokalen Rundfunk- und Fernsehanstalten, weil mir das persönlich auch sehr wichtig ist. Sie sorgen für eine hervorragende Berichterstattung in der Region über regionale Themen, berichten aber auch über die Arbeit, die wir hier im Landtag leisten. Das gilt für die Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen. Wir müssen dankbar sein, wenn beispielsweise Plenum.TV bei fast jeder Plenarsitzung anwesend ist und unsere Stellungnahmen zu den aktuellen Themen auch in der Region verbreitet. Deshalb haben wir zu Recht die Mittel erhöht und sind bereit, weiter zu unterstützen, vor allem dann, wenn es um die Verbreitungsinfrastruktur geht, weil auch regional die Werbeeinnahmen sehr unterschiedlich sind. Hinzu kommt die Tatsache, dass coronabedingt die Werbeeinnahmen zurückgegangen sind. Das ist eine ganz wichtige Angelegenheit, die die Staatskanzlei hervorragend managt.

Lassen Sie mich zum Schluss noch Dank sagen unserem Finanzminister Albert Füracker für die hervorragende Arbeit bei der Erstellung des Haushalts und natürlich unserem Ministerpräsidenten, der souverän durch die Krise führt, sowie Dr. Florian Herrmann als Leiter der Staatskanzlei, der ja auch am Schluss noch für die Staatskanzlei sprechen wird. Danke an Kollegen Pohl, unseren Koalitionspartner; wir arbeiten eng und gut zusammen. Danke allen Ausschussmitgliedern für die intensive Arbeit. Alle Ausschussmitglieder arbeiten sehr intensiv mit und bringen sich ein, auch wenn sie nicht immer die richtigen Ideen haben.

(Unruhe)

Zumindest sind sie fleißig; dafür sage ich Danke. Das muss man wirklich sagen. Der Haushalt der Staatskanzlei ist in vollem Umfang zustimmungsfähig. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Es gibt eine Zwischenbemerkung.

Davor erlaube ich mir als Vizepräsident, dem Haushaltsausschuss und allen, die hier mitwirken, parteiübergreifend herzlich zu danken. Ich habe dem Ausschuss selber angehört und weiß, wie viele Stunden an Sitzungen nötig sind, damit ein Haushalt verabschiedet werden kann. Ich wollte das gegenüber den Kollegen mal ausdrücklich aussprechen.

(Beifall)

Jetzt hat Herr Bergmüller das Wort. – Bitte.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege und Ausschussvorsitzender Zellmeier, Sie haben vorher von einer Erholung der Wirtschaft gesprochen. Heute zitiere ich aus dem "SPIEGEL" den Chefvolkswirt Jörg Krämer von der Commerzbank: Nunmehr sei davon auszugehen, dass der Lockdown in der gegenwärtigen oder leicht abgeschwächten Form bis Ende Mai in Kraft bleibe. Dies entspricht einem Verlust von ungefähr zehn Milliarden Euro. Letztes Jahr um diese Zeit haben wir den 1. Nachtragshaushalt gehabt, und einen Monat später den 2. Nachtragshaushalt. Jetzt frage ich Sie: Schließen Sie bei weiterem, verlängertem Lockdown einen Nachtragshaushalt auf der Grundlage des jetzigen Haushaltsplanes aus?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte.

Josef Zellmeier (CSU): Ich bin kein Hellseher. Ich wünsche mir keinen Nachtragshaushalt. Aber ausschließen kann ich ihn natürlich auch nicht, weil die Zeiten unsicher sind. Da muss man dann kurzfristig reagieren. Momentan sind wir gut aufgestellt. Was sein könnte, wenn die Pandemie und die Einschränkungen dadurch länger dauern, lässt sich momentan nicht vorhersagen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen herzlichen Dank. Ich sehe keine weiteren Meldungen zu Zwischenbemerkungen. Damit ist der Beitrag von Herrn Vorsitzendem Zellmeier beendet. – Ich darf den nächsten Redner aufrufen: Es ist der Abgeordnete Florian Siekmann von den GRÜNEN. Kollege Siekmann, gleich dürfen Sie ans Rednerpult. Ich nutze auch heute die Gelegenheit, ganz besonders noch unter dem Eindruck des Gedenkaktes, den Offiziantinnen und Offizianten dafür zu danken, dass sie hier so darauf achten, dass wir nicht angesteckt werden. Vielen herzlichen Dank auch an die Damen und Herren.

(Allgemeiner Beifall)

Bitte schön.

Florian Siekmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleg*innen! Wir beraten den Haushalt der Staatskanzlei, und damit beraten wir auch über die politische Koordination dieses Landes, nicht nur innerhalb Bayerns, sondern auch im Bund, in der Europäischen Union und sogar darüber hinaus. Knapp zwei Jahre ist die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten zu Europa nun her. Aber Europa sollte eben nicht nur vor den Europawahlen eine Rolle in dieser Re-

gierung spielen, sondern auch beim täglichen Handeln. Im Angebot hatte der Ministerpräsident damals viele wohlklingende Ankündigungen: Mit den Nachbarstaaten wollte man eng zusammenarbeiten, insbesondere mit Österreich und Tschechien. Jetzt, zwei Jahre später, ist von diesen Ankündigungen nicht viel mehr geblieben als ein paar Fotosessions mit Sebastian Kurz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Gegenteil: Die Situation in der Grenzregion ist angespannt. Seit Wochen können sich Paare und Familien mit Kindern nicht sehen. Fast täglich erreichen mich Anfragen von verzweifelten Lebenspartner*innen. Eine ist mir besonders in Erinnerung geblieben: Zwei Frauen, beide arbeiten in systemrelevanten Berufen, eine in Bayern, eine in Tirol, sie opfern sich in dieser Pandemie für unsere Gesellschaft auf, und dass sie sich am Wochenende kurz sehen bleibt ihnen verwehrt. Wie sich das anfühlen muss, möchte ich mir nicht ausmalen. Man fühlt sich zurückversetzt in die erste Welle der Pandemie. Statt Zusammenarbeit gab es damals Grenzschließungen. Mit nationalen Scheuklappen wurde gedacht und gehandelt. Es waren schwarze Tage für den Zusammenhalt in Europa. Danach gab es wieder Ankündigungen: Man wolle neue Grenzschließungen unter allen Umständen vermeiden, beteuerte die Staatskanzlei.

Und heute, ein Jahr nach der ersten Welle, überrollt uns die dritte Welle, und die Grenzen zu unseren Nachbarn sind erneut so gut wie dicht. Unser Vorschlag für eine bessere Koordination mit Tschechien und Österreich, die Einrichtung einer grenzüberschreitenden Taskforce, wurde seit letztem Jahr im Mai mehrmals abgelehnt, stattdessen wieder nur Beteuerungen und Ankündigungen. Auf Nachfrage stellen sich diese Beteuerungen als Luftnummern heraus: Die Testpflicht endet 2020, – Zitat aus der Antwort auf meine Anfrage: Nicht mit den verantwortlichen Stellen im Nachbarstaat abgesprochen. – Verschärfte Testpflicht Januar 2021: Eilige Gespräche erst, nachdem man die Maßnahme umgesetzt hatte, weil man plötzlich festgestellt hat, was für ein Chaos angerichtet wurde. Jetzt die stationären Grenzkontrollen Ende Februar 2021: Erst am Morgen der Umsetzung standen die völlig unzureichenden Ausnahmeregelungen fest. Von Koordination keine Spur, stattdessen Verunsicherung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da muss man sich doch fragen: Kann es so schwer sein, sich um eine gute Koordination mit unseren Nachbarn zu bemühen? Der Blick nach Baden-Württemberg zeigt: wöchentlicher Austausch mit der Schweiz; gemeinsam mit Rheinland-Pfalz, dem Saarland und dem Bund wurde eine Taskforce mit Frankreich eingerichtet. Das Ergebnis: maßvolle Maßnahmen und auch Erfolge bei der Pandemie-Bekämpfung. So will ich das auch in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bis hierhin wäre das alles mit wenigen Euro zu bewerkstelligen gewesen. Wir hätten überhaupt keine Haushaltsdebatte gebraucht. Beim Blick auf den Haushalt der Staatskanzlei muss man fast entsetzt feststellen: Der immer weiter aufgeblasene Apparat – und das wurde er schon vor der Krise, meine Damen und Herren, nicht erst durch Corona – hat sich als wahrlich wirkungslos erwiesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Immer neue Gelder für die Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation mögen hübsche Bilder in herrschaftlicher Atmosphäre erzeugen. Sie liefern aber keine Lösung für die Probleme der Menschen in diesem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es scheitert nicht am Haushalt, den dieses Parlament beschließt, es scheitert am Willen der Regierung Söder, sich ihrer europapolitischen Verantwortung zu stellen. Es ist die Politik ewiger Ankündigungen und ausbleibender Ergebnisse, die sowohl die Abgeordneten in diesem Haus als auch die Menschen im Freistaat Bayern überstrapaziert.

Ausbleibende Ergebnisse finden sich im Haushalt der Staatskanzlei zur Genüge: Da wäre zum Beispiel die Stiftung zur Förderung des internationalen Jugendaustausches. Noch so eine Ankündigung: Jahr 2018, Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Bereits im vergangenen Jahr haben wir beantragt, dass die 30 Millionen Euro dem Bayerischen Jugendring zur Verfügung gestellt werden, wo es schon die Strukturen gibt, um internationalen Austausch zu fördern. Aber es muss aus Sicht der Regierung Söder eine weitere Stiftung sein. Das eignet sich auch besser für einen Fototermin. Leidtragende sind aber am Ende die jungen Menschen, die bis heute kaum die Chance auf eine internationale Erfahrung haben: Schüler*innen an Mittel- und Realschulen, Auszubildende. Wer nach der Krise einen kraftvollen Neustart für den Austausch will, der muss in bewährte Strukturen und Netzwerke statt in neue Stiftungen investieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt bin ich bei den jungen Menschen, Herr Pohl, Herr König, die leiden nicht unter den Ausgaben von heute. Meine Generation leidet nicht unter den Ausgaben von heute, sie leidet unter den fehlenden Investitionen in die Zukunft. Haben Sie mal in den Freistaat geschaut? Sie schauen auf das kameralistische Papier: Einzahlungen, Auszahlungen. Ich schaue in den Freistaat. Und was sehe ich? – Ich sehe bröckelnde Infrastruktur, ich sehe lahme Digitalisierung, ich sehe verkümmerten Klimaschutz. Das ist es, was meiner Generation am Ende wirklich zu schaffen macht. Uns läuft die Zeit davon. Sie haben sich zu "Klimazielen 2030" verpflichtet.

(Zuruf)

Mit diesem Haushalt werden Sie nicht mal die Ziele erreichen, die die Bundesregierung vorgegeben hat,

(Beifall bei den GRÜNEN)

statt 50 %, 60 % oder 70 %, die wir eigentlich haben müssten. Das Einzige, was Ihnen zu unseren innovativen Vorschlägen – Investitionsregel für die Schuldenbremse, eine fairere Besteuerung für die Einkommen – einfällt, ist, sie zu verwerfen, ohne dass Sie selber einen einzigen Vorschlag machen, wie Sie die Modernisierung in diesem Land finanzieren und vorantreiben wollen.

(Zuruf)

Das geht mir und meiner Generation gehörig gegen den Strich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch ein paar letzte Worte, weil das Thema Steuern hier immer alle in die Höhe treibt. Es geht um eine faire Besteuerung, um eine angemessene Besteuerung. Der Grundfreibetrag für die kleinen und mittleren Einkommen soll steigen. Wissen Sie, was das Nettomedianeinkommen in Deutschland ist? – 1.950 Euro. Die Hälfte der Bevölkerung hat weniger. Um die geht es uns. Da müssen wir schauen, dass wir die Steuerlast runterbekommen. Dann ist es auch in Ordnung, wenn man die, die wirklich viel verdienen, die oberen ein oder zwei Prozent, dafür nach der Krise in die Verantwortung nimmt, um hier vernünftig zu starten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und ein letzter Rat an die Staatsregierung, den ich aus diesem Haushalt ziehe: Machen Sie doch einfach eines: Arbeiten Sie erst und verkünden Sie dann, anstatt ewig zu verkünden und dann nichts zu liefern!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Siekmann. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Martin Böhm von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ordentliches Haushalten bedeutet, bei allen Entscheidungen das Ende zu bedenken. Diese Sichtweise fehlt nicht nur dem Einzelplan 02, sondern sie ist dem gesamten Haushaltsplan fremd. Kein ordentlicher Kaufmannbürdet seinen Kindern Lasten durch unumkehrbare Verpflichtungen auf, und kein guter Kämmerer nutzt die Irrwege der Kameralistik, um sein Land in die Schattenverschuldung zu führen. Dieser Haushalt macht genau das. Der Ministerpräsident steht als Herr des Kämmersers dafür auch in direkter Verantwortung, obwohl er es heute vorgezogen hat, der Debatte nicht beizuwohnen.

"Der Haushalt ist der Nerv des Staates. Daher muss er den profanen Augen der Untertanen entzogen werden." – Dieser Satz wird bisher nicht dem Staatsminister Füracker, sondern Richelieu zugeschrieben. Unser Haushalt liegt zum Glück offen. Aber das Verdecken wahrer Lasten durch die Ermächtigung zu immer höherer implizierter Staatsverschuldung ist nichts anderes als legales Tarnen und zugleich das Täuschen künftiger Generationen.

Nun ist der Einzelplan 02 nicht der größte, und es bedarf in Bayern immer guter Inspektorinnen und Räte. Allerdings ist es erklärungsbedürftig, wenn in der jetzigen Großwetterlage in der Staatskanzlei 15 neue Stellen von A 15 bis B 7 geschaffen werden. Warum baut man nicht das Personal im Innenministerium mit hoch qualifizierten Personen auf, um dort den Schützern unserer Verfassung auf die Finger zu schauen? – Ich meine die Regierungsschützer, die unbescholtene Bürger bespitzeln, aber selten in der Lage sind, islamistischen Terror auch wirklich zu erkennen.

Die 15 neuen Beamten verdienen im Schnitt 6.000 Euro pro Monat. Das sind für alle in Summe nach 40 Jahren Bezug und Pensionsbezug circa 44 Millionen Euro. Ein Konzern, der solche Pensionszusagen macht, muss dafür Rückstellungen bilden. Ältere von uns glauben, abgezinst wären das in etwa 30 Millionen Euro. Die Jüngeren wissen, dass Abzinsen mit Negativzinsen Aufzinsen bedeutet. Also müssen bei minus 0,5 % etwa 50 Millionen Euro zurückgestellt werden. Was steht davon im Haushaltsplan? – Nichts. Sie müssen das im Staatshaushalt auch nicht ausweisen. Aber darüber zu reden, hat etwas mit Ehrlichkeit zu tun; denn diese 50 Millionen Euro sind im Lauf der Jahre 50 Millionen an Steuergeldern, die nicht anderweitig investiert werden können.

Unterziehen wir nun den Gesamthaushalt 2021 einer Analyse, kommen wir zu folgenden Zahlen: Von 2010 bis 2021 hat sich die Zahl der Beamtenstellen in Bayern gerundet von etwa 158.000 auf 258.000 gemehrt. Das sind 63 % Zuwachs in nur elf Jahren. Diese 258.000 tüchtigen Kolleginnen und Kollegen verdienen im Schnitt 4.000 Euro. Machen wir dieselbe Rechnung auf wie eben, dann sind wir bei einer validen Aussage von über 600.000 Milliarden Euro Schattenverschuldung nur aus diesem Bereich.

Diese halbe Billion ist Teil der Generationenbilanz. In den USA wird sie schon lange ermittelt und als volkswirtschaftliches Analyseinstrument anerkannt. Hierzulande wird sie den Bürgern verschwiegen. Zur Generationenbilanz gehören alle Ausgaben, für die ein Staat rechtswirksame Verpflichtungen eingeht, ohne entsprechende Rücklagen zu bilden. Für diese Ausgaben müssen später unsere Kinder geradestehen. Das sind die Ausgaben, die Sie gern verschweigen.

(Beifall bei der AfD)

Wie Kollege Hagen gerade erwähnte, stehen diese Ausgaben demografisch bedingt geringeren Steuervolumina entgegen.

Auch die Gesamtschau auf den Haushaltsplan betrübt. Zwar sollen in Summe nur etwa 5,5 % Personal zugebaut werden, aber im Licht des von Corona beschleunigten wirtschaftlichen Niedergangs, der im Kern Auswuchs der staatsgelenkten Degeneration unserer Automobilindustrie ist, ist auch mäßiger Zubau verantwortungslos.

Im Zentrum aller personalpolitischen Unwucht steht das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege, und ich meine dabei nicht das dubiose Agieren alter Amigos, die ihrer goldenen Jugend ein diamantenes Alter folgen lassen wollten. Dort steigt die Anzahl planmäßiger Beamter in Jahresfrist um unvorstellbare 78 % von 199 auf 355. Gewiss sind dort wegen der hohen Arbeitsbelastung tüchtige Inspektoren genauso notwendig wie fleißige Amtfrauen. 40 von ihnen werden künftig von einem auf A 15 gebetteten Medizinaldirektor gelenkt. Von einem? – Nein, von 16! Diese 16 Medizinaldirektoren arbeiten unter Aufsicht eines der bisher vier mit B 6 vergüteten Ministerialdirigenten. Das meint man und sieht bei genauerem Hinschauen, dass sich die geplante Personalausstattung der obersten Spitze des Ministeriums auf nahezu wunderbare Weise von vier auf gleich acht hoch bezahlte Dirigenten verdoppelt hat.

Das mag jetzt lustig klingen, ist es aber nicht. Das ist bitterer Ernst; denn zwei unterschiedliche Sichtweisen stellen sich zur Diskussion. Entweder hat das Ministerium die bisher jährlich Tausenden Influenzatoten verschlafen und die armen, an multiresistenten Erregern verstorbenen Menschen ignoriert; dann gab es also bereits erhebliche Führungsdefizite, die nun bereinigt werden. Oder es herrscht blinder Aktionismus, der zwar nach außen einen bewegten Eindruck vermittelt, am Ende der Pandemie aber im hoch dotierten Büroschlaf enden wird. Möglicherweise bringen die neuen Ministerialdirigenten auch eine bis dato nicht bekannte Kompetenz beim Aushandeln der Maskenbeschaffung mit und helfen, ihr eigenes Salär an anderer Stelle gleichsam einzusparen. Zu wünschen wäre es.

(Beifall bei der AfD)

Keine dieser Perspektiven ist dazu geeignet, das Vertrauen unserer Bürger in Holtscheks Ministerium zu stärken. Vertrauen schaffen Sie nur noch, indem Sie sich dem von uns geforderten Untersuchungsausschuss stellen und alle Amigos nach Hause schicken. Vertrauen gewinnen Sie zurück, wenn Sie auf eine Personalerweiterung in der Staatskanzlei verzichten und stattdessen fünfzig junge Polizeibeamten und -beamtinnen einstellen. Vertrauen gewinnen Sie zurück, wenn Sie sogenannten Wertebündnissen die Mittel entziehen und nicht länger Eine-Welt-Losbuden unterstützen.

(Zuruf)

Besonderen Vertrauensgewinn erreichen Sie, wenn Sie die Zahlung von Zuschüssen an links verortete Medien unterlassen, die bereits zur Auszeichnung von

Hochstaplern hier in diesem Haus geführt haben. Das alles und viel mehr beinhalten unsere Änderungsanträge, für die wir um Zustimmung bitten.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Abgeordneter. – Meldungen zu Zwischenbemerkungen liegen nicht vor. Dann darf ich den nächsten Kollegen aufrufen. Dies ist der Abgeordnete Michael Hofmann. Bitte schön, Herr Hofmann, Sie haben das Wort.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der heutigen Zeit einen Plan vorzulegen, scheint doch etwas gewagt. Wenn wir alle zusammen eines wissen, dann das, dass im letzten Jahr viele Dinge überhaupt nicht eingetreten sind, die wir für sicher und klar vorhersehbar gehalten haben. Wir sind gleichwohl der Bayerische Landtag. Wir stellen selbstverständlich einen Plan auf, wie wir mit Steuergeldern umgehen. Dieser Haushaltsplan führt uns durch das kommende Jahr 2021. Wir brechen dabei mit einer guten und altbewährten Tradition, nämlich der Tradition, Doppelhaushalte aufzustellen.

Warum haben wir in der Vergangenheit Doppelhaushalte aufgestellt? – Weil sie für die Bevölkerung und für die Gruppen, für die wir zu sorgen haben, eine große Planbarkeit und Zuverlässigkeit ausstrahlen, weil wir nur noch mit einem Nachtragshaushalt kleinere Korrekturen vornehmen müssen.

Lieber Finanzminister, lieber Albert, ich respektiere ihn und gratuliere zu dem zunächst einmal als Schachzug empfundenen und inzwischen von allen einhellig und wie selbstverständlich anerkannten Ein-Jahres-Haushalt. Als wir das erste Mal von ihm gehört haben, haben nicht wenige geschluckt und gestutzt. Deswegen sage ich an der Stelle: Lieber Herr Finanzminister, ich glaube, es gibt niemanden, der der Meinung ist, dass im Moment der Job, den du hast bzw. den Sie haben, vergünstigungsteuerpflichtig ist.

Deswegen sage ich an dieser Stelle: Lieber Albert, lieber Herr Finanzminister, das, was wir hier – –

(Zuruf)

– Wenn Sie allmählich Probleme mit Vornamen oder sonst irgendetwas haben, können Sie auch Karten lesen. Lassen Sie mich einfach meine Rede halten!

(Anhaltende Zurufe des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

– Herr Prof. Hahn, ich gehe auf das, was Sie erzählen, nicht weiter ein.

Lieber Herr Finanzminister – –

(Zurufe)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte.

Michael Hofmann (CSU): Sie unterstreichen im Grunde genommen ja nur das, was zumindest drei Viertel der Bevölkerung in Deutschland inzwischen schon erkannt haben, nämlich dass es Ihnen nur darum geht, Rabatz zu machen, dass es Ihnen nur darum geht, ständig auf irgendetwas draufzuhauen, anstatt anständige Lösungen zu bieten.

(Beifall – Zuruf)

Sie kennen vielleicht den Spruch: Jemand, der nur einen Hammer als Werkzeug hat, sieht in jedem Problem einen Nagel. Herr Prof. Hahn, der Hammer, den Sie haben, ist verdammt groß, weil Sie überall nur Nägel sehen.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Jetzt komme ich zurück auf den Plan und die Zuverlässigkeit. Der Herr Kollege König hat es bereits ausgeführt: Auch dieser Haushaltsplan ist trotz der Tatsache, dass er nur ein Jahr umfasst, von Zuverlässigkeit geprägt. Diejenigen, die es als Erste spüren, sind unsere Kommunen.

Wir haben den kommunalen Finanzausgleich auch weiterhin auf 10,36 Milliarden Euro belassen, auf einer Höhe, die es schon in der Vergangenheit, in einer Zeit voller Ungewissheit, unseren Kommunen ermöglicht hat, ihre Investitionen weiter zu tätigen. Das ist, weiß Gott, nicht selbstverständlich in einer Zeit, in der sich der Freistaat Bayern im vergangenen Jahr vorsorglich einen Kreditrahmen gegeben hat, um auf alle Unwägbarkeiten einzugehen.

Der Freistaat Bayern übernimmt auch die Last der Kommunen, indem wir auf unsere Weise Schulden machen. Man kann der kommunalen Familie an der Stelle sagen: Sie haben in uns einen wertvollen Mitstreiter, weil wir wissen, was wir an ihnen haben, weil wir wissen, dass wir ohne unsere Kommunen diesen Freistaat Bayern nicht hervorragend lenken können.

Gleichzeitig investieren wir auch weiterhin. Wir haben in diesem Haushalt eine Investitionsquote von 14 % – 9,9 Milliarden Euro. Ich glaube in diesem Zusammenhang, dass wir recht daran tun, auch weiterhin Investitionen zu tätigen, weil wir auf die Zukunft achten. Wenn wir auf die Zukunft achten – wir reden immer darüber, ob der Freistaat genug für die Zukunft tut –, möchte ich auch darauf hinweisen, dass die Hightech Agenda genau darauf ausgelegt ist.

Wieso sind wir denn als Freistaat so stark im Vergleich zu anderen Bundesländern und zu Ländern außerhalb der Bundesrepublik Deutschland? – Wir sind so stark, weil schon diejenigen, die vor uns politische Verantwortung getragen haben, gewusst haben, dass man in Wissenschaft und Forschung investieren muss. Unsere Verteilung, unsere Stärke in der Region ist doch darin begründet, dass wir keinen Bezirk haben, in dem wir keine hervorragend ausgestatteten Universitäten und Technischen Hochschulen haben. Genau das ist doch der Punkt, dass wir in der Lage sind, wohnortnah und angepasst an die Entwicklungen und die Bedürfnisse der Bevölkerung entsprechende Forschungsmöglichkeiten zu bieten. Forschung ist doch der große Fortschritt, den wir haben, ist doch die große Möglichkeit, auf die Unwägbarkeiten zu reagieren und letzten Endes auch damit der Probleme, die auf uns zukommen, Herr zu werden.

Deswegen sage ich auch an die Kollegen der GRÜNEN, dass die Hightech Agenda ein Bestandteil und ein Baustein dafür sein wird, dass wir die Zukunft für uns gewinnen. Dass Sie nicht mit allem einverstanden sind, ist uns allgemein bekannt. Das war auch schon 1986 so, als die GRÜNEN erstmals in den Bayerischen Landtag eingezogen sind. Ich habe seitdem keine Rede der GRÜNEN gehört, in der sie nicht eine Philippika darüber losgelassen hätten, wie es denn mit dem Freistaat Bayern in fünf oder zehn Jahren letzten Endes bestellt sein wird.

Wir dürfen festhalten: Obwohl Sie seit 25 Jahren das Ende des Freistaats Bayern und seiner Blüte vorhersagen, haben wir den Fortschritt bei uns und den Vorsprung gegenüber allen anderen Bundesländern noch deutlich ausgebaut. Wir sind heilfroh, dass wir inzwischen – auch das darf man einmal sagen – keinen Länderfinanzausgleich der alten Prägung mehr haben; denn sonst würde zu diesem Fi-

nanzausgleich Baden-Württemberg noch ein bisschen beitragen, und den Rest würde der Freistaat Bayern einzahlen müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD): Hamburg!)

– Hamburg, okay, ist natürlich mit seinen drei Millionen Einwohnern mit der Wirtschaft im Freistaat Bayern nicht zu vergleichen. Dem lieben Kollegen Arnold sei es aber gönnt: Ja, auch Hamburg hätte ein bisschen etwas eingezahlt.

Wir sind uns aber einig: Der Freistaat Bayern hat den Länderfinanzausgleich in all den vergangenen Jahren finanziert, und wir würden das auch weiterhin machen. Von daher glaube ich, dass wir als Freistaat Bayern recht daran tun, in dem Zusammenhang die Politik fortzusetzen, die unsere Vorgänger hier gut bereitet haben.

Deswegen kann ich den Menschen draußen an dieser Stelle auch noch einmal deutlich machen: Hier wird verantwortungsvoll mit ihrem Geld umgegangen. Lassen Sie sich nicht von diesen Zersetzern verwirren, von denen, die nur davon etwas haben, dass es dem Land irgendwann einmal schlechter geht, um irgendwann selbst an die Regierung zu kommen.

Diese CSU, die jetzt mit den FREIEN WÄHLERN regiert, vorher allein oder auch mal mit der FDP, die allerdings rausgewählt worden ist,

(Zuruf: Das ist uns neu!)

hat in den vergangenen Jahrzehnten bewiesen, dass dieser Freistaat Bayern gut geführt wird. Das ist auch der Garant, dass er in Zukunft gut geführt wird. Wir setzen gerne auf Partner, auf die wir uns verlassen können. Wir setzen aber vor allem auf die Stärke dieses Freistaates und der Bevölkerung, der Unternehmerinnen und der Unternehmer sowie des ehrenamtlichen Engagements, weil das im Grunde das Wesen des Freistaats Bayern ausmacht. Wir sind mehr als nur ein Bundesland. Wir sind auch mehr als ein Freistaat. Wir sind eine Schicksalsgemeinschaft. Dieses Wort hat wohl noch nie so viel bedeutet wie in der gegenwärtigen Krise. Deswegen hoffe ich sehr, dass die Gesamtbevölkerung unseren Kurs mitträgt und wir gemeinsam durch die Krise kommen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Der Abgeordnete Martin Böhm von der AfD macht eine Zwischenbemerkung.

Martin Böhm (AfD): Geschätzter Herr Kollege Hofmann, jeder Zimmermann weiß, dass ein guter Nagel mehr hält als jede Schraube. Insofern bin ich hier über Ihre Metapher, die Sie uns zuschreiben, sehr glücklich. Das haben Sie glänzend gelöst.

Jetzt zur Sache. Sie haben gerade postuliert, dass nur 25 % uns vertrauen würden. Wir wissen natürlich aus Studien, dass 75 % Ihnen nicht mehr vertrauen. Lösen Sie das doch einmal mathematisch auf! Wie ist denn da der Unterschied? – Uns vertrauen 25 %, und Ihnen vertrauen 75 % nicht. Wie bekommen wir das auf einen Nenner?

Michael Hofmann (CSU): Herr Kollege Böhm, es ist nicht meine Aufgabe, Ihnen noch einmal genau zu erklären, was ich vorhin gesagt habe, da Sie mir vorhin nicht zugehört haben. Dass Sie in dem Zusammenhang gerade jedem Zimmerer mit dem, was Sie gesagt haben, die Schamesröte ins Gesicht getrieben haben, ist auch klar.

Lieber Herr Kollege Böhm, seien Sie mir nicht böse. Das, was Sie hier auch wieder betrieben haben, das, was auch der Kollege Mang vorhin in dem Zusammenhang betrieben hat, hat doch immer nur ein Ziel: Ihnen geht es doch nicht darum, dass es dem Land besser geht. Ihnen geht es auch nicht darum, dass es den Menschen besser geht; das wurde ja aus Ihrer Partei heraus hinlänglich unterstrichen. Sie haben nur ein Ziel: Unfrieden und Zwist zu streuen, damit die Menschen sich gegeneinander aufstacheln. Denn genau das ist es, was Extreme gern haben; davon profitieren sie. Seien Sie versichert: Je länger Sie im Freistaat Bayern bzw. hier im Bayerischen Landtag Reden halten, desto mehr erkennen alle anderen in diesem Freistaat, was Ihre wahre Intention ist. Ich mache mir darüber keine Sorgen. Reden Sie ruhig weiter; die Menschen erkennen Ihr wahres Gesicht.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich. Der Kollege Hofmann hat zu Ende gesprochen. – Ich darf jetzt den für die Staatskanzlei zuständigen Staatsminister Dr. Florian Herrmann aufrufen. Bitte schön, Herr Staatsminister, Sie haben das Rednerpult.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Haushaltsdebatte verwundert es natürlich nicht, dass ein und dasselbe Zahlenwerk so völlig unterschiedliche Reaktionen hervorruft. Ich möchte zu Beginn allen danken, die sich mit dem Haushalt des Freistaates Bayern intensiv befasst und dazu im Haushaltsausschuss, aber vor allem in der heutigen Debatte Stellung genommen haben.

Besonders danken möchte ich den beiden Kollegen König und Pohl. Sie haben sich wirklich mit der Architektur des Haushalts, mit den inhaltlichen Schwerpunkten auseinandergesetzt und sind daher völlig zu Recht zu dem Ergebnis gekommen, dass es sich, wie Kollege König gesagt hat, um einen Haushalt der Zuversicht bzw. – Kollege Pohl – um einen Zukunftshaushalt handelt.

Ich danke auch dem Kollegen Zellmeier, dass er mit dem einen oder anderen Irrtum aufräumen konnte, der im Laufe der heutigen Debatte geäußert wurde.

Mir ist aufgefallen, dass der Kollege Arnold sich mit dem Haushalt intensiv auseinandergesetzt und eigenständige Vorschläge der SPD-Fraktion vorgelegt hat. Allerdings hatte ich schon bei der Hälfte Ihrer Ausführungen den Eindruck, dass Sie das Haushaltsvolumen von 100 Milliarden Euro überschritten haben, ohne irgendeinen Gegenfinanzierungsvorschlag vorzulegen.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Deshalb greift auch hier wieder der alte Vorwurf der mangelnden Solidität von SPD-Haushaltspolitik.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Oder, wie es ein Berühmter von uns einmal gesagt hat: Eher legt ein Hund einen Wurstvorrat an als ein Sozialdemokrat einen soliden Haushalt vor.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Ich will auch betonen, dass Frau Schulze nicht zu den Reihen derer gehört, die sich intensiv mit dem Haushalt bzw. dem vorliegenden Einzelplan beschäftigt haben. Ich weiß nicht, wo sie gerade ist.

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Ja, ja. Das ist ähnlich wie bei dem Kollegen Hagen. Er ist wieder da; das freut mich. Er war nämlich vorhin weg. Frau Schulze ist nicht da. Das bedauere ich sehr.

Ich bedaure es auch, dass sie insgesamt sehr hopplahopp über diesen Haushalt drübergegangen ist, um dann in erster Linie allgemeine Ausführungen zu bundespolitischen Grundsatz- bzw. Wahlkampfthemen zu machen. Das könnte man ihr noch nachsehen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Aber ich muss auch ehrlich sagen: Die Ausführungen der Kollegin Schulze waren in Form und Inhalt völlig unangemessen. Ich habe erneut den bekannten Zweiklang erkannt. Wenn es in die Grundsatzdebatten geht, ist von den Rednern der Schulze-Fraktion immer derselbe Zweiklang zu hören: Zum einen wird das Land schlechtgeredet. Zum anderen werden Personen diffamiert.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Die Art und Weise, wie die Kollegin Schulze in dieser Debatte den Ministerpräsidenten persönlich angegriffen und wie sie sich an ihm persönlich abgearbeitet hat, war in der Wortwahl und im Stil von einer Überheblichkeit geprägt, dass man wirklich sehr lange suchen muss, um ein vergleichbares Beispiel zu finden. Ich sage das sehr deutlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Jede politische Auseinandersetzung, die man in der Sache führt, ist völlig berechtigt. Das ist gar kein Thema; dafür sind wir ja hier im Bayerischen Landtag. Dennoch ist es eine Frage des Stils, wie man miteinander umgeht. Ich stelle mir die Frage, wie Sie alle miteinander in der Schulze-Fraktion reagieren würden, wenn wir über jemanden von Ihnen in dieser herablassenden und aggressiven Art und Weise sprächen. Ich glaube, Sie wären sehr empört. Diese Empörung sollte Sie heute auch einmal treffen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich will Ihnen außerdem noch sagen: Gerade wenn es um das Thema Corona-Management geht, wundert es mich immer sehr, welche Grundsatzausführungen Sie hier machen, und ich frage mich, ob Sie diese Ausführungen genauso im Landtag von Baden-Württemberg tätigen würden; denn die Linie, die vom dortigen Ministerpräsidenten Kretschmann verfolgt wird, ist derjenigen, die wir hier verfolgen, sehr, sehr ähnlich. Die beiden Ministerpräsidenten haben ein sehr gutes Einvernehmen, was die grundsätzliche Linie und die Abstimmungen im Detail betrifft. Sie sollten sich also einmal überlegen, ob Sie die gleiche Rede auch in Baden-Württemberg halten würden oder ob das Ganze nur wieder Ausdruck der grünen Doppelmoral ist. Ich kann Ihnen nur sagen, meine Damen und Herren: Hochmut kommt vor dem Fall!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In Sachen Überheblichkeit, lieber Kollege Hagen, will ich auch Sie ansprechen. Denn dem Ministerpräsidenten Missachtung des Parlaments zu unterstellen, weil er heute hier nicht anwesend ist, schießt einfach über das Ziel hinaus. Das wissen Sie auch ganz genau.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Hinzu kommt die Art, in der Sie das nach außen transportieren wollen – wider besseres Wissen. Sie wissen genau, dass es in Deutschland wohl kaum einen ande-

ren Ministerpräsidenten gibt, der häufiger im Parlament seines Landes ist. Nach mittlerweile zehn Regierungserklärungen steht morgen die elfte an, in der er Rede und Antwort stehen und seine bzw. unsere Politik erläutern, rechtfertigen, verteidigen wird. Den Vorwurf der Missachtung des Parlamentes kann man dem Bayerischen Ministerpräsidenten wirklich zuallerletzt machen. Das sollten auch Sie sich ins Stammbuch schreiben lassen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Abgesehen davon, dass Sie das – ich will es noch einmal sagen – wider besseres Wissen tun, ist das eigentlich auch nicht Ihr Niveau; es verkauft sich halt sehr schön nach draußen. Nachdem auch Sie hier in erster Linie die großen bundespolitischen Themen bespielen, fragt man sich zum wiederholten Mal: Warum haben Sie dann 2017 nicht zugeschlagen, um mitzuregieren?

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der FDP)

Ich will nicht nochmals auf alle Punkte eingehen; denn darüber wurde ausführlich diskutiert.

Dieser Haushalt steht insgesamt – genauso wie unser ganzes Land – im Bann der Corona-Pandemie. Wir erleben die größte globale Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Auswirkungen sind nicht nur gesundheitlicher Art, sondern beeinträchtigen alle Bereiche des öffentlichen, des politischen, des wirtschaftlichen und des privaten Lebens. Es handelt sich eben um eine weltweite, äußerst komplexe Katastrophe, in der wir mittendrin stehen; wir sind mitten in dieser Lage.

Der Staat hat im Interesse und zum Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmen und des gesellschaftlichen Zusammenhalts selbstverständlich die Pflicht, diese Folgen durch erhöhte finanzielle Aufwendungen abzumildern. Die Situation wird zusätzlich dadurch verschärft, dass aufgrund des coronabedingten Konjunkturreinbruchs die staatlichen Einnahmen deutlich zurückgegangen sind.

In dieser Krise zahlen sich – natürlich – die jahrzehntelange finanzpolitische Solidität und Seriosität Bayerns aus. Es wird Bayern auch im Haushaltsjahr 2021 gelingen, Corona und seine Folgen wirkungsvoll zu bekämpfen, zugleich sinnvoll in die Zukunft unseres Landes zu investieren und dabei verantwortungsvoll mit den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger umzugehen. Ein Beleg dafür ist, dass trotz der Krise die Ratingagentur Standard & Poor's Bayern im vergangenen Jahr erneut das Spitzenrating Triple-A verliehen hat.

Die derzeitige Ausnahmesituation erschwert langfristige Planungen – leider. Wir müssen auch finanzpolitisch auf Sicht fahren. Deshalb verabschieden wir heuer keinen Doppelhaushalt.

Die drei wichtigsten Zahlen möchte ich in Erinnerung rufen: die Gesamtausgaben in Höhe von 71,2 Milliarden Euro, die Neuverschuldung, die sich für die Jahre 2020 und 2021 auf insgesamt 20 Milliarden Euro belaufen wird – diesen Rahmen wollen wir natürlich einhalten –, und, auch das ist wichtig, die Investitionsquote von 14 %. Letztere zeigt, dass wir Bayern auch in Zukunft gestalten wollen. 9,9 Milliarden Euro – das ist wirklich ein neues Rekordniveau der Investitionen. Finanzpolitik besteht eben nicht aus abstrakten Rechenkunststückchen, sondern in diesen Zahlen manifestiert sich politische Tatkraft.

Ich möchte Ihnen jetzt keinen allgemeinen Rundumschlag zumuten, sondern nur einzelne Punkte herausgreifen, die exemplarisch für die Zukunftskraft dieses Haus-

halts stehen, meine Damen und Herren. Es sind zwei Themen: Das eine ist die Corona-Pandemie, das andere der Klimawandel.

Corona ist überraschend, geradezu blitzartig über uns hereingebrochen. Entsprechend schnell mussten wir handeln, um wirksam Hilfe leisten zu können – zum einen zur Sicherung des Gesundheitssystems, zum anderen zur Stabilisierung unserer Wirtschaft. Deshalb haben wir gleich im Frühjahr 2020 den Sonderfonds Corona-Pandemie aufgelegt. Den Gesamtrahmen von 20 Milliarden Euro für beide Jahre – ich möchte das betonen – wollen und werden wir einhalten. Das entspricht nicht nur unseren Prinzipien einer seriösen Haushaltspolitik, das ist natürlich auch eine moralische Verpflichtung gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Entsprechend gilt für alle Ressorts der Staatsregierung eine strikte Ausgabendisziplin.

Zum Neustart nach der Krise, und das halte ich für einmalig in Deutschland, soweit wir das überblicken, hat die Staatsregierung die Hightech Agenda neu aufgelegt und signifikant erweitert. Sie ist ein wesentlicher Baustein dieses Haushalts, und sie leistet Krisenbewältigung in doppelter Hinsicht. Zum einen sind die 3,5 Milliarden Euro, die wir in diese Technologieoffensive investieren, geradezu ein bayerisches Investitionsprogramm. Mit der Hightech Agenda plus haben wir dafür gesorgt, dass die Maßnahmen gerade jetzt noch schneller umgesetzt werden.

Mitten in der Krise setzen wir dieses Zeichen der Zuversicht. Wir lassen uns vom Coronavirus den Horizont nicht verstellen, sondern behalten die Zukunft im Blick. Dafür fördern wir eben Schlüsseltechnologien der Zukunft wie Luft- und Raumfahrt, künstliche Intelligenz, Life Sciences, Wasserstoff, Quantentechnologie und die Infektionsforschung. Allein für heuer sieht der Haushalt dafür Ausgaben in Höhe von 925 Millionen Euro und circa 1,46 Milliarden Euro Verpflichtungsermächtigungen vor. Diese Mittel kommen nicht nur wissenschaftlichen Einrichtungen zugute, sondern auch den Unternehmen, vor allem aus dem Bereich des Mittelstands. Diese werden vor allem von der digitalen Transformation profitieren, und die erhält durch die Hightech Agenda einen neuen Schub.

Das ist auch die Antwort auf die von Ihnen in den Raum gestellte Frage, Herr Kollege Siekmann, was denn das Ganze mit Ihrer Generation zu tun habe und welche Antworten und welche Lösungen der Haushalt dafür bereithalte. Sie vermissen das wahrscheinlich, weil Sie sich mit der Hightech Agenda nicht beschäftigt haben. Ich sage Ihnen auch: Das ist nicht die Antwort auf die Fragen Ihrer Generation. Wenn ich mir Ihren Lebenslauf anschau, dann sehe ich, dass Sie von den Leistungen und den Reformen der Staatsregierung der letzten 20 Jahre in Ihrem eigenen Lebenslauf sichtbar bereits profitiert haben. Sie konnten wirklich hoch qualifiziert an der LMU studieren oder auch Auslandsaufenthalte machen. Dadurch haben Sie bereits von den früheren Hightech-Offensiven in Ihrer eigenen Biografie profitiert. Bei der Hightech Agenda plus geht es um die nächsten Generationen, die von dem nächsten Schritt der Technologisierung und der Digitalisierung profitieren wollen. Dafür legen wir die Grundlage, und das ist die Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Natürlich geben diese neuen Technologien auch die Antworten auf die Herausforderung des Klimaproblems. Beispielsweise sind unsere Investitionen in die Entwicklung von Cleantech ein aktiver Beitrag zur Emissionsreduzierung und dadurch natürlich zum Klimaschutz. Denn auch wenn Corona hoffentlich bald vorbei sein wird, wird uns der Klimawandel natürlich noch länger beschäftigen. Die Erderwärmung ist langfristig gesehen global die komplexeste Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Die Bewältigung dieses globalen Problems kann nur durch eine möglichst große Summe regionaler Lösungen erfolgen, auch hierzu leisten wir un-

seren Beitrag. Deshalb erhöhen wir neben den Mitteln für Maßnahmen der High-tech Agenda auch unsere Investitionen in den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, wenden für das Maßnahmenpaket Artenschutz samt Begleitgesetz insgesamt 76 Millionen Euro und für die Bayerische Klimaschutzoffensive 77 Millionen Euro auf.

Meine Damen und Herren, Klimaschutz ist nicht nur ein Gebot der Vernunft, er ist auch eine moralische Verpflichtung gegenüber der nächsten Generation. Dieser Verantwortung werden wir auch im Bereich Bildung gerecht; denn im Haushalt sind die Bildungsausgaben mit 23,7 Milliarden Euro der mit Abstand höchste Posten. Das ist ein Drittel unserer Gesamtausgaben. Damit schaffen wir unter anderem 1.500 neue Stellen an unseren Schulen. Für die Kindertageseinrichtungen erhöhen wir die Förderung auf fast 2,9 Milliarden Euro, um Eltern und Kommunen bei der Kinderbetreuung deutlich zu unterstützen.

Auch die traditionell hohe Unterstützung der Kommunen – das wurde zu Recht schon ausgeführt – bleibt in diesem Jahr beachtlich. Der kommunale Finanzausgleich steigt auf insgesamt 10,4 Milliarden Euro. Damit erreicht er trotz sinkender Einnahmen einen neuen Höchststand. Die Kommunen sind das Fundament unseres Staatsaufbaus, und das darf gerade in Krisenzeiten nicht bröckeln, weil hier die Bürgerinnen und Bürger Einschränkungen ganz schnell und ganz unmittelbar spüren würden.

Krisenzeiten machen uns aber auch schmerzhaft bewusst, was für ein hohes Gut Sicherheit ist. Es ist der Urzweck eines Staates, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Noch nie gab es bei der bayerischen Polizei so viele Stellen, nämlich 44.000. Allein in diesem Jahr gibt es 500 neue Stellen, und auf den Zeitraum von 2017 bis 2023 gesehen ist mit insgesamt 3.500 neuen Stellen eine insgesamt deutliche Stärkung zu verzeichnen. Das erkennen wir natürlich auch an der deutlichen Erhöhung des Polizeibudgets. Im Vergleich zum Jahr 2015 gibt es ein Plus von sage und schreibe 50 %. Allein im Jahr 2021 sehen wir 460 Millionen Euro als Einsatz- und Betriebsmittel vor. Sicherheit ist uns etwas wert, und ich bin mir sicher, dass außer dem Freistaat Bayern niemand solche Zahlen aufweisen kann, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es wurde natürlich schon angesprochen, und deshalb komme ich zum Schluss dazu, dass in der Bayerischen Staatskanzlei die Fäden der Politik des Freistaats Bayerns zusammenlaufen. Die Staatskanzlei unterstützt den Ministerpräsidenten und die Staatsregierung insgesamt bei der Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Aufgaben, in Bundes- und Europaangelegenheiten sowie in der Medienpolitik. Die europapolitischen Aufgaben werden durch die Kollegin Huml wahrgenommen. Wenn Sie, Herr Siekmann, eine Taskforce für die grenzübergreifende Zusammenarbeit suchen, dann schauen Sie dort hin; sie sitzt dort. Sie ist die Taskforce für die Zusammenarbeit mit Tschechien, für die Zusammenarbeit mit all unseren anderen Partnerregionen, wenn sich nicht gerade der Ministerpräsident selbst darum kümmert. Gerade in den schwierigen Phasen der letzten Monate, in denen vieles mit unseren Nachbarn abzugleichen und abzustimmen war, wurde dies vom Freistaat Bayern in sehr verantwortungsvoller Weise durch viele Gespräche und Kontakte wahrgenommen.

(Zuruf)

Sie sollten nicht von Grenzsicherungen sprechen, weil es die nicht gibt. Es sind Kontrollen, die mit der Bekämpfung des Coronavirus zu tun haben. Das ständige und erneute Verbringen des Virus muss durch entsprechende Kontrollen verhindert werden; denn die Menschen, die sich bewegen, die reisen, müssen negativ und

dürfen nicht positiv getestet sein. Aber all diese Detailfragen, die Unterstützung anderer Länder mit Intensivbetten usw., brauchen wir jetzt nicht extra erwähnen. Es liegt Ihnen offenbar daran, selbst diesen Bereich unserer Politik schlechtzureden.

Gerade in der Corona-Pandemie ist die Staatskanzlei natürlich besonders gefordert. Wir haben ja, wie Sie wissen, diesen besonderen Koordinierungsstab Corona eingerichtet, der nach dem Spiegelprinzip zwanzig neue Stellen umfasst. Auch für den Bayerischen Ethikrat wurde in der Staatskanzlei eine Geschäftsstelle eingerichtet, die zusätzliches Personal erfordert.

Zu dieser ständigen Pauschalkritik an den Stellen, die von der Schulze-Fraktion, von der SPD und eigentlich von allen Oppositionsfraktionen kam,

(Zuruf)

will ich sehr deutlich machen, dass Sie sich an den Falschen abarbeiten. Sie können gerne die politische Spitze dieser Regierung kritisieren, Sie sollten aber aufhören, ständig zu behaupten, dass die Beamtinnen und Beamten in den Ministerien irgendwie überflüssig wären oder überflüssige Arbeit machen würden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das fängt schon damit an, dass man ständig von "Apparat" spricht. Ich würde es gut finden, wenn

(Zuruf)

Sie die Beamtinnen und Beamten nicht immer als "Apparat" bezeichnen würden, sondern als das, was sie sind, nämlich als hoch qualifizierte und hoch leistungsbereite Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Dienste des Freistaates Bayern, unserer gesamten Gesellschaft und unseres Gemeinwohls. Mir ist es wichtig, dies hier zu betonen, weil es von Ihnen immer wieder in Abrede gestellt wird. Ich habe es schon im Haushaltsausschuss erlebt, als ich Rede und Antwort für die einzelnen Stellen gestanden habe. Ich habe den Eindruck, dass die Hunderte von Stellen, die Sie alle zusätzlich fordern, in Ihren Augen die guten Stellen sind, für die man nicht genug Beamte haben kann, aber die Beamtinnen und Beamten, die da sind, die ihre Arbeit machen, die Hunderte von schriftlichen Anfragen beantworten, die Tausende von Anfragen zum Plenum beantworten, die die ganze Arbeit von früh bis spät selbstverständlich erledigen, überflüssig sind und unsinnige Dinge tun. Das ist eine Unverschämtheit. Das weise ich im Namen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausdrücklich zurück.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das sage ich auch in Ihre Richtung, Herr Halbleib, weil der Kollege Arnold, der jetzt nicht da ist, das immer einfordert.

Glauben Sie eigentlich, diese Verordnungen schreiben sich von selbst? Glauben Sie eigentlich, die schreiben sich von selbst, wenn die Ministerpräsidenten Beschlüsse fassen,

(Zuruf)

wenn wir im Kabinett Entsprechendes umsetzen und wenn Sie dann sagen, wir hätten gerne morgen früh um neun oder um halb zehn

(Zuruf)

die fertige Verordnung? Dann kann ich Ihnen nur sagen, das müssen alle Leute machen, und die Leute, die diese Arbeit machen, sind nicht überflüssig.

(Zuruf)

Arbeiten Sie sich mal nicht – –

(Zuruf)

Arbeiten Sie sich mal lieber nicht an den Falschen ab.

(Zuruf)

Arbeiten Sie sich mal lieber nicht an den Falschen ab.

(Zurufe)

Ich weise abschließend darauf hin, meine Damen und Herren – –

(Zuruf)

– Nein, die Frage beantwortet sich eben nicht durch Ihre Beschimpfungen,

(Zuruf)

sondern allein durch den Hinweis auf die Tatsache, dass irgendjemand die Arbeit machen muss, und das sind die Beamten, die Sie für überflüssig halten. Das halten wir hier mal fest.

(Zuruf)

Wir haben auch noch einen anderen Politikbereich, nämlich den der Medienpolitik. Der Kollege Zellmeier hat darauf hingewiesen, die Medienpolitik ist auch in der Staatskanzlei angesiedelt.

(Zuruf)

Es ist ein Bereich, der gerade in letzter Zeit im Zuge der Pandemie an Bedeutung gewonnen hat, wie es der Kollege Zellmeier ausgeführt hat; denn gerade in dieser Phase müssen wir uns in zunehmendem Maße gegen die Verunsicherung vieler Menschen durch Fake News, durch Falschbehauptungen, durch unwahre Behauptungen in den Medien, vor allem in Social Media, wehren. Als Gegenpol brauchen wir die Medien, die wir als Qualitätsmedien bezeichnen. Sie nehmen mit qualifizierten Journalistinnen und Journalisten eine Einordnung dieser Überfülle an Informationen vor, die notwendig ist, um in einer freien und demokratischen Gesellschaft den Willensbildungsprozess in einer vernünftigen Art und Weise gestalten zu können.

Deshalb ist es uns wichtig, die qualitätvollen und vielfältigen Lokalfernseher aus dem Staatshaushalt zu fördern. Es waren eben auch massive wirtschaftliche Einbußen im Bereich der lokalen und regionalen Fernsehanbieter hinzunehmen, weil die Werbeeinnahmen dramatisch zurückgegangen sind. Wenn wir aber auf dieses flächendeckende TV-Angebot nach der Pandemie nicht verzichten wollen, sondern es eben sichern wollen, dann kommen wir um die Erhöhung der Haushaltsmittel um 2,5 Millionen Euro auf 15 Millionen Euro nicht herum. Ich halte es für gut, dass der Bayerische Landtag das auch so sieht. Insgesamt haben wir dann nämlich fast 30 Millionen Euro für die bayerische Medienförderung zur Verfügung. Dieses Geld ist gut investiert. Wir sehen, was gerade die Verquerdenker und andere anrichten.

Das Gesamtvolumen des Etats der Staatskanzlei erhöht sich insgesamt um 2,7 % auf insgesamt 131,6 Millionen Euro. Der Großteil dieses Mehrbedarfs ist auf die soeben dargestellte erhöhte Förderung hochwertiger lokaler Fernsehangebote zurückzuführen.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Maßnahmen im Rahmen der entwicklungs- politischen Zusammenarbeit sowie zur Bekämpfung von Fluchtursachen. Hier erhalten wir mit 12 Millionen Euro unser starkes Engagement aufrecht.

BAYERN DIGITAL gilt auch für die Staatskanzlei. Deshalb investieren wir 2,5 Millionen Euro in die Verbesserung der baulichen IT-Infrastruktur.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Dieser alte Satz bewahrheitet sich, wenn wir auf unseren Staatshaushalt des Jahres 2021 blicken. Trotz dieser Jahrhundertherausforderung müssen wir nicht auf Mangelverwaltung umstellen. Die Bayerische Staatsregierung beachtet die strengste Ausgabendisziplin und ist sich ihrer Verantwortung bewusst, auch den kommenden Generationen noch finanziellen Gestaltungsspielraum zu lassen. Deshalb werden wir weiterhin kraftvoll in die Zukunft unseres Landes investieren.

All das gewährleistet der Haushalt 2021: Zukunft und Zuversicht. – Deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Es sind zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen eingegangen. Die dritte angemeldete Bemerkung kann nicht zugelassen werden, weil sich aus der Fraktion bereits drei gemeldet haben. Als Ersten darf ich jetzt den fraktionslosen Abgeordneten Markus Plenk um seinen Beitrag bitten.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Staatsminister, Sie haben viel gesagt, ohne wirklich viel zu dem aktuellen Tagesordnungspunkt zu sprechen. Eine Corona-Pandemie, der Klimawandel oder eine Hightech Agenda haben wenig mit dem Budget für die Staatskanzlei oder für den Ministerpräsidenten zu tun. Aber Sie sprechen in dem Zusammenhang immer von Zuversicht und Zukunftshaushalt.

Sie haben ja das Budget für das Personal angesprochen: Verordnungen schreiben sich nicht von selbst. – Ich denke, weniger wäre oftmals mehr. Glauben Sie nicht, dass weniger und schlankere Verordnungen für die Bürger besser wären, oder ist das das, was Sie als Wurstvorrat bezeichnet haben?

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Vielen Dank. – Mich verleitet Ihre Wortmeldung dazu, noch weitere Ausführungen zu einem Thema zu machen, das auch in unsere Zuständigkeit fällt, nämlich der Bürokratieabbau. Aber das erspare ich mir mit Blick auf die Dauer der heutigen Debatte. Das ist aber auch ein spannendes Thema, um das wir uns sehr intensiv kümmern.

(Zuruf)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Damit komme ich zur nächsten Intervention. Herr Kollege Harald Güller, bitte schön.

Harald Güller (SPD): Herr Staatsminister, nachdem Sie gesagt haben, Sie hatten bereits nach der Hälfte der Rede von Herrn Arnold den Eindruck, dass wir 100 Milliarden Euro ausgegeben haben, darf ich Sie aufklären, dass die SPD insgesamt 545 Millionen Euro bei einem 70-Milliarden-Euro-Haushalt vorgeschlagen hat. Damit könnten Sie Dinge wie 11 Millionen Euro für Lehrer für eine Ausbildungssof-

fensive, 26 Millionen Euro für Teamlehrkräfte, 10 Millionen Euro für inklusives Wohnen und sagenhafte 250.000 Euro für ein Lernmittelkonzept für Lehrerinnen und Lehrer finanzieren. Damit könnten Sie 10 Millionen Euro für die Modernisierung von Altenpflegeeinrichtungen und 20 Millionen Euro für Investitionen zur Förderung der bayerischen Krankenhäuser ausgeben. Damit sind 10 Millionen Euro für die Bayerische Eisenbahngesellschaft möglich, damit ein bisschen mehr Nahverkehr auf unseren Schienen ist, und Sie könnten mit sagenhaften 2,17 Millionen Euro auch noch 3.500 Jugendlichen den Berufseinstieg ermöglichen.

Wenn ich das alles zusammenzähle, sage ich Ihnen, das wäre gut angelegtes Geld, und da ist der Taschenrechner, den ich Ihnen gerne schenke, wenn Sie einen brauchen, noch nicht mit eingerechnet.

Sie versündigen sich mit diesem Haushalt an der Zukunftsfähigkeit Bayerns. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr Kollege Güller, ich glaube Ihnen ja, wenn Sie sagen, das ergibt die Summe, die Sie genannt haben. Dann ist es vermutlich der überragenden Rhetorik des Kollegen Arnold geschuldet, dass man meint, es sind 100 Milliarden Euro.

(Zuruf)

Auf der anderen Seite habe ich, glaube ich, zur Zukunftsfähigkeit des Haushalts die notwendigen Ausführungen gemacht und erläutert, worauf wir den Schwerpunkt setzen.

Ich gehe davon aus, dass die Detailpunkte Ihrer Anträge bei den Einzelplänen der unterschiedlichen Ministerien, die Sie angesprochen haben, noch einmal diskutiert werden. Aber die Zukunftsfähigkeit habe ich, glaube ich, sehr deutlich zum Ausdruck gebracht.

Ich würde mich freuen, wenn Sie sich im Laufe der weiteren zwei Tage noch davon überzeugen lassen würden und am Ende dem Haushalt zustimmen würden. Er vermittelt wirklich Zukunft und Zuversicht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Damit sind die Zwischenbemerkungen auch erledigt, und die Aussprache ist geschlossen, weil nicht mehr Wortmeldungen eingegangen sind.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2021, Einzelplan 02, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/12788 mit 18/12793, 18/12882 mit 18/12886, 18/12934 mit 18/12941 sowie 18/13026 und 18/13027 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/14199.

Wir beginnen mit der Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung" auf Drucksache 18/12936 in einfacher Form. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist ausschließlich die AfD-Fraktion. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind alle anderen Fraktionen. Stimmenthaltungen? – Der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 02 selbst. Der Einzelplan 02 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 18/14199 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 02 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die GRÜNEN, die SPD, die FDP, die AfD und Herr Abgeordneter Plenk (fraktionslos). Weil sich alle gemeldet haben, haben wir keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Einzelplan 02 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die AfD. Stimmenthaltungen? – Herr Abgeordneter Plenk (fraktionslos). Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/14199 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13026 und 18/13027 ihre Erledigung gefunden haben. Ich darf somit zur Zufriedenheit feststellen, dass die Beratung des Einzelplans 02 abgeschlossen ist.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Haushaltsplan 2021
Einzelplan 04
für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/13028 mit 18/13032)

**Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn.
18/12794 mit 18/12802)****Änderungsantrag der AfD-Fraktion (Dr. 18/12943)****Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn.
18/12759 mit 18/12763)****Änderungsantrag der FDP-Fraktion (Dr. 18/12887)**

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache hierzu eine Gesamtredezeit der Fraktionen von 45 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die CSU-Fraktion 13 Minuten, auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 8 Minuten, auf die Fraktion FREIE WÄHLER 7 Minuten, auf die Fraktionen der AfD und der SPD jeweils 6 Minuten sowie auf die FDP-Fraktion 5 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 13 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. Die fraktionslosen Abgeordneten können jeweils 2 Minuten reden.

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Steffen Vogel von der CSU. Bitte schön, Herr Kollege Vogel.

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe heute die große Freude, im Namen meiner Fraktion die Eckpunkte des Justizhaushalts vorstellen zu können. Ich habe mich mit der Vorsitzenden des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration abgestimmt: Ich werde vor allem auf den Sachhaushalt und die Hochbaumaßnahmen eingehen, während die Kollegin Guttenberger vor allem auf die Personalsituation im Justizhaushalt eingehen wird.

Der Haushalt sieht eine Steigerung im Einzelplan 04 um 155,6 Millionen Euro auf 2,73 Milliarden Euro vor, was eine Steigerung von 6 % darstellt. Sie können also sehen, dass der vorgelegte Haushaltsentwurf mehr als solide ist, denn er zeigt, dass wir trotz Corona und der sinkenden Einnahmen des Staates, wie sie Staatsminister Herrmann schon dargelegt hat, kraftvoll in eine moderne und effiziente Justiz investieren.

Im Sachhaushalt wurden beispielsweise die Ansätze um 55,6 Millionen Euro auf zukünftig 881 Millionen Euro erhöht, was einem Anstieg von 6,7 % entspricht. Digitalisierung ist auch in der Justiz eines der Megathemen: Wir legen 20 Millionen Euro mehr drauf, was eine Steigerung um 30,5 % bedeutet. Das Budget für die Gerichte wird um 5,9 Millionen Euro erhöht, was 4,6 % entspricht. Für den Bauunterhalt bzw. Kleine Baumaßnahmen sehen wir 7 Millionen Euro mehr vor, was 15,1 % Steigerung ausmacht.

Für Präventionsprojekte im Strafrecht sehen wir 1,1 Millionen Euro mehr vor, ein Plus von 15,7 %. Für Investitionen insgesamt sehen wir 9,9 Millionen Euro mehr vor, mithin eine Steigerung um 42,9 %. Für die Gefangenerversorgung werden 5,2 Millionen Euro mehr veranschlagt, was 13 % Steigerung bedeutet. Die Arbeitsbetriebe bekommen 5 Millionen Euro mehr, was eine Steigerung von 11,8 % ausmacht. Sie sehen also, dass es im Justizhaushalt einen wahnsinnigen Aufwuchs gibt.

Die 20 Millionen Euro zusätzlich für die Digitalisierung setzen wir ein, um die Digitalisierung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften voranzubringen. So wird beispielsweise die schrittweise Einführung des flächendeckenden elektronischen Rechtsverkehrs – Stichwort: E-Akte – vorgesehen.

Wir wollen die Neuausrichtung der Arbeitsplatzinfrastruktur beispielsweise für Homeoffice. Schon jetzt können Richter und Staatsanwälte im Homeoffice arbeiten, was wir ausweiten wollen, sodass bis zum Jahr 2026 jeder Mitarbeiter und

jede Mitarbeiterin die Möglichkeit haben soll, mit dem eigenen Laptop im Homeoffice zu arbeiten. Das ist eine große Herausforderung, weil ganz wichtige sicherheitstechnische Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit nicht jeder darauf zugreifen kann.

Auch wollen wir die Stabilisierung und Weiterentwicklung von EDV-Verfahren insgesamt und von Videokonferenzenanlagen, die gerade während der Corona-Pandemie ganz wichtig sind, damit die Digitalisierung auch wirklich in den Sitzungssälen Einzug hält. Im EDV-Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften setzen wir im Jahr 2021 85,6 Millionen Euro ein. Dabei handelt es sich um ganz wichtige Maßnahmen und wichtige Schritte für den modernen Justizstandort Bayern.

Die 5,9 Millionen Euro bei den Sachausgaben haben damit zu tun, dass mehr Personal mehr Raumbedarf hat, sodass neue Räumlichkeiten angemietet werden müssen. 3,5 Millionen Euro sehen wir für den Bauunterhalt bzw. Kleine Baumaßnahmen bei Staatsanwaltschaften und Gerichten sowie 3,5 Millionen Euro für den Justizvollzug vor. Auch das ist ein beachtlicher Anstieg, weil es sich um zusätzliche Mittel handelt, um beispielsweise Erweiterungen, Sanierungen oder auch Sicherheitsmaßnahmen auf kurzem Wege umzusetzen.

Als Fraktion war uns wichtig, dass es nicht nur um eine funktionierende Strafrechtspflege und die Sanktionierung, sondern auch darum geht, Straftaten zu verhindern, denn das Beste ist, wenn Straftaten gar nicht erst geschehen. Deshalb liegen uns wichtige Präventionsprojekte am Herzen.

So haben wir 1,1 Millionen Euro, also 15,7 % mehr, für die Stärkung der flächendeckenden therapeutischen Versorgung von Gewalt- und Sexualstraftätern durch psychotherapeutische Fachambulanzen vorgesehen. Damit wir das auch gewährleisten können, wurden die Mittel für die Fachambulanzen um circa 0,9 Millionen Euro auf zukünftig 7,5 Millionen Euro angehoben, sodass diese Fachambulanzen wirklich in allen Regierungsbezirken zur Verfügung stehen.

Den Regierungsfractionen war auch das Präventionsprojekt "Kein Täter werden" in Bayern wichtig. Dabei sprechen wir bei 200.000 Euro vielleicht über kleine Beträge, aber wir halten es trotzdem für unglaublich wichtig, dass diese Präventionsprojekte fortgeführt werden. Ich sage es noch einmal: Die beste Straftat ist diejenige, die erst gar nicht begangen wird.

(Beifall)

Auch bei den Investitionen gibt es eine deutliche Steigerung um 9,91 Millionen Euro, also 42,9 % mehr bei Staatsanwaltschaften und Gerichten, insbesondere für die Umstellung von Telefonie auf Voice over IP, den weiteren Ausbau der Videokonferenzenanlagen, die Erstausrüstung der Abschiebehafteinrichtung in Hof sowie die Erneuerung und Erweiterung von Videoüberwachungs- und Videosensorenanlagen.

Die Gefangenenversorgung ist ebenfalls unglaublich wichtig, denn wir haben in unseren Justizvollzugsanstalten bedauerlicherweise einen hohen Anteil an Menschen mit islamistischem Hintergrund und einem gewissen Einfluss. Deshalb ist uns ein weiterer Ausbau von Präventions-, von Deradikalisierungs- und Seelsorgeprogrammen sehr wichtig. Das halten wir für dringend notwendig.

Insgesamt hat Corona natürlich auch Auswirkungen auf unseren Justizvollzug. Beispielsweise – ich habe es angesprochen – haben wir in der JVA München einen Ausländeranteil von 64 %. Damit steigt nach unserer Überzeugung auch der Bedarf an Videodolmetscherleistungen. Auch deshalb haben wir mehr Mittel eingestellt. Auch die Telemedizin in den Justizvollzugsanstalten soll entsprechend gestärkt werden.

Arbeitsbetriebe – auch das ist wichtig – bilden die Grundlage der Resozialisierung. Hierfür haben wir 5 Millionen Euro mehr vorgesehen. Wir haben den Onlineshop "www.haftsache.de", den ökologischen Landbau und neue Ausbildungseinrichtungen, die bewusst auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes abzielen. Wir haben insgesamt ein hohes Maß an Reinvestitionsmöglichkeiten, sodass die Arbeitsbetriebe auch Umgestaltungen vornehmen können, um die Gefangenen bestmöglich auf die Entlassung vorzubereiten.

Ein anderer Punkt ist der Beitrag der Klimaschutzoffensive. Wir wollen auch im Bereich der Land- und Forstwirtschaft im Vollzug alle Fahrzeuge auf regenerative Energieträger wie Pflanzenöl, Biodiesel, CNG oder Strom umstellen. Auch dafür dienen diese Maßnahmen.

Ein ganz wichtiger Punkt sind die Hochbaumaßnahmen. Wir lassen unsere Justizgebäude nicht verfallen oder verlottern – nein, wir legen 47,5 Millionen Euro drauf. Dies ist eine Steigerung um 60,5 % auf 126 Millionen Euro. Keine der Maßnahmen, die wir aufs Gleis gesetzt haben, wird gestrichen. Ich nenne das Strafjustizzentrum in München, die Generalsanierung und Aufstockung des Justizpalastes in Nürnberg, die Sanierung des Justizgebäudes in Aschaffenburg und des Justizgebäudes in Schweinfurt, die Erweiterung und Sanierung des Amtsgerichts Kaufbeuren sowie der Krankenhausabteilung der JVA München, den Neubau der JVA in Passau, das Funktionsgebäude der JVA Nürnberg und so weiter und so fort. Wichtig ist uns, auch die Planungen für die JVA in Marktredwitz voranzutreiben, und zwar insbesondere im Rahmen der Heimatstrategie, da dies ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des ostbayerischen Raumes ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, Sie merken: Bayern investiert einerseits in die Köpfe – darauf kommt noch Petra Guttenberger zu sprechen –, andererseits aber auch in die Gebäude und in die Sachausstattung. Damit ist und bleibt Bayern Justizstandort Nummer eins in Deutschland. Damit dies auch im Jahr 2021 so bleibt, bitte ich um Zustimmung zum vorliegenden Haushaltsentwurf. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, lieber Kollege Vogel. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Plenk gemeldet. Herr Plenk, bitte.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Vogel, Sie haben mit Begeisterung die Aufblähung des Justizhaushaltes dargelegt. Dazu habe ich eine Frage. Pandemiebedingt dürfte der Bereich der Strafjustiz tendenziell mit geringeren Kosten verbunden sein. Dies zeigt ein Blick in die Kriminalstatistiken. Außerdem dürften auch die Homeoffice-Regelungen eher kostensenkend wirken. Wie lassen sich da die Budgeterhöhungen erklären?

Steffen Vogel (CSU): Zunächst einmal fasse ich es eher als Kompliment auf, wenn Sie von einer Aufblähung des Justizsektors sprechen. Wir denken innere Sicherheit doppelt. Wir brauchen einerseits die Polizei und alles, was im Innenministerium angelegt ist; andererseits nützt es aber nichts, wenn zwar ermittelt wird, die Justiz letztlich aber nicht mitzieht.

Sie sprechen von einer Aufblähung des Haushaltes. Vielmehr geht es aber um den dringend notwendigen Ausbau und um das Schritthalten der Justiz mit dem Bereich des Innern. Sie sagen, dies sei alles nicht notwendig. Das sehen wir einfach anders. Dazu, warum das im Detail so ist, kann ich Ihnen jetzt keine detaillierte Auskunft geben. Sprechen Sie einmal mit der Justiz.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Herr Kollege Halbleib, Sie lachen. Blicken wir auf die anderen Fraktionen. Die SPD beantragt im Justizbereich 917 Stellen mehr, die GRÜNEN beantragen im Justizbereich ungefähr 340 Stellen. Von einem Aufblähen kann also überhaupt nicht die Rede sein.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Vogel, denken Sie an Ihre Redezeit!

Steffen Vogel (CSU): Wenn ich die Situation in der Justiz sehe, wenn ich die Situation in den Justizvollzugsanstalten sehe, habe ich eher den Eindruck, dass diese sich noch viel mehr wünschen würden. Mehr ist derzeit aber einfach nicht drin; mehr ist nicht finanzierbar. Das Thema Aufblähung und Kosteneinsparungen im Justizbereich sehen wir und sehen die Betroffenen ganz anders als Sie, Herr Kollege Plenk.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. Sie sind fertig? – Denken Sie an Ihre Maske! – Der nächste Redner ist Kollege Schuberl von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir GRÜNE wollen eine starke Justiz in Bayern; denn gute Regierungsführung braucht auch eine gut ausgestattete Verwaltung. Der Freistaat Bayern muss seit vielen Jahren die neoliberale Massakrierung der öffentlichen Verwaltung aus der Stoiber-Ära heilen. Dies schaffen wir Schritt für Schritt immer wieder; wir sind aber noch lange nicht am Ende.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Beispiel dafür sind überlastete Gerichte. Ich danke dem Justizministerium für die kurzfristige Überlassung der ganz aktuellen Zahlen. Die allermeisten Gerichte sind überlastet. Spitzenreiter ist das Oberlandesgericht Bamberg mit einer aktuellen Belastung von 150 %. Dies führt zu langen Verfahrensdauern. Dies ist das Gegenteil von guter Regierungsführung; denn Bürger*innen haben einen Anspruch auf zeitnahe Entscheidung; Opfer von Straftaten haben einen Anspruch auf eine zeitnahe Verurteilung der Täter, und die Täter*innen haben einen Anspruch auf zeitnahe Klarheit.

Im aktuellen Haushaltsentwurf ist einiges enthalten, was wir auch positiv sehen. Es gibt Stellenmehrungen; einige kw-Vermerke, also Künftig-wegfallend-Vermerke sind gestrichen worden, und auch der "Pakt für den Rechtsstaat" zwischen dem Bund und den Ländern ist in der Umsetzung. Das begrüßen wir.

Für uns GRÜNE ist eine starke Justiz ein zentraler Pfeiler des Rechtsstaates. Deswegen sind wir der Meinung, dass hier noch ein etwas stärkerer Akzent gesetzt werden kann. Das muss etwas schneller gehen. Unsere Änderungsanträge zum Haushaltsplan sehen deshalb vor: bei den Gerichten 20 neue Stellen für Richter*innen und 30 neue Stellen für Staatsanwält*innen.

Aber nicht nur in diesem Bereich muss etwas getan werden. Auch bei den nicht-richterlichen Stellen besteht ein gewisser Flaschenhals, der zu Verzögerungen führt. Deswegen wollen wir auch 30 weitere Stellen für Rechtspflegeranwärter*innen. Auch die Zahl der Arbeitnehmer*innen in den Geschäftsstellen von Gerichten und Staatsanwaltschaften muss vermehrt werden. Im Bereich der Sicherheit für die Gerichte wollen wir zusätzliches Personal, um private Sicherheitsdienste durch Staatsbeamte ablösen zu können. Wir fordern hier eine Stellenmehrung um 50 Stellen.

Eine starke Justiz muss auch eine moderne Justiz sein. Es gibt weitere Mittel für Digitalisierung. Dies ist auch dringend notwendig; denn Bayern ist, wie wir alle wissen, hinsichtlich der Digitalisierung ein Entwicklungsland. Hier muss auch in der Justiz mehr getan werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben einen Änderungsantrag eingebracht, in dem wir fordern, die Mittel für die Digitalisierung gerade in den Gerichten zu erhöhen. Es bestehen auch noch einige rechtliche Hürden; die Regierungskoalition weigert sich, voranzuschreiten. Das alles haben wir im Rechtsausschuss gehört. Wir wollen eine bessere Arbeitsplatzausstattung für Menschen mit Behinderung.

Bei den Gerichten ist auch wichtig: Wir müssen die Unabhängigkeit weiter stärken. Bei Gerichten ist im Bereich von Personal und Finanzen noch einiges zu tun, und bei den Staatsanwälten gibt es noch zu viel Abhängigkeit von Weisungen. Meistens sind das gar keine förmlichen Weisungen, sondern es geht um das Berichtswesen oder um das Geben von Hinweisen. Bei der CSU-Maskenaffäre hat man wieder gesehen, wie viele Berichte es gebraucht hat, bis im Fall Nüßlein etwas weitergegangen ist.

Für uns Grüne stehen die Menschen im Mittelpunkt. Im Justizvollzug heißt es: Da stehen in erster Linie die Opfer im Mittelpunkt. Wir haben uns mit den Opferverbänden auseinandergesetzt. Letztes Jahr veranstalteten wir den ersten grünen Justizkongress. Dort haben wir uns sehr ausgiebig mit den Opferverbänden ausgetauscht. Selbstverständlich waren auch Vertreter der Gefangenen-Gewerkschaft anwesend. Das Spannende an diesem Kongress, eine der interessanten Quintessenzen war, dass sich die Forderungen der Opferverbände ziemlich mit den Forderungen der Gefangenen-Gewerkschaft gedeckt haben: Dieses Verbrechen soll nie wieder geschehen. – Wenn man Opfer von Straftaten fragt, was sie wollen, dann steht das ganz im Mittelpunkt. Das ist auch das, was Täterinnen und Täter oft wollen, wenn sie dann so weit sind. Dafür müssen wir aber auch einiges tun. Wir müssen alles, was dieses Ziel fördert, stärken und alles, was es hindert, abbauen. Dafür ist die JVA nicht immer der geeignete Ort. 70 % Rückfallquote sprechen für sich.

Wir brauchen eine bessere Bezahlung für Inhaftierte. Dazu haben wir eine Anhörung durchgeführt. Wir brauchen eine Einbeziehung in die Sozialversicherung, damit vor allem auch der Übergang nach der Haft in das Berufsleben, in das normale Leben besser funktioniert. Wir brauchen kreative Lösungen wie zum Beispiel Vollzug in freien Formen wie in Baden-Württemberg und Sachsen, was durch Justizminister der GRÜNEN gemacht worden ist. Wir brauchen auch mehr Therapien.

Wir brauchen die Stärkung des selbstbestimmten Lebens in Freiheit. Das müssen die Gefangenen lernen. Dafür ist die JVA in den Strukturen noch nicht so weit. Dort wird eigentlich jegliche Selbstbestimmung erst einmal unterdrückt.

Wir brauchen den Erhalt sozialer Kontakte. Vor Corona durften Gefangene nicht telefonieren, außer in Notfällen. Die JVA Straubing hat aus Kulanz eine Ausnahme gemacht. Dort durften diejenigen, die keine Besuche bekamen, alle zwei Monate 20 Minuten mit ihrer Familie telefonieren, nicht zu Weihnachten, nicht zu Geburtstagen, sondern nur diese 20 Minuten. Mit Corona wurden die Besuchsmöglichkeiten eingeschränkt. Dafür gab es dann 40 Minuten pro Monat für Telefonate und vier Stunden Skype pro Monat. Das begrüßen wir sehr. Wir unterstützen eine Petition aus der JVA Straubing und anderen JVAs, unterschrieben von 25.000 Unterstützerinnen und Unterstützern. Allein 530 Inhaftierte aus der JVA Straubing haben dies unterstützt. Ich danke auch der JVA-Leitung, dass sie so unbürokratisch Skype ermöglicht hat. Ich danke der Gefangenen-Gewerkschaft in Straubing, dass

sie ihr Schicksal selbst in die Hand genommen und demokratisch am Staatswesen mitgewirkt hat.

Wir hatten ein Gespräch mit dem Vorstand des Landesverbands der Bayerischen Justizvollzugsbediensteten, wie man diese positiven Dinge nach Corona auch in die Zukunft retten und Verbesserungen hinbekommen kann. Es war klar: Es braucht mehr Personal. Dazu ist im Haushaltsplan auch einiges enthalten. Aber leider ist vieles für die Abschiebehaft vorgesehen und nicht alles für die Verbesserung der Resozialisierungsmöglichkeiten.

Wir fordern 100 neue Stellen im Justizvollzug, darunter 30 im medizinischen Bereich, und vor allem auch eine Aufstockung um 50 Stellen für die Bewährungshelfer. Eine erfolgreiche Resozialisierung bringt mehr Sicherheit. Das muss es uns wert sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Gerald Pittner von der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Pittner, bitte schön.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute den Justizhaushalt. Bereits in der dritten Rede ist eigentlich die ganze Bandbreite abgedeckt. Der Kollege Plenk hat in seiner Zwischenbemerkung gesagt, es gebe eine Aufblähung des Justizhaushalts infolge der sachlichen und personellen Steigerungen. Der Kollege Schuberl hingegen hat gesagt, eine starke Justiz sei einer der zentralen Pfeiler des Rechtsstaats – da hat er recht; darin kann ich ihm nur zustimmen –, und plädiert deswegen für eine deutliche Aufstockung sowohl des Personals als auch der Sachmittel. Wie immer liegt die Wahrheit in der Mitte.

Natürlich ist die Justiz ein ganz wichtiger, zentraler Bestandteil unserer Gesellschaft, unseres Rechtsstaats. Sie ist die dritte Gewalt. Ich will durchaus zugeben, dass sie nicht immer im Mittelpunkt der Politik steht, so wie es ihr eigentlich zustehen würde und sollte, weil sie einfach zu unspektakulär ist. Man erwartet einfach, dass sie funktioniert, und das tut sie in Bayern auch.

Insofern möchte ich erst einmal herzlichen Dank an alle Justizangehörigen sagen – ich bin selbst einer und meine mich damit jetzt nicht –, die auch in dieser schwierigen Zeit, in der Pandemie unter erschwerten Bedingungen Hervorragendes geleistet haben – das ist nämlich nicht so einfach –, egal, ob das der Justizvollzug, die Strafverhandlung usw. ist. Die Arbeit unter diesen Bedingungen zu machen, ist nicht leicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben vom Kollegen Vogel schon die einzelnen Zahlen zum Haushalt gehört. Nach den Zahlen, die ich habe, erhöht er sich um 6,6 % bzw. um 170,5 Millionen Euro. Das ist für Justizverhältnisse schon ein durchaus gewaltiger Aufschlag. So etwas hatten wir in den letzten Jahren in dieser Höhe nicht. Das muss man einmal ganz klar sagen und positiv anerkennen.

Man kann natürlich auch sagen, das hätte es schon vor ein paar Jahren geben müssen. Das ist alles schön und gut. Nur: hätte, hätte, Fahrradkette. Das kennen wir auch. Wir müssen ein Problem, das wir haben, und eine Aufgabe, die sich uns stellt, lösen. Immer nur nach hinten und zur Seite zu schauen bringt uns nichts.

Genauso erfreulich ist, dass die Mittel für die in der Anlage S aufgeführten Baumaßnahmen um 60 % auf 126 Millionen Euro gestiegen sind. Dabei ist das Allerbeste, dass das Strafjustizzentrum München nicht alle Baumaßnahmen im ländli-

chen Raum sozusagen gekillt und aufgesogen hat, sondern man muss ganz klar sagen: Alle vorgesehenen Baumaßnahmen, die in Planung und Ausführung sind, werden wie geplant fortgesetzt. Auch das ist ein Aufschlag, der mehr als positiv ist.

Es gibt auch eine durchaus erkleckliche Stellenmehrung, zwar nicht im Bereich der Richter und Staatsanwälte – da hatten wir sie letztes Jahr; auch das muss man anerkennen –, aber im Unterstützungsbereich. Ich sage Ihnen aus eigener Erfahrung als Richter: Meistens ist das Problem nicht die eigene Arbeit, sondern bei der Sekretärin, bei der Geschäftsstelle, die mir die Arbeit besorgen bzw. weiterleiten soll, hängt es am allermeisten. Es wird kaum ein Kollege widersprechen, wenn ein Richter sagt: Wenn der Unterstützungsbereich passt, dann kann ich auch ein paar Akten mehr bearbeiten.

Sie haben vorhin von einer neoliberalen Massakrierung der Verwaltung gesprochen, auch am Beispiel der Justiz in der Stoiber-Ära. Klar: Für die Verwaltung und die Justiz gab es schon bessere Zeiten als diese Zeit; das muss man auch sagen. Aber von einer Massakrierung zu reden, ist schon ein bisschen arg deutlich.

Dass natürlich lang andauernde Verfahren durch Überlastungen existieren, ist auch klar – aber nicht in Bayern. Schauen Sie einmal, wo es in der Bundesrepublik Deutschland lang andauernde Verfahren gibt. Das ist nicht dort – jetzt muss ich einmal in diese Richtung schauen –, wo Schwarz regiert, sondern meistens bei den anderen. Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung von ganz vielen Dienstreisen und Besprechungen sagen, dass sich die Masse der Kollegen aus den nördlichen Bundesländern – ich will jetzt nicht im Einzelnen aufzählen, welche ich damit meine – alle Finger nach unseren Arbeitsbedingungen ablecken würden. Das heißt nicht, dass sie optimal sind; das ist ganz klar. Optimale Arbeitsbedingungen gibt es wahrscheinlich nirgendwo, auch in Bayern nicht, bei der Justiz schon gleich dreimal nicht. Aber sie sind bundesweit im Verhältnis auf jeden Fall gut. Hier setzt der Haushalt an der richtigen Stelle an.

Ich möchte nur ein paar Punkte herausgreifen: zunächst die Digitalisierung. Natürlich könnte sie schon weiter sein. Bayern war da vor zwanzig Jahren sogar einmal ganz führend, wenn auch durch viel Eigeninitiative von einzelnen Personen. Aber damals waren wir ganz weit vornedran. Inzwischen sind wir ein bisschen zurückgefallen. Das hängt an ganz vielen Sachen. Es ist nämlich gar nicht ohne Weiteres möglich, einen Onlinezugang so hinzubekommen, dass er nicht nur praktisch funktioniert, sondern auch rechtlich sicher ist.

Die E-Akte ist gar nicht so ohne Weiteres machbar. Dabei gab es die einen oder anderen Probleme, und das lag nicht am Geld, sondern an einer Fehlplanung. Wer plant, kann auch Fehler machen. Die E-Akte ist in Angriff genommen, sie ist gut, und jetzt sind wir an dem Punkt, an dem wir sie umsetzen können. Jetzt können wir auch das Geld dafür einstellen. Genau so muss es sein, und das wird auch funktionieren.

Die Justizverwaltungsakte habe ich noch selber als stellvertretender Direktor erleben dürfen und mitgemacht. Das war am Anfang auch nicht schön, denn händisch ging es deutlich schneller. Man muss dabei auch gleich die Arbeitssituation umstellen, und auch das ist im Haushalt abgebildet. Wir können nicht einfach analoge Arbeitsvorgänge digitalisieren, sondern wir müssen auch die Arbeitsweise umstellen. Auch das ist richtig, auch das ist gelungen.

Es gibt auch viele andere Maßnahmen. 9,9 Millionen Euro investieren wir in das Videosystem. Das ist für die Justiz eine totale Erleichterung, aber auch für viele Zeugen und Betroffene. Gerade bei vielen kleineren Verfahren, beispielsweise wegen Beförderungerschleichung, werden Zeugen geholt, von denen der Richter von vornherein weiß, dass sie sich gar nicht erinnern können oder dass sie sagen, sie

wissen nichts, wenn sie sich erinnern können. Das ergibt sich schon aus der Natur der Sache; aber der Zeuge muss durch ganz Deutschland fahren, weil es der Verteidiger will. Das ist doch überflüssig.

Viele Anhörungen scheitern auch an den Dolmetschern. Wir haben viele ausländische Bürger, die im Strafverfahren, im Vormundschaftsverfahren oder im Betreuungsverfahren vor Gericht stehen. Die Dolmetscher sind das Problem. Bei 64 % Ausländern in München ist das ein Problem. München hat aber im nahen Umfeld Dolmetscher für fast alle Sprachen zur Verfügung, auf die die Gerichte zugreifen können.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an Ihre Redezeit!

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): In München bekommen Sie innerhalb einer Stunde jeden Dolmetscher, den Sie brauchen können. Versuchen Sie das einmal in Rhön-Grabfeld oder in Bad Kissingen zu machen. Dort heißt es, in vier Stunden kommt vielleicht einer.

Insgesamt ist das ein sehr guter Ansatz. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu diesem Haushalt. Selbstverständlich kann es immer noch mehr, noch besser und noch mehr Personal sein. Im Rahmen des Möglichen ist das ein gut gelungener Aufschlag. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Christoph Maier von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Christoph Maier (AfD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Freiheit stirbt immer zentimeterweise. So lautet ein Sprichwort. In Zeiten, in denen die Söder-Regierung Freiheitsrechte gleich meterweise beschneidet, fordern die bayerischen Bürger völlig zu Recht und verstärkt eine unabhängige und schlagkräftige Justiz. Dies hat auch meine Anfrage an den Bayerischen Verfassungsgerichtshof gezeigt. Diese ergab, dass sich die Anzahl der Popularklagen im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr 2019 versechsfacht hat. Die Bürger wollen Rechtsschutz.

Zahlreiche Klagen musste der Bayerische Verfassungsgerichtshof auf die sprichwörtlich lange Bank schieben. Auch mehrere Verfahren, die die AfD-Fraktion beim Verfassungsgerichtshof angestrengt hat, zum Beispiel unsere Klage gegen die Vierte Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung, sind nach bald einem Jahr noch nicht entschieden. Wir begrüßen es daher, dass im Haushaltsplan 2021 an verschiedenen Stellen der Justiz mehr Geld zur Verfügung gestellt wird. Wir werden dabei aber kritisch überprüfen, ob das Geld der Beseitigung des Personalmangels bei den Gerichten zugutekommt.

Herr Staatsminister Eisenreich, Sie haben auf meine Zwischenbemerkung bei der letzten Plenarsitzung geantwortet, dass der Bayerische Verfassungsgerichtshof nicht in Ihren Einzelplan fällt. Ich bin mir sicher, dass Sie im Laufe der Woche bei genauerer Betrachtung des Einzelplans 04 zu einer anderen Schlussfolgerung kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, effektiver Rechtsschutz ist der Rechtsschutz, den unsere Bürger in Bayern verdient haben. Wir lehnen hingegen diejenigen Ausgaben im Haushaltsplan ab, die die Staatsregierung den Scheinasylanten zur Verfügung stellen möchte. In Titel 427 01 planen Sie über eine halbe Million

Euro für sogenannte Rechtskunde und Rechtsbildung insbesondere für Flüchtlinge und Asylbewerber ein. Dabei handelt es sich wiederum um einen Posten, den man zunächst einmal nicht so offensichtlich sieht. Nur bei genauem Hinsehen erkennt man, dass es natürlich die Kosten dieser Zuwanderungswelle sind, die seit 2015 über Deutschland hereingebrochen ist und nach wie vor andauert. Ich fordere Sie auf, diese Zuwanderungswelle sofort zu stoppen.

(Beifall bei der AfD)

Mit diesem Posten, der schon seit Jahren gefördert wird, soll Asylsuchenden Rechtskunde und Rechtsbildung vermittelt werden – allerdings ohne Erfolg, wie wir sehen. Die Asylbewerber sind zum großen Teil nicht in der Lage, die selbstverständlichen Gesetze in unserem Lande einzuhalten. Nicht umsonst hat Kollege Vogel davon gesprochen, dass 64 % aller Insassen in der Justizvollzugsanstalt München Ausländer sind und keine deutsche Staatsangehörigkeit haben. Das sind die Zahlen, über die wir im Parlament diskutieren müssen.

Wir müssen auch die Schlussfolgerungen aus diesen Zahlen ziehen. Wir wollen in Bayern eine konsequente und harte Handhabung des Rechtsstaats, denn das ist die einzige Sprache, die Kriminelle verstehen. Das ist in Zeiten starker Zuwanderung auch das Gebot der Stunde. Auch wenn Sie es gerade nicht hören wollen: 43 % aller Tatverdächtigen bei den Delikten Mord, Totschlag oder Tötung auf Verlangen sind Ausländer, und das bei einem Anteil an der Wohnbevölkerung von gerade einmal 12 %.

Sehr geehrte Damen und Herren, da hilft auch kein Rechtskundeunterricht auf Kosten der Steuerzahler. Da hilft nur eines: Heimreise und Knast im Herkunftsland, und das schnell.

(Beifall bei der AfD)

Tatsache ist auch, dass weniger als 2 % aller Asylbewerber überhaupt als Asylberechtigte anerkannt werden. Diesem Gedanken trägt die AfD-Fraktion mit einem Änderungsantrag Rechnung. Wir fordern, dass die Mittel im Titel 427 01 auf 2 % reduziert werden. Hunderttausende von Euro für Rechtsbildung für Asylanter auszugeben, die unser Land ohnehin bald wieder verlassen müssen, ist pure Verschwendung von Steuergeld. Ich fordere Sie daher auf, unserem Änderungsantrag zuzustimmen.

Den Änderungsanträgen der SPD-Fraktion und der GRÜNEN werden wir sicherlich nicht zustimmen. 1,4 Millionen Euro sollen nach dem Willen der SPD in die sogenannte Strafgefangenenfürsorge fließen. Nach unserer Meinung brauchen wir jedoch weniger Täterschutz und mehr Opferschutz in diesem Land.

(Beifall bei der AfD)

Von Opferschutz lese ich in Ihren Anträgen allerdings gar nichts. Nur an einer Stelle taucht dieser Begriff bei Ihnen auf, und zwar dort, wo es um sogenannte Meinungsdelikte geht. Dort wollen Sie Opferschutz. Sie, die GRÜNEN, fordern für satte 8,1 Millionen Euro die Errichtung einer sogenannten Beratungsstelle für die Opfer von Hate Speech. Was seltsam klingt, hat auch einen starken und abstoßenden Beigeschmack. Um den Opferschutz sind schon längst mehrere gut funktionierende Organisationen wie zum Beispiel der "Weiße Ring" bemüht. Wozu also so eine extragrüne Einrichtung für diese Klientel?

Die Antwort darauf finden Sie in der Begründung. Versteckt zwischen wohlklingenden Phrasen schreiben Sie, dass Ihre Einrichtung mit der Entwicklung von Gegenstrategien beauftragt werden soll. Diese Gegenstrategien und diese Begrifflichkeit

ten sind die üblichen Euphemismen der Linksgrünen, wenn es um Antifa-Förderung und Ideologieschulung geht. Das lehnen wir selbstverständlich ab.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren von der Staatsregierung, mehr Geld für Rechtsprechung und Justizvollzug ist richtig und gut. Besser wäre es allerdings, das Übel an der Wurzel zu packen. Die Alternative für Deutschland fordert Sie daher auf: Beenden Sie den rechtswidrigen Lockdown! Beenden Sie die Herrschaft des Unrechts, und beenden Sie die rechtswidrige Asylzuwanderung! Nur auf diese Weise werden Sie es schaffen, die Gerichte zu entlasten, Rechtssicherheit herzustellen und somit einen soliden Justizhaushalt auf die Beine zu stellen. Bis dahin allerdings gilt: Wir lehnen diesen Einzelplan der Justiz ab.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Als Nächster kann sich der Kollege Florian Ritter von der SPD-Fraktion bereitmachen. – Herr Ritter, Sie haben das Wort.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Um die hohe Bedeutung des Rechtssystems für den demokratischen Staat zu beurteilen, muss man nicht unbedingt in die Länder schauen, in denen das Rechtssystem gerade unter Druck gerät, wie beispielsweise in Polen und Ungarn oder auch in den USA unter Trump. Das Vertrauen in die Gerichtsbarkeit und in das Rechtssystem sind untrennbar miteinander verbunden. Ein gut funktionierendes und gut ausgestattetes Rechtssystem hat tatsächlich für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in diesen Staat eine hohe Bedeutung. Ein funktionierendes Zivilrecht, eine funktionierende Strafverfolgung, eine funktionierende Rechtsprechung, Strafe, Sühne und Rehabilitierung sind Grundpfeiler unseres Rechtssystems. Die Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger an die Rechtspolitik sind hoch. Eine gute Rechtspolitik muss das erkennen und in der Praxis darauf reagieren.

Zügige Verhandlungen, ob im Strafrecht oder im Zivilrecht, sind eine wichtige Voraussetzung für dieses Vertrauen. Die kriminologische Forschung weist uns schon lange darauf hin, dass die Wahrung des zeitlichen Zusammenhangs zwischen Straftat und Gerichtsverfahren für die Wirksamkeit gerichtlicher Verfahren und den Strafvollzug maßgeblich ist. Hier liegt der Schlüssel für die Wirksamkeit des Strafrechts und nicht in einem ständigen Wettlauf um höhere Strafen. Noch heute leiden die bayerischen Gerichte, die Strafverfolgung und der Strafvollzug unter den Sparorgien der Ära Stoiber. Jetzt wird auf den Aufwuchs gezeigt und dieser Aufwuchs über den grünen Klee gelobt. Deshalb müssen wir heute auf die Versäumnisse der Vergangenheit hinweisen.

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn an einigen Stellen mittlerweile versucht wurde, die ärgsten Einschnitte wieder auszugleichen, so sind doch viele und oftmals entscheidende Baustellen offen. Da geht es nicht nur um Stellen, sondern auch um das Versäumnis der letzten Jahre, den Strafvollzug und die Gerichtsbarkeit zu modernisieren und eine Weiterentwicklung der Rechtspflege in Bayern voranzutreiben. Bund und Länder haben sich im Pakt für den Rechtsstaat darauf geeinigt, in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen die Personalausstattung der Justiz zu verbessern. Nach dem Entwurf des Einzelplans 04 für das Haushaltsjahr 2021 sind gerade einmal fünf neue Stellen für den richterlichen Dienst vorgesehen. Damit werden wir keine Verfahrensverkürzungen und keine schnellere Bearbeitung und Entscheidung der Fälle erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Mit neuen Stellen für Richterinnen sowie Richter wollen wir das Kammerprinzip stärken. An den Landgerichten können damit mehr zusätzliche Straf- und Zivilkammern eingerichtet werden. Gerade bei Spezialmaterien muss auf der Seite der Richter eine intensivere Aus- und Weiterbildung erfolgen, damit die Effektivität der Verfahrensführung gesteigert wird.

Laut den Verbänden, zum Beispiel dem Verband Bayerischer Rechtspfleger, gibt es bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften einen Fehlbedarf an Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern im Umfang von ungefähr 147 Stellen, und das ohne neue Aufgabenzuwächse. Gerichte und Staatsanwaltschaften stehen darüber hinaus vor neuen Herausforderungen, die ohne Personalaufstockung nicht bewältigt werden können. Was haben wir hier in den letzten zwei bis drei Jahren über die Netzkriminalität diskutiert! Das Netz war noch nie ein rechtsfreier Raum, auch wenn das immer behauptet wird. Für die Täterinnen und Täter kann aber manchmal dieser Eindruck entstehen, wenn der Verfolgungsdruck fehlt. Deshalb brauchen wir zusätzliche Kapazitäten zur Bekämpfung von Cyberkriminalität und auch zur Bekämpfung von Hass und Hetze im Internet.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, Resozialisierung ist das zentrale Ziel des Strafvollzugs. Doch leider spielt gerade dieser Bereich in der Rechtspolitik der Staatsregierung eine untergeordnete Rolle. Notwendige Weiterentwicklungen wurden hier nicht vorgenommen, und es wurden keine Konsequenzen aus modernen kriminologischen Erkenntnissen gezogen. Das ist ebenfalls eine unmittelbare Folge der Sparmaßnahmen, die bis vor wenigen Jahren andauerten. Wer möchte, dass Resozialisierung gelingt, muss den Strafvollzug zum Behandlungsvollzug weiterentwickeln.

Wer in den Strafvollzug geht, bringt dahin auch seine Lebensgeschichte und viele Probleme mit, soziale Probleme, psychologische Probleme oder Drogenprobleme. Diese Probleme können nur angegangen werden, wenn dafür die nötige Personalausstattung zur Verfügung steht und eine Weiterentwicklung zu einem Behandlungsvollzug erfolgt. Kolleginnen und Kollegen, Resozialisierung beginnt im Strafvollzug, nicht erst bei der Entlassung.

(Beifall bei der SPD)

Somit ist dieser Haushalt aus unserer Sicht ein Haushalt der Aufrechterhaltung des Status quo, aber kein Haushalt für eine moderne Justiz, die sich tatsächlich an den Bedürfnissen des demokratischen Staates orientiert. Daher werden wir ihn auch ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Martin Hagen von der FDP-Fraktion.

Martin Hagen (FDP): Herzlichen Dank, auch an die Offiziantinnen und Offizianten für ihren Einsatz. Danke schön. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe vorher von den staatlichen Kernaufgaben gesprochen. Die Justiz ist eine solche staatliche Kernaufgabe. Wir begrüßen, dass in diesem Einzelplan des Haushalts die Ausgaben in vielen Bereichen an die aktuelle Situation angepasst werden. Erfreulich ist beispielsweise, dass an der Sicherheit unserer Gerichte nicht gespart wurde, obwohl diese Zeit viele andere Herausforderungen bietet. Unsere Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, die diesen leistungsfähigen Rechtsstaat sicherstellen, müssen sicher sein, dass sie ihre Arbeit verrichten können und dabei geschützt werden.

Wir begrüßen auch, dass die Mittel für die Digitalisierung und Ausstattung der Gerichte erhöht wurden. Dadurch wird sichergestellt, dass in der Justiz zeitgemäß gearbeitet werden kann, auch unabhängig von der Corona-Pandemie, die den Handlungsbedarf noch einmal unterstrichen hat. Es war die FDP, die das Thema "Verhandlungen in Zivilgerichten via Videokonferenz" im vergangenen Jahr angestoßen hat. Wir freuen uns, dass hierfür entsprechende Investitionen stattfinden.

Aber die Möglichkeiten der Digitalisierung müssen auch ausgeschöpft werden, wenn es darum geht, auf elektronischem Weg zu kommunizieren. Deshalb haben wir Einsparmöglichkeiten bei den Portokosten identifiziert. Wir können nicht verstehen, warum die Kosten für den Postversand hochgehen, und das in Zeiten, in denen das in diesem Umfang gar nicht mehr nötig wäre. Deswegen haben wir unseren Änderungsantrag eingebracht. Hier handelt es sich aber um eine Kleinigkeit. Wie Sie wissen, sind wir eine konstruktive Opposition. Wir stimmen zu, wenn etwas gut, und wir lehnen ab, wenn etwas schlecht ist. An diesem kleinen Punkt der Portokosten lassen wir unsere Zustimmung zum Einzelplan 04 nicht scheitern. Die Justiz ist eine Kernaufgabe. Sie wird mit diesem Entwurf unserer Meinung nach angemessen ausgestattet. Deswegen stimmen wir ihm zu.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Petra Guttenberger von der CSU-Fraktion. Sie hat noch vier Minuten und eine Sekunde. Frau Guttenberger, das Rednerpult gehört Ihnen.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Manche Aussagen lassen einen schon etwas ratlos zurück. Herr Schubert, Sie erzählen uns hier, die Staatsanwaltschaft wäre von zu vielen Weisungen geprägt. Wer in eine Sitzung des Rechtsausschusses geht, wird Sie als jemanden erleben, der ohne Zögern einfordert, man müsste die Staatsanwaltschaft unbedingt anweisen, einem bestimmten Petenten zu helfen. – Ja was nun eigentlich? Aber Spaß beiseite, obwohl dieses Thema nicht spaßig ist.

Die Rechtsstaatlichkeit ist eine der wichtigsten Grundlagen für alles. Ohne einen Zugang zu einem funktionierenden Rechtsstaat funktioniert keine Wirtschaft, funktioniert kein Zusammenleben, funktioniert einfach alles nicht. Wegen der hohen Sicherheit, die ein funktionierender Rechtsstaat dem einzelnen Bürger bietet, haben wir auf dieses Thema einmal mehr den Schwerpunkt gelegt.

Wir haben pandemiebedingt eine schwierige Haushaltslage. Das steht außer Zweifel. Dessen ungeachtet haben wir aber 40 neue Stellen für unsere Gerichte und Staatsanwaltschaften geschaffen. 5 Stellen entfallen auf den richterlichen Dienst, 35 auf den technischen Dienst sowie den Bereich der Bewährungshelferinnen und Rechtspfleger.

Außerdem sollte nicht unerwähnt bleiben, dass alle der noch bestehenden 62 kw-Vermerke im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Dienst gestrichen werden. Im nicht richterlichen Dienst wird fortan knapp die Hälfte der bestehenden kw-Vermerke wegfallen. Soweit diese nicht gestrichen werden können, wurde die Frist erneut um zwei Jahre verlängert.

Ein wichtiges Signal sind auch Stellenhebungen. In der Bewährungshilfe und bei den Justizhelfern konnten Stellenhebungen sowie Höher- und Umgruppierungen erzielt werden. Daneben sieht Artikel 6i des neuen Haushaltsgesetzes die Ermächtigung des Finanzministeriums zur Vornahme von weiteren kostenwirksamen Stellenhebungen im Umfang von 10 Millionen Euro vor. Herr Finanzminister, das freut uns außerordentlich. Hiervon entfallen 725.000 Euro auf die Justiz. Gerade dadurch können die Beförderungsmöglichkeiten insgesamt verbessert werden.

Wir schaffen im Bereich des Justizvollzugs neue Stellen. Neben den 110 Stellen für die JVA Passau gibt es im Bereich der Fachdienststellen im Justizvollzug weitere Stellenverbesserungen, zum Beispiel 10 Fachdienststellen bei der JVA Hof, unter anderem für Psychologen, Lehrer, Geistliche und Sozialpädagogen, sowie 5 neue Planstellen für Krankenpfleger. Auch hier gibt es eine Verlängerung bzw. eine Streichung von 50 kw-Vermerken.

(Zuruf)

Zur Digitalisierung hat der Kollege

(Zuruf)

– jetzt habe ich das Wort – Steffen Vogel bereits Ausführungen gemacht.

Ich möchte noch einmal den Präventionsbereich ansprechen. Ich sehe hier gerade Beate Merk. Das Projekt "Kein Täter werden" haben wir vor über zehn Jahren auf den Weg gebracht, es gab viel Skepsis, es ist aber ein absolut erfolgreiches Projekt. Ich freue mich gerade deshalb ganz besonders darüber, dass hier erneut 350.000 Euro zur Verfügung stehen. Künftig werden auch die Mittel für Fachambulanz auf 7,5 Millionen Euro aufgestockt. Uns war es zum Beispiel ganz besonders wichtig, Verbesserungen im Arbeitsbereich der Gerichtsvollzieher zu erreichen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit.

Petra Guttenberger (CSU): Wir haben deshalb Stichschutzwesten angeschafft bzw. das Geld für deren Anschaffung bereitgestellt. Es wird die mobile Arbeit bei der Bewährungshilfe verbessert. Auch wird eine Nachwuchskampagne gestartet, um auch zukünftig Justizmitarbeiter zur Verfügung zu haben.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Petra Guttenberger (CSU): Meine Redezeit ist damit um. Ich hätte Ihnen gerne noch etwas über den Leitfaden erzählt, der den Kommunen bei Badestränden mehr Sicherheit gibt.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Abgeordnete, danke schön.

Petra Guttenberger (CSU): Danke fürs Zuhören.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Dank an die Offizianten für die gute Vorbereitung unseres Rednerpults. – Das Wort hat nun der Staatsminister Georg Eisenreich.

Staatsminister Georg Eisenreich (Justiz): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Jahr 2020 stand weltweit – damit natürlich auch bei uns in Bayern – im Zeichen der Corona-Pandemie. Corona hat auch bei den Gerichten, den Staatsanwaltschaften und den JVA's keine Ausnahme gemacht. Corona war – wie für alle – natürlich auch für uns eine große Herausforderung; denn die Justiz kann die Türen und Tore nicht schließen. Die Justiz muss immer funktionieren. Ich kann Ihnen sagen: Die Justiz hat auch funktioniert. Wir haben in Bayern eine starke, funktionierende Justiz.

Ich möchte an den Anfang meiner Rede deswegen meinen herzlichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der bayerischen Justiz stellen, die immer – im

letzten Jahr aber ganz besonders – großartigen Einsatz erbracht haben. Herzlichen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Herausforderungen werden in diesem Jahr nicht kleiner werden. Der Ein-Jahres-Haushalt für das Jahr 2021 stellt mit einem wirklich spürbaren Personalaufwuchs und mit hohen Beträgen für Investitionen, Bau und IT-Infrastruktur eine solide Basis für unsere Arbeit dar. Der Etat steigt um 170 Millionen Euro auf 2,74 Milliarden Euro. Das ist eine Steigerung von rund 6,6 %. Das ist in diesen Zeiten wirklich großartig. Deshalb an dieser Stelle schon einmal mein herzlicher Dank an das Hohe Haus für die Unterstützung der bayerischen Justiz!

(Beifall bei der CSU)

Wir haben in den letzten Jahren – 2013 bis 2018 – bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften schon deutliche Stellenzuwächse zu verzeichnen gehabt; das ist ein Verdienst von Winfried Bausback. Wir haben 335 Stellen für Richter und Staatsanwälte erhalten. Im Nachtragshaushalt 2019/2020 haben wir dann noch mal zusätzliche 90 Stellen für Richter und Staatsanwälte erhalten. Wir haben damit bereits letztes Jahr den Pakt für den Rechtsstaat erfüllt. Wir haben den Pakt für den Rechtsstaat also bereits mit dem letzten Nachtragshaushalt – also bereits letztes Jahr – erfüllt.

Unsere Anliegen werden auch im jetzigen Entwurf wieder berücksichtigt. Ich möchte die Schaffung von 40 neuen Stellen mit Schwerpunkt im nicht richterlichen Bereich nennen. Es ist völlig richtig, dass wir nicht nur Richter und Staatsanwälte, sondern auch Unterstützungspersonal brauchen. Deswegen tut das den Gerichten und Staatsanwaltschaften gut.

Nennen möchte ich auch den Wegfall von über 120 kw-Vermerken. Das ist wirklich ein echter Erfolg, weil damit klar ist, dass die Stellen in unserem Haushalt bleiben werden. Wir bekommen im Rahmen des Artikels 6i des Haushaltsgesetzes auch Mittel für Stellenhebungen zur weiteren Verbesserung der Beförderungsstruktur. Das ist wirklich eine wertschätzende Anerkennung für diesen Bereich. Dafür auch an Sie meinen herzlichen Dank!

Wir brauchen für eine nachhaltige und effektive Struktur natürlich auch Personal in den JVA's. Die Justizvollzugsanstalten bilden in der Sicherheitsarchitektur den Schlussstein. Es ist deshalb wichtig, dass wir auch hier gut aufgestellt sind.

Ich möchte an dieser Stelle auch erwähnen, dass das letzte Jahr gerade für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den JVA's nicht leicht war. Wir haben in den JVA's ohnehin eine Klientel, die schwieriger wird. Dann kommt Corona mit den wirklich großen Herausforderungen dazu, die Gesundheit des Personals, aber auch der Gefangenen zu schützen. Ich finde es wirklich großartig, dass wir nicht nur gut ausgebildete, sondern auch hoch motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben. Wir haben deswegen auch das letzte Jahr wirklich gut überstanden.

Wir haben im Justizvollzug bereits im Nachtragshaushalt 2019/2020 85 Planstellen und noch mal 15 Stellen aus Geldmitteln erhalten. Im jetzigen Entwurf bekommen wir für den bayerischen Justizvollzug noch mal 125 zusätzliche Planstellen. Das ist wirklich eine große Unterstützung. Wir können damit den Bedarf für Hof decken. Wir können die personelle Ausstattung der neuen JVA in Passau vorbereiten. Wir haben es damit auch geschafft, dass wir das Personal im Krankenpflegedienst zumindest moderat aufstocken können.

Wir haben in diesem Bereich auch noch Verlängerungen, teilweise sogar Streichungen von 50 kw-Vermerken. Auch das ist ein ganz, ganz wichtiges Signal. Ich habe es gesagt: Jede Streichung eines kw-Vermerks bedeutet, dass die Stelle sicher und dauerhaft bei uns bleibt.

Wir bauen auch – und zwar wirklich viel. Man sieht an einer beeindruckenden Zahl auch, dass es so bleiben wird. Wir bekommen in dem Entwurf einen Mittelaufwuchs im Hochbaubereich – Dotierung der Anlage S – mit einer Steigerung um 60 % auf nunmehr 126 Millionen Euro. Wir machen diese Steigerung von 60 %, weil uns die Investitionen in diesem Bereich wichtig sind.

Wir bauen die JVA Hof natürlich fertig. Wir sind in Passau bei der Errichtung der "Kombi-Anstalt" auf einem guten Weg. Wir treiben auch die Planungen für den Neubau der JVA in Marktredwitz voran. Im nächsten Doppelhaushalt wollen wir mit dem Bau beginnen.

Auch bei den Gerichtsgebäuden investieren wir viel. Das Strafjustizzentrum in München wurde erwähnt. Wir bauen auch an anderen Orten in Bayern – ein Neubau eines Justizgebäudes in Schweinfurt, die Erweiterungs- und Sanierungsarbeiten in Aschaffenburg –, und wir vergessen auch die kleineren Gerichtsstandorte nicht. Wir können alles, was bereits begonnen ist, fortsetzen. Wir können auch die Planungen für weitere Projekte in der Fläche vorantreiben. Diese zusätzlichen Mittel für den Justizstandort Bayern sind wirklich ein gutes Signal.

Das Thema Digitalisierung ist ein großer Schwerpunkt; denn wenn die IT nicht funktioniert, funktioniert die Justiz nicht. Mir ist das Thema Digitalisierung auch persönlich ein sehr, sehr wichtiges Anliegen. Wir sind im letzten Jahr gut durch die Pandemie gekommen, weil wir in diesen Bereich gut aufgestellt sind, auch wenn wir noch einiges tun müssen. In der Spitze konnten im letzten Jahr bereits über 5.500 Justizmitarbeiterinnen und Justizmitarbeiter der allgemeinen Justiz ihre Aufgaben im Homeoffice erledigen. Wir sind bei der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs auf einem wirklich guten Weg. Nächstes Jahr soll die Nutzung des elektronischen Rechtsverkehrs für alle professionellen Verfahrensbeteiligten verpflichtend werden. Wir sind dabei, die Einführung der E-Akte vorzubereiten, und weiten hier die Zahl der Pilotgerichte aus, an denen dies getestet wird. Wir werden in diesem Jahr bereits mit der Regeleinführung der E-Akte bei den Landgerichten beginnen. Wir sind dabei, die Möglichkeiten für Videoverhandlungen und Videovernehmungen massiv auszubauen. Ich kenne auch die Lage in Deutschland gut: Wir sind im Bereich der Digitalisierung eines der führenden Länder in ganz Deutschland, sowohl hinsichtlich der Infrastruktur als auch hinsichtlich rechtspolitischer Initiativen.

Der Haushalt ist eine gute Grundlage, um all unsere Vorhaben weiter voranzubringen. Der Haushalt stärkt die bayerische Justiz. Wir haben es gehört: Ein starker Rechtsstaat braucht eine starke Justiz. Wir haben in Bayern einen starken Rechtsstaat. Wir haben eine starke Justiz. Die Justiz ist wichtig für die Sicherheit und die Freiheit der Menschen und auch für das Vertrauen der Menschen in den Staat. Dafür haben wir die notwendigen Mittel, wenn Sie das beschließen.

Zu meinen vielen rechtspolitischen Initiativen möchte ich heute nichts sagen. Ich habe diese alle Anfang des Jahres in einer schriftlichen Bilanz zusammengestellt und Ihnen zugeleitet.

Ich bitte Sie um Unterstützung für diesen Haushalt und bedanke mich bei dem für mich zuständigen Rechts- und Verfassungsausschuss, aber auch beim Hohen Haus für die Wertschätzung und Unterstützung der bayerischen Justiz.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Es gibt noch eine Zwischenbemerkung. Dazu hat sich Herr Kollege Toni Schuberl von den GRÜNEN gemeldet. Herr Schuberl, bitte.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Staatsminister, ich habe es in meiner Rede angesprochen: Wegen der Beschränkung der Besuchszeiten gibt es jetzt erweiterte Telefonzeiten und auch eine Skype-Möglichkeit. Hierzu gab es eine Petition, die 530 Inhaftierte allein aus der JVA Straubing eingereicht und unterstützt haben. Wie sieht Ihre Bilanz bezüglich dieser erweiterten Telefon- und Skype-Nutzung aus? Wie kann man dies in Zukunft auch bei normalen Besuchszeiten wieder kombiniert schaffen? Oder ist das aufgrund des Personals nicht machbar? Die Technik funktioniert offensichtlich. Hier scheint vieles möglich zu sein. Das würde mich interessieren.

Staatsminister Georg Eisenreich (Justiz): Wir haben jetzt in Corona-Zeiten die große Aufgabe, die Gesundheit und das Leben der Bediensteten, aber auch der Gefangenen zu schützen. Deswegen haben wir im letzten Jahr viele Sicherungsmaßnahmen einleiten müssen. Eine davon war, den Besuch insbesondere dann, wenn die Inzidenzzahlen hoch waren, einzuschränken. Wir haben uns aber immer bemüht, ausgleichende Maßnahmen zu ergreifen, weil wir natürlich auch möchten, dass der Kontakt der Gefangenen zu ihren Familien erhalten bleibt und dass die Sozialkontakte erhalten bleiben. Deswegen haben wir uns im letzten Jahr bemüht, die Telefonie und zum Teil auch die Videotelefonie auszubauen. Wir haben viel in die Infrastruktur investiert. Wir werden das am Ende bewerten. Ich kenne die Petition und die Argumente. Wir werden am Ende bewerten, ob bzw. in welcher Form wir dies fortführen. Dies ist aber noch nicht entschieden, sondern wir führen dann eine Evaluation durch, wie es funktioniert hat. Natürlich gibt es auch Sicherheitsthemen. Dies – das steht auch so in unseren Presseantworten – soll nicht dazu dienen, dass jemand seine Flucht plant oder die Möglichkeiten dazu benutzt, auf Opfer oder – im Rahmen von Gerichtsverhandlungen – auf Zeugen einzuwirken. Das muss man sich also gut überlegen, aber wir werden am Ende evaluieren und entscheiden, wie wir damit weitermachen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2021 für den Einzelplan 04, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/12759 mit 18/12763, 18/12794 mit 18/12802, 18/12887, 18/12943, 18/13028 mit 18/13032 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/14259. Der Einzelplan 04 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf der Drucksache 18/14259 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 04 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der FDP. Danke schön. – Gegenstimmen bitte ich ebenso anzuzeigen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die AfD, die SPD und der fraktionslose Abgeordnete Plenik. Danke schön. – Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Einzelplan 04 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 3)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU, die GRÜNEN, die FREIEN WÄHLER, die AFD, die SPD, die FDP und Herr Plenk (fraktionslos). – Ich denke, Sie sind auch daran interessiert, dass das Ministerium weiterarbeiten kann. Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen – Drucksache 18/14259 – weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13028 mit 18/13032 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 04 ist abgeschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Abstimmung
über eine Verfassungsverstöße und Anträge, die gemäß § 59 Abs.
7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 4)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 4)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Das ist der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Antrag der Abgeordneten
Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a.
und Fraktion (CSU),
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Horst Arnold, Klaus Adelt, Dr. Simone Strohmayr u. a. und Fraktion
(SPD),**

Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag
(Drs. 18/14608)

Eine Aussprache hierzu findet nicht statt. Wir kommen damit gleich zur Abstimmung. Auf eine Beratung des Antrags im federführenden Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration wurde übereinstimmend verzichtet.

Ich schlage vor, noch folgende Änderungen vorzunehmen: In § 2 wird zum einen das Wort "am" durch das Wort "zum" ersetzt und zum anderen die Angabe "23" in die Leerstelle eingefügt. Als Tag des Inkrafttretens wird somit der 23. März 2021 bestimmt.

Wer dem Antrag der Fraktionen von CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIEN WÄHLERN, SPD und FDP auf der Drucksache 18/14608 mit den soeben vorgeschlagenen Änderungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Damit ist diesem Antrag zugestimmt worden.

Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zum Staatsvertrag über die Planfeststellungen für die L 2310 neu / St 2315 Verlegung bei Collenberg (Ortsteil Kirschfurt) mit Neubau einer Mainbrücke im Zuge der Landestraße L 2310 neu auf baden-württembergischer und der Staatsstraße St 2315 auf bayerischer Seite (Landesstraße 2310 neu / VNK 6221 004 neu NNK 6621 005 neu Station 0+000 bis 0+156, St 2315 / Abschnitt 100 / Station 0,0 bis 1,0) und für den Ersatzneubau der Brücke über den Main bei Wertheim - Kreuzwertheim im Zuge der Kreisstraße MSP 32 auf bayerische und der L 2310 auf baden-württembergischer Seite (ASB-Nr. 6223 910/521) (MSP 32 / Abschnitt 100 / Station 152 bis Station 0 (Netzknoten 6223039 (Landesgrenze)), Landesstraße L 2310 von Station 0 bis Station 320) (Drs. 18/13621)
- Zweite Lesung -

Eine Aussprache findet hierzu nicht statt. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Staatsvertrag auf der Drucksache 18/13621 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr auf der Drucksache 18/14636 zugrunde. Gemäß § 58 der Geschäftsordnung kann die Abstimmung nur über den gesamten Staatsvertrag erfolgen. Der federführende Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr und der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfehlen beide einstimmig Zustimmung.

Wer dem Staatsvertrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dem Staatsvertrag zugestimmt worden.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zum Staatsvertrag über die Errichtung und den Betrieb des elektronischen Gesundheitsberuferegisters als gemeinsame Stelle der Länder zur Ausgabe elektronischer

**Heilberufs- und Berufsausweise sowie zur Herausgabe der
Komponenten zur Authentifizierung von
Leistungserbringerinstitutionen (eGBR-Staatsvertrag - eGBRStVtr)
(Drs. 18/14602)
- Erste Lesung -**

Auf Anregung der Staatsregierung sind die Fraktionen übereingekommen, auf eine Aussprache zu verzichten. Wir kommen damit gleich zur Verweisung. Ich schlage vor, den Staatsvertrag dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 9** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes und des
Bayerischen Hochschulpersonalgesetzes (Drs. 18/14196)
- Zweite Lesung -**

hierzu:

**Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig
Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
hier: Nachteilsausgleich bei der Zulassung für Studiengänge mit
besonderen Qualifikationsvoraussetzungen (Drs. 18/14635)**

und

**Änderungsantrag der Abgeordneten
Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Dr. Stephan
Oetzinger u. a. (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Hubert Faltermeier u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
(Drs. 18/14733)**

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 54 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Herrn Kollegen Prof. Dr. Winfried Bausback für die CSU-Fraktion das Wort.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das Corona-Eilgesetz – so heißt das Gesetz in Kurzform – ist ein wichtiger Schritt für unsere Hochschulen, für unsere Studentinnen und Studenten, für unsere Professorinnen und Professoren und für das wissenschaftliche Personal. Bevor ich auf die inhaltlichen Dinge eingehe, möchte ich allen Mitgliedern der bayerischen Hochschulen ganz herzlich Dank sagen.

Kolleginnen und Kollegen, hier im Haus wird niemand bestreiten, dass die Hochschulen, die Universitäten, die Hochschulen für angewandte Wissenschaften und die Kunsthochschulen in hervorragender Art und Weise auf die Herausforderungen des letzten Jahres reagiert, sich darauf eingestellt und Lehrformate entwickelt haben. Das ist an dieser Stelle einen Dank wert, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch eine persönliche Bitte an all diejenigen richten, die sich an der Diskussion beteiligen, weil dies schon in den vorangegangenen

Diskussionen ein Punkt war: Ja, die Studentinnen und Studenten haben es in dieser Zeit genauso wie die Dozentinnen und Dozenten schwer gehabt. Kolleginnen und Kollegen, wir haben aber auch erlebt, wie sich die Hochschulen auf diese Situation eingestellt haben. Kolleginnen und Kollegen, bitte reden wir die Absolventinnen und Absolventen dieser Jahrgänge, die jetzt ein Jahr Corona hinter sich haben und vielleicht noch ein drittes Semester Corona erleben werden, nicht schlecht! Das ist ganz wichtig.

Der ein oder andere Ausbildungsinhalt konnte nicht wie in normalen Zeiten vermittelt werden. Auf der anderen Seite hat man neue Lehrformate entwickelt. Die Absolventinnen und Absolventen der Jahrgänge, die jetzt an den Hochschulen sind, sind nicht schlechter qualifiziert als vorherige Jahrgänge. Davon bin ich überzeugt, das ist wichtig und das schulden wir diesen jungen Leuten. Sie bringen aus dieser Zeit vielleicht andere Qualifikationen mit, die zusätzlich von Wert sind. Sie sind genauso qualifiziert wie vorherige Jahrgänge. Wir sollten das auch in der Öffentlichkeit klarstellen und diese Jahrgänge nicht aufgrund der Einschränkungen schlechtreden oder als vermeintliche Corona-Jahrgänge bedauern. Das haben die jungen Leute wirklich nicht verdient!

Heute kommen wir zum Corona-Eilgesetz II. Wir vollziehen damit Sonderregelungen nach, die notwendig sind, damit Hochschulen mit der Situation besser zurechtkommen. Konkret geht es um die Möglichkeit elektronischer Fernprüfungen, mündlicher Doktorprüfungen und Verfahren mit Prüfungscharakter beim Hochschulzugang. Es geht um die Verlängerung der Regelung, wonach Corona-Semester nicht als Fachsemester zählen. Es geht um eine Fristverlängerung für den verspäteten Nachweis besonderer Zugangsvoraussetzungen für alle Studierenden, die zwischen dem Sommersemester 2019 und dem Sommersemester 2021 immatrikuliert wurden.

Kolleginnen und Kollegen, es geht um Dienstverhältnisse des wissenschaftlichen Personals, der Akademischen Rätinnen und Räte, aber auch – diese Diskussion haben wir im Ausschuss geführt – der Oberrätinnen und Oberräte, also der früheren Oberassistentinnen und Oberassistenten, sowie der Juniorprofessorinnen und -professoren in der ersten und letztlich auch in der zweiten Qualifikationsphase, die in ihren Qualifikationsmöglichkeiten, beispielsweise bei der Nutzung von Forschungseinrichtungen oder Ähnlichem, eingeschränkt sind.

Kolleginnen und Kollegen, zugegebenermaßen wurde der Änderungsantrag auf der Drucksache 18/14733 relativ kurzfristig gestellt. Ich bedanke mich ausdrücklich bei den anderen Fraktionen dafür, dass die Beratung heute möglich ist. Mir persönlich wie auch den Kolleginnen und Kollegen ist ein Bereich wichtig, der in der bisherigen Diskussion im Ausschuss nicht so präsent gewesen ist. Wir haben nicht nur die Juniorprofessur, sondern auch die Tenure-Track-Professur bei den W2-Professorinnen und Professoren. Das heißt: Das sind befristete Stellen, grundsätzlich für eine Dauer von sechs Jahren in normalen Zeiten. Nach diesen sechs Jahren entscheidet die Hochschule, ob die Stelle entfristet und als W3-Professur weitergeführt wird oder ob das Dienstverhältnis beendet wird.

Das sind keine normalen Professorinnen und Professoren, sondern das sind Stellen – so hat es mir der Präsident der TU München erläutert –, mit denen wir internationale Nachwuchskräfte gewinnen, junge Leute, die zum Beispiel aus dem anglo-amerikanischen Bereich oder aus asiatischen Ländern kommen und mit dem Begriff des Juniorprofessors nicht viel anfangen können. Für sie spielt der Associate Professor eine Rolle. Diese Leute sind heute genauso wie unsere Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren durch Corona dahin gehend beeinträchtigt, dass manche Forschungen in dieser Zeit erschwert sind, indem Laborzeiten begrenzt sind oder indem Zugänge zu Diskussionen begrenzt sind.

Deshalb möchten wir mit unserem Änderungsantrag gerne erreichen, dass wir diese Leute miteinbeziehen, wenn wir für die Hochschulen die Möglichkeit schaffen, diese Dienstverhältnisse um ein Jahr zu verlängern. Wir sind nämlich der Auffassung, dass diese jungen Leute – so sagt es mir der TU-Präsident, der Kontakt mit den anderen Universitäten hat – auch in diesem Bereich – in der Mehrzahl sind es sogar Frauen, die davon betroffen sind – die Möglichkeit bekommen sollen, mit ihrem Einverständnis und dem Einverständnis der jeweiligen Universität ihre Zeit um ein Jahr zu verlängern, damit sie am Ende, wenn sie beispielsweise von einem internationalen Berufungsgremium beurteilt werden, auch die Chancen haben, die vorhergehende Jahrgänge hatten, und nicht den Makel angehängt bekommen, sie seien wegen Corona scheinbar nicht genauso intensiv begutachtet worden.

Ich bedanke mich auch sehr bei den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen, dass es möglich war, diesen Antrag heute noch einzubringen, und bitte um Zustimmung. Ich bedanke mich bei den Kolleginnen und Kollegen auch dafür, dass sie im Vorfeld Zustimmung signalisiert haben. Ich hoffe, Herr Kollege Halbleib, es hat sich jetzt nichts verändert. Jedenfalls haben wir uns gefreut, dass das möglich ist. Vielen Dank dafür.

Den Änderungsantrag der GRÜNEN, Frau Kollegin Osgyan, haben wir uns sehr intensiv, auch heute noch einmal gemeinsam, angeschaut. Wir haben Sympathie für das Anliegen, das Sie in diesem Antrag äußern, aber fachlich gesehen hat uns heute die Darstellung der Staatsregierung überzeugt, dass die Maßnahme zum Teil nicht notwendig ist und zum Teil dem Anliegen damit nicht gedient ist. Deshalb werden wir den Änderungsantrag aus fachlichen Gründen an der Stelle ablehnen.

Aber ich sage gleich dazu: Was zum Beispiel diese Sporteignungsprüfungen angeht, werden wir uns ausdrücklich die Einzelfälle anschauen, wenn es da Schwierigkeiten geben sollte. Das Ministerium sagt, ihm seien keine Schwierigkeiten bekannt. Aber wenn diese Sporteignungsprüfungen stattgefunden haben und zum Beispiel die Möglichkeit der Vorbereitung durch geschlossene Sporthallen an der einen oder anderen Stelle doch erschwert war, haben wir die Zusage, dass diese Fälle auch seitens des Hauses sehr genau angeschaut werden und nach Lösungen gesucht wird. Herr Staatsminister, dafür herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Kolleginnen und Kollegen, auf zwei Dinge möchte ich jetzt zum Abschluss noch kurz eingehen. Den Inhalt habe ich Ihnen kurz dargelegt. Ich bin mir sicher, dass die Kolleginnen und Kollegen der Oppositionsfraktionen gleich darauf hinweisen werden, dass dieses Gesetz viel zu spät kommt.

(Zuruf)

Ich bin mir sicher, dass sich Herr Staatsminister Sibler sehr gerne früher mit diesem Gesetz in den Landtag begeben hätte. Es ist jedenfalls wichtig und richtig, dass wir heute hier zu dem Abschluss kommen, weil es für die Studentinnen und Studenten wichtig ist. Dass das Gesetz kommt, war schon klar kommuniziert. Man muss auch sagen, Kolleginnen und Kollegen: Dass Bayern jetzt Regelungen für das verbeamtete wissenschaftliche Personal schafft, ist nicht selbstverständlich. Es gibt viele Länder in der Bundesrepublik Deutschland, die da noch keine Regelung geschaffen haben. Ich bin überzeugt davon, dass es richtig und notwendig ist, das durch ein Gesetz zu regeln,

(Zuruf)

weil andernfalls die Rechtssicherheit nicht gegeben wäre. Ich meine, dass es richtig und wichtig ist, dass wir jetzt zu dieser Regelung kommen.

Ein Zweites möchte ich noch kurz ansprechen, weil das wahrscheinlich von Ihrer Seite, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Opposition, auch angesprochen wird. Gegenstand der heutigen Debatte ist nicht das Hochschulinnovationsgesetz. Aber, Kolleginnen und Kollegen, weil das in den vergangenen Diskussionen um das Corona-Eilgesetz immer Thema war: Gerade die jetzige Zeit zeigt uns, wie wichtig Forschung und Lehre für unser Land, für Europa und für das Bestehen unserer Gesellschaft in der Herausforderung dieser Pandemie sind.

Kolleginnen und Kollegen, ohne Forschung, ohne die Wissenschaft würden wir die Corona-Krise in Deutschland nicht bewältigen. Ohne die Naturwissenschaftler, ohne die Mikrobiologen und ohne die Biotechniker könnten wir wahrscheinlich keinen Impfstoff bekommen. Ohne die Philosophen und ohne die Wirtschaftswissenschaftler könnten wir die Diskussionen, die notwendig sind bei der großen gesellschaftlichen Spannung, nicht führen.

Kolleginnen und Kollegen, deshalb ist es wichtig, dass wir auch die Strukturen der Hochschulen in den Blick nehmen. Das muss über den Bereich dieses Corona-Eilgesetzes hinaus gehen. Wenn wir uns heute die Forschungslandschaft anschauen, dann stellen wir fest, wir haben in den Naturwissenschaften eine ganz andere Situation als in den Geisteswissenschaften. Frau Osgyan durfte ja zusammen mit mir den Herrn Staatsminister bei der Delegationsreise am Anfang der Legislaturperiode begleiten. Wenn wir anschauen, was die anglo-amerikanischen und kanadischen Universitäten, die wir besucht haben, in den Naturwissenschaften an Mitteln zur Verfügung haben, dann wird klar, dass es ohne die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit Privaten in diesem Forschungsbereich kein weiteres Forschen auf dem Stand der anderen Nationen geben kann. Das müssen wir vermeiden. Wir müssen die Unabhängigkeit dieser Forschung genauso sicherstellen wie die Forschung in den geisteswissenschaftlichen Bereichen. Diese Diskussion werden wir bei dem Corona-Eilgesetz nicht führen. Das ist Aufgabe der Diskussion, die wir dann führen, wenn das Wissenschaftsministerium den Vorschlag für das Hochschulinnovationsgesetz vorlegt. Ich freue mich auf diese Diskussion und bedanke mich für die konstruktive Diskussion, die wir über das vorliegende Gesetz führen durften. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Prof. Bausback, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich dem Abgeordneten Ulrich Singer für die AfD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Ulrich Singer (AfD): Herr Kollege Prof. Bausback, es soll jetzt verstärkt wieder auf Online-Prüfungen gesetzt werden. Da stellt sich für mich die Frage: Wie können die verifiziert werden? Wie kann sichergestellt werden, dass Unterschleif tatsächlich verhindert wird? Wie kann sichergestellt werden, dass die Online-Prüfungen gleichwertig sind? Das gilt auch, wenn zum Beispiel Doktoranden geprüft werden sollen. Finden Sie nicht, dass da die besondere Würde einer persönlichen Prüfung vor Ort wichtig und schöner wäre? Es sind diese drei Punkte, nämlich möglicher Unterschleif, Gleichwertigkeit der Online-Prüfung sowie die besondere Würde in so einer Prüfungssituation, die eine persönliche Prüfung wünschenswert erscheinen lassen.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege Singer, natürlich haben Präsenzprüfungen immer einen besonderen Charakter. Natürlich haben auch Doktorprüfungen in Präsenz, egal ob Sie eine Disputation oder ein Rigorosum haben, eine besondere Bedeutung. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie ich meine Prüfung in Würzburg in einem alten Fakultätssaal unter dem Bild einer Kindsmörderin abgelegt habe. So etwas vergisst man nicht. Aber, Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns doch alle einig: Es geht nicht an, dass ein Doktorand, nur weil wir

sagen, dass es nicht gleichwertig würdig ist, vielleicht ein Jahr oder vielleicht auch nur einen Monat warten muss in der Anspannungsphase. Der hat drei Jahre an seiner Arbeit gesessen, und dann soll er warten, weil wir sagen, das ist unwürdig? Wir sind im 21. Jahrhundert, Herr Kollege. Ich bin überzeugt davon: Man kann eine Doktorprüfung sehr professionell mit einer gewissen, vielleicht nicht der gleichen, Würde, sicherlich ohne Kindsmörderin im Hintergrund, gut gestalten.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Das sollten wir auch tun, weil es im Interesse der Doktorandinnen und Doktoranden ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Verena Osgyan für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Verena Osgyan (GRÜNE): Herr Präsident, Herr Staatsminister, Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir sind uns hier nahezu alle einig, dass unsere Hochschulen und Universitäten in jetzt mittlerweile drei Semestern Pandemie Großartiges geleistet haben und dass auch unsere Studierenden keineswegs Studierende zweiter Klasse sind, sondern ebenfalls Großartiges geleistet haben. Die meisten haben ihr Studium nicht nur unter widrigen Bedingungen fortgeführt, sondern werden auch weiterhin großartige Ergebnisse erzielen.

Nichtsdestoweniger haben mich und wahrscheinlich viele von Ihnen in den vergangenen Wochen und Monaten zahlreiche Zuschriften von Studierenden erreicht, die unter Zukunftsängsten leiden und die nicht wissen, wie es mit ihrem Studium weitergeht. Sie beschwerten sich darüber, dass sie jetzt die Wahl haben, unter Pandemiebedingungen mit 500 Personen in einem Zelt eine Prüfung abzulegen oder aber die Prüfung nicht anzutreten und dann keine Rechtssicherheit zu haben, dass die Regelstudienzeit im Wintersemester wie im letzten Sommersemester ausgesetzt wird.

Wir haben bereits im letzten Frühjahr als GRÜNE gefordert, dass die Regelstudienzeit verlängert wird. Ich muss mich ausdrücklich bedanken, dass die Staatsregierung und die Mehrheitsfraktionen, wenn auch sehr spät, diesem Vorschlag gefolgt sind, nachdem es am Anfang geheißen hatte, das ginge nicht so einfach. Dann ging es doch, und es war ein sehr positives Signal für unsere Studierenden, die so Rechtssicherheit und einen Nachteilsausgleich für diese Zeit bekommen haben, die gerade für die Studierenden in keiner Weise planbar war. So weit, so gut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man musste keine Hellseherin sein, um schon im letzten Sommer eine zweite Welle und eine dritte Welle jetzt im Winter vorherzusehen. Wir haben bereits im Juli angemahnt: Wie sieht es denn mit einem Plan B aus, wenn weiterhin digitale Prüfungen abgelegt werden müssen? Könnte man den Nachteilsausgleich des Sommersemesters nicht gleich fürs Wintersemester weiterführen? – Dann ist erst einmal sehr lange nichts passiert. Im dritten Corona-Semester, in dem wir uns jetzt mehr oder weniger befinden, ist die Sachlage nicht wesentlich anders als im Sommer. Wir stehen jetzt hier und beschließen einen Nachteilsausgleich, der im Prinzip rückwirkend fürs Wintersemester gilt, dessen Prüfungen eigentlich schon abgelegt sind. Das hätte einfach nicht sein müssen. Das hätte man wirklich früher angehen können.

Wir haben dazu im November im Ausschuss einen Antrag gestellt. Da hieß es, die Sache sei in Arbeit. Auf der Website des Staatsministeriums haben wir in einer Randnotiz gelesen, das Gesetz sei in Vorbereitung. Dann war es drei, vier, fünf Monate in Vorbereitung. Derweil kamen die Zuschriften der Studierenden: Was ist denn jetzt? Haben wir Rechtssicherheit? – Macht euch keine Gedanken, das Gesetz wird kommen. – Aber Rechtssicherheit ist etwas anderes.

Die negativen Auswirkungen der Pandemie gering zu halten, muss unser aller Ziel sein. Deswegen begrüßen wir den jetzt auf dem Tisch liegenden Gesetzentwurf ausdrücklich, auch wenn damit unser Antrag vom 13. November 2020 mit dem Titel "Bayerns Hochschulen im zweiten Corona-Semester – Entlastungen frühzeitig angehen" nicht eingelöst werden konnte. Die Dinge frühzeitig mit Voraussicht anzugehen, war der Staatsregierung auch zehn Monate nach Beginn der Pandemie offensichtlich nicht möglich.

Jetzt stehen wir hier und müssen ein Gesetz im Eilverfahren durchbringen. Das Eilverfahren wäre so wirklich nicht notwendig gewesen. Es bringt ein einziges Durcheinander mit sich, was die Behandlung von Änderungsanträgen betrifft. Das muss man jetzt einfach so sagen. Das ist kein sauberes demokratisches Verfahren, wenn wir zweieinhalb Wochen Zeit haben für die Erste Lesung, die Ausschussberatungen, die Zweite Lesung und dafür, Änderungsanträge in einem geordneten Verfahren durch die Fraktionen zu bringen.

Auf diese Weise ein Gesetz mit tiefgreifenden Auswirkungen vernünftig zu prüfen, ist schlechterdings fast unmöglich. Das ist nicht nur demokratietheoretisch ein Problem, sondern hat auch den Nachteil, dass handwerkliche Mängel im Gesetz enthalten sind, die jetzt auf den letzten Drücker noch mit Änderungsanträgen geheilt werden sollen. Das haben wir in einer gemeinsamen Anstrengung der Fraktionen auf den Weg gebracht. Dass ein Änderungsantrag der Kolleginnen und Kollegen von FREIEN WÄHLERN und CSU bestimmte Personengruppen in den Blick nimmt, die schlichtweg vergessen wurden, wie beispielsweise Akademische Oberärztinnen und Oberärzte oder Tenure-Track-Professorinnen und -Professoren, und dass dieser Punkt 24 Stunden vor der Zweiten Lesung eingebracht werden muss, das sagt eigentlich schon alles.

Auch nachdem wir das bereits im November beantragt hatten, ist es der Staatsregierung begrüßenswerterweise aufgefallen, dass neben den Studierenden auch befristet Beschäftigte in den Blick genommen werden sollten. Das wird nun hoffentlich noch in großen Teilen abgedeckt; denn angesichts des Eilverfahrens kann ich nicht dafür garantieren, dass es nicht Personengruppen gibt, die jetzt noch durchgeschlüpft sind.

An der Stelle möchte ich auch noch einmal ganz ausdrücklich an die Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfraktion CSU, aber auch an die SPD appellieren: Machen Sie alles, was Sie können, und setzen Sie sich bei der Bundesregierung dafür ein, dass man im Wissenschaftszeitvertragsgesetz, das jetzt die Verlängerung des Beschäftigungsverhältnisses befristet Beschäftigter um sechs Monate vorsieht, noch einmal sechs Monate dranhängt; denn die Pandemie wird noch länger als ein drittes Semester andauern. Bei der so schleppend vorangehenden Impfkampagne werden wir im Herbst immer noch darüber nachdenken müssen, wie der Nachteilsausgleich zu handhaben ist. An der Stelle brauchen wir auch die Bundesebene. Auch wenn es jetzt natürlich recht gut ist, dass den befristet Beschäftigten auf Landesebene geholfen werden kann, ist die Mehrheit vom Wissenschaftszeitvertragsgesetz betroffen, und da können wir im Landtag im Prinzip gar nichts ändern. Deswegen sehen wir hier noch einmal großen Handlungsbedarf.

Im Änderungsantrag von uns GRÜNEN geht es darum, besondere Qualifikationsvoraussetzungen und Eingangsprüfungen vor allem für den Sport und für künstlerische

sche Studiengänge noch einmal genauer zu betrachten. Dass dieser Änderungsantrag abgelehnt wird, finde ich recht schade; denn wir sind darüber gestolpert, dass jetzt im Gesetz davon die Rede ist, nach drei Semestern solle automatisch eine Exmatrikulation erfolgen, wenn eine Eingangsprüfung nicht erfolgreich abgelegt werden kann. Uns wurde zwar gesagt, das wäre im Prinzip eigentlich nie der Fall gewesen. Allein Zuschriften an uns deuten darauf hin, dass es zumindest in Einzelfällen doch anders war, und vielleicht waren es nicht nur Einzelfälle. Wenn es um Nachteilsausgleich geht, schreibt man doch nicht die Exmatrikulation ins Gesetz. Ich hätte mir gewünscht, dass man da einen anderen Rechtsrahmen findet.

Ich vermute, dass der Änderungsantrag abgelehnt wird. Dann können wir nur darauf bauen, dass die Zusicherungen vonseiten der CSU, der FREIEN WÄHLER und der Staatsregierung eingehalten werden, dem noch einmal nachzugehen und auf untergesetzlicher Ebene zu prüfen, was man tun und wie man einen Nachteilsausgleich finden kann. Dies betrifft die schon genannten Sportstudierenden, die vielleicht versucht haben, die Eingangsprüfungen zu absolvieren; sie konnten diese aber aufgrund fehlender Trainingsmöglichkeiten im Prinzip nicht so leisten, wie es unter normalen Bedingungen möglich gewesen wäre. Hier bauen wir auf Ihre Zusage, und da werden wir auf jeden Fall noch einmal ganz genau hinschauen müssen. Ich bin trotzdem nicht überzeugt, dass das Problem damit gelöst ist.

Was soll man zu dem Ganzen noch sagen? – Das Gesetzgebungsverfahren war wirklich ein Versagen mit Anlauf. Herr Staatsminister, wenn ich es mir anschau, kommt es mir so vor, als hätten Sie wie ein Studierender gehandelt, der seine Hausarbeit in der letzten Nacht geschrieben hat; die Hälfte fehlt, bei anderen Dingen gibt es handwerkliche Schnitzer. Auch dem Text sieht man an, dass er mit heißer Nadel gestrickt wurde. Das musste einfach nicht sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe den Eindruck, dass die Söder-Regierung mehr damit beschäftigt war, in Corona-Zeiten zu versuchen, eine große Hochschulreform mit vielleicht hehren Zielen durchzudrücken. Aber die Frage stellt sich: Muss man in diesen Zeiten auch noch versuchen, gegen den Willen vieler Hochschulangehöriger eine Strukturreform durchzudrücken, von der noch gar nicht absehbar ist, welche Auswirkungen sie hat und welcher Zeitplan sich aus ihr ergibt? – Auch das haben wir nachgefragt. Muss das wirklich sein, und muss man im Prinzip dringende und wirklich wichtige Gesetzgebungsvorhaben wie den Nachteilsausgleich deswegen schieben? – Das ist keine vorausschauende Politik. Vielmehr sollte man sich überlegen: Was ist dringlich und eilig? Was muss man mit Ruhe und langfristig angehen?

Ich wage zu prophezeien, dass es wie mit vielem Ihrer Ankündigungspolitik gehen wird: Die groß angekündigte Hochschulreform, von der jetzt offenbar schon viel abgeschichtet wurde, wird allenfalls ein Reförmchen. Ich glaube auch nicht, dass sie vor dem nächsten Herbst kommt, wenn dieses Gesetz eigentlich schon wieder abgelaufen ist in der Hoffnung, dass dann ein neues Gesetz kommt. Das wird nicht passieren. Wir werden diesen Nachteilsausgleich weiter verlängern müssen. Das finde ich wirklich sehr schade, weil es unnötig ist.

Meine Damen und Herren, unter dem Motto "Lieber spät als nie" werden wir dem Gesetz im Sinne unserer Studierenden zustimmen, die jetzt wenigstens nachträglich und dann auch fürs Sommersemester Rechtssicherheit bekommen. Das ist schon mal ein Fortschritt, dass zumindest ein Semester nach vorne gedacht wird. Aber ich wünsche mir wirklich, dass dieses sehr unschöne Eilverfahren nicht für zukünftige Gesetzgebungsverfahren Schule macht, weil es wirklich ein Unding ist. Wir sollten uns so etwas wirklich für absolute Ausnahmefälle vorbehalten. Sie merken auch: Wir gehen da konstruktiv rein. Wir gehen bei allem mit, weil es einfach sein muss. Aber mit den Erfahrungen aus über einem Jahr Pandemie muss es ei-

gentlich möglich sein, so etwas das nächste Mal mit Ruhe und Voraussicht anzugehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Kerstin Radler für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Kerstin Radler (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Pandemie stellt uns alle, aber insbesondere die bayerischen Hochschulen, das Hochschulpersonal und ganz besonders auch die Studierenden vor große Herausforderungen. Mit dem vorliegenden Corona-Eilgesetz sowie den Änderungsanträgen, die uns vorliegen, möchten wir dieser besonderen Situation Rechnung tragen.

Wir haben es heute schon gehört, ich möchte es trotzdem noch einmal kurz zusammenfassen: Es geht im Gesetzentwurf vor allem darum, die bereits im vergangenen Herbst eingeleiteten Maßnahmen zu verlängern und sie dort, wo es nötig ist, anzupassen und auszuweiten, beispielsweise im Bereich der elektronischen Fernprüfungen, die nun auch auf Hochschulzugangsverfahren und mündliche Promotionsprüfungen ausgeweitet werden. Entscheidend ist, dass das Wintersemester 2020/21 und das Sommersemester 2021 in Bezug auf die Prüfungsordnungen nicht als Fachsemester gelten und die individuelle Regelstudienzeit verlängert wird. Hiermit können wir die Studierenden deutlich entlasten, nicht nur was die abzuleistenden Prüfungen angeht, sondern vor allem auch was die finanzielle Situation hinsichtlich der BAföG-Förderungen betrifft.

Frau Kollegin Osgyan, ich bin davon überzeugt, dass wir keine weitere Verlängerung mehr brauchen, dass die nicht nötig sein wird. Wir hatten ja im Ausschuss auch darüber gesprochen, dass eine weitere Verlängerung in die Hochschulautonomie eingreifen würde. Ich bin davon überzeugt, dass wir spätestens im Herbst eine Hochschulnovelle vorliegen haben werden, die dann für das nächste Wintersemester greifen wird.

Zentral ist ebenso, dass für verschiedene Gruppen des wissenschaftlichen Mittelbaus und der Nachwuchskräfte, nämlich für die Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren, für die nunmehr in dem Änderungsantrag enthaltenen Tenure-Track-Professorinnen und -Professoren sowie für die im alten Entwurf enthaltenen Akademischen Rätinnen und Räte, die Möglichkeit geschaffen wird, Dienstverhältnisse um bis zu zwölf Monate über die maximalen Zeiträume im Hochschulpersonalgesetz hinaus zu verlängern.

Dies alles ist sinnvoll. Ich denke, wir haben nunmehr auch den Personenkreis umfasst, der tatsächlich von den Verhältnissen und den Nachteilen der Pandemie betroffen ist. All das sind mögliche Maßnahmen, Chancengerechtigkeit auch unter den herrschenden Pandemiebedingungen sicherzustellen. Das begrüßen wir. Ich denke, wir alle wollen das und ziehen hier an einem Strang.

Sicherlich hätte sich die Staatsregierung nicht ganz so viel Zeit lassen sollen, um den Betroffenen schneller und nicht erst rückwirkend Sicherheit zu geben. Eine frühere Auseinandersetzung mit den im Gesetzentwurf enthaltenen Maßnahmen hätte ich mir persönlich auch gewünscht. Ich verstehe, dass das von der Opposition kritisiert wird. Aber wir sind uns alle einig, dass es sich dennoch alles in allem um durchweg positive und begrüßenswerte Maßnahmen handelt, die wir alle unterstützen sollten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen, dass weder den Studierenden noch dem Personal an den Hochschulen aus den Einschränkungen durch die Corona-Pandemie Nachteile entstehen. Mit dem hier vorliegenden Gesetz erfolgt dies für Studium und Lehre auf rechtssicherem Weg.

Den Änderungsantrag der GRÜNEN werden wir nach den heutigen Besprechungen und Auskünften des Ministeriums ablehnen müssen, da dieser in der vorliegenden Form nicht nötig und nicht zielführend ist, wenn es darum geht – und das ist meines Erachtens auch entscheidend –, dem Gleichbehandlungsgrundsatz Genüge zu tun. Was Eignungsprüfungen an den Kunsthochschulen angeht, spielt dies nach den erhaltenen Informationen von heute in der Früh ohnehin keine große Rolle.

Eine Sondersituation gibt es – das ist richtig – bei den Sporeignungsprüfungen. Ich denke aber, dass wir da heute in der Früh schon glaubwürdig signalisiert haben, dass im Einzelfall Prüfungen erfolgen werden, insbesondere was die problematischen Indoor-Prüfungen anbelangt. Der Vorsitzende des Wissenschaftsausschusses, der Kollege Brannekämper, hat es so schön gesagt: Man kann die Schwimmübungen nicht in der Badewanne machen, und die Schwimmbäder waren geschlossen. Insofern werden wir da sicherlich auch Lösungen finden, wenn die Probleme gegebenenfalls im Wissenschaftsausschuss durch Petitionen an uns herangetragen werden. Da können Sie mich dann auch beim Wort nehmen.

Mir persönlich ist es außerdem noch ein großes Anliegen, dass wir uns nun ganz unabhängig von dem vorliegenden Gesetzentwurf und auch außerhalb des regulären parlamentarischen Betriebs, ganz einfach mal menschlich gesehen, noch einmal eingehender mit der sozialen Lage der Studierenden beschäftigen. Viele Studierende sind weit von ihrem Heimatort entfernt, vielleicht ganz neu in einer Stadt, haben vielleicht noch keine oder nicht viele Kontakte geknüpft und sind nun durch die sozialen Einschränkungen an einem neuen Wohnort ganz besonders betroffen. Wir müssen meines Erachtens auch die sozialen und psychischen Belastungen von Kindern und Jugendlichen verstärkt in den Blick nehmen. Wir sollten hier mit den Jugendlichen und Studenten vor Ort ins Gespräch kommen und ihnen die nötige Unterstützung in der belastenden Pandemiesituation zukommen lassen.

Der Kollege Bausback hat es an den Anfang seiner Ausführungen gestellt, ich möchte es an den Schluss stellen: Unseren besonderen Dank möchten wir den Hochschulen sagen, und zwar all den Mitwirkenden, weil sie es in den vergangenen Monaten wirklich in kürzester Zeit geschafft haben, verschiedene Maßnahmen zu ergreifen, um den Studierenden die gleichwertigen Chancen zu geben, die sie ohne die Pandemie gehabt hätten. Ich möchte ganz herzlich dafür danken, dass dies so hervorragend gemeistert wurde. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Jetzt erteile ich dem Abgeordneten Ulrich Singer von der AfD-Fraktion das Wort. – Bitte.

Ulrich Singer (AfD): Frau Kollegin Radler, der Kollege Bausback ist leider auf einen Teil meiner Frage nicht eingegangen. Deswegen möchte ich die Chance ergreifen und Sie fragen: Es ist ja eine Sache, wenn man versucht, die Lehre online durchzuführen. Es ist aber eine ganz andere Sache, auch Prüfungen online noch weiter zu etablieren. Online-Prüfungen sind mit einem erheblichen Betrugspotenzial verbunden. Hier ist Unterschleif in einer ganz anderen Form möglich, als wir das bisher kannten. Mich würde interessieren, wie das verifiziert wird. Wie soll ganz konkret sichergestellt werden, dass diese Form von Unterschleif bei Online-Prüfun-

gen nicht stattfindet und nicht stattfinden kann? Ich sehe das als einen wirklich problematischen Teil des neuen Gesetzes, dass man in diesem Maße auf Online-Prüfungen setzen möchte.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte schön, Frau Kollegin.

Kerstin Radler (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Singer, ich sehe das ganz anders als Sie. Sie gehen davon aus, dass Studierende grundsätzlich der Auffassung sind, Prüfungen mit Unterschleif zu begegnen.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

– Nein, das drücken Sie damit aus. Das ist Ihre Meinung. – Ich glaube, dass die Studierenden mit den gegebenen Umständen und auch mit der Prüfungssituation sehr gut umgehen. Ich glaube, dass man Online-Prüfungen denselben Wert zuschreiben kann wie vor Ort abgehaltenen Präsenzprüfungen. Das ist meine Einschätzung dazu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. Das war es. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Ulrich Singer für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Ulrich Singer (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Auch die AfD-Fraktion schließt sich dem Dank meiner Vorredner an. Wir alle sind uns einig: Die Studenten, die Professoren und unsere Hochschulen haben in den vergangenen Monaten wirklich Großartiges geleistet. Sie haben es geschafft bzw. sich zumindest bemüht, mit den von der Staatsregierung verordneten Corona-Maßnahmen so gut wie möglich umzugehen. Darauf können wir wirklich stolz sein.

Es war nicht immer leicht, zumal man schon wieder ein ganzes Semester, das Wintersemester, ohne klare gesetzliche Regelung irgendwie durchhalten musste. Das Wintersemester 2020/2021 ist in sage und schreibe acht Tagen beendet, und wir sollen hier schnell, im Hauruckverfahren, noch über einen Gesetzentwurf beraten, der unter anderem die rechtlichen Rahmenbedingungen für eben jenes auslaufende Wintersemester an den bayerischen Hochschulen festlegen soll.

Liebe Kollegen, das ist doch hochgradig absurd, zumal die Studenten das gesamte Wintersemester in Unsicherheit und ohne klare Rechtslage studieren mussten. Sie von der Regierungskoalition können froh sein, dass auch die AfD-Fraktion einer Eilbehandlung dieses Gesetzentwurfs zugestimmt hat. Sonst würde sich die Beschlussfassung sogar über das Wintersemesterende hinaus verzögern, und das abenteuerlich zusammengeschusterte Gesetz könnte heute nicht beschlossen werden.

(Beifall bei der AfD)

Sogar noch heute Mittag, kurz vor der Plenarsitzung, wurde ein weiterer Änderungsantrag nachgeschoben. Die Koalition hat nämlich alle paar Tage neue Lücken und weiteren Anpassungsbedarf bei diesem Flickwerk entdeckt.

Aus Sorge um unsere Studenten an den Hochschulen haben wir von der AfD der parlamentarischen Behandlung in dieser Sitzung zugestimmt, sodass heute zumindest die rechtlichen Grundlagen beschlossen werden können für ein Semester, das

sich dem Ende zuneigt. Damit kommen wir, wenn auch sozusagen im Nachgang, so schnell wie möglich zu Klarheit.

Geschätzte Kollegen, das bedeutet nicht, dass wir mit diesem Gesetzentwurf auch inhaltlich einverstanden wären. Für die vom Minister so genannte zeitliche Verzögerung ist ausschließlich die mangelnde Planung seines Ministeriums verantwortlich und niemand sonst.

(Beifall bei der AfD)

Geschätzte Kollegen, um es ganz klar zu sagen: Wir sind hier nicht der Reparaturbetrieb für ein unfähiges Ministerium, das bereits im September letzten Jahres hätte aktiv werden und einen ausgereiften Gesetzentwurf hätte vorlegen müssen; denn das aktuelle, von staatlich verordneten Corona-Maßnahmen durchzogene Wintersemester kam doch nicht unerwartet.

Inhaltlich überschneidet sich dieses Gesetzesremake zudem sehr, sehr stark mit dem Original, das wir letztes Jahr hatten. Aus Angst vor Ansteckung mit dem Coronavirus werden Studenten weiterhin von den Unis ausgesperrt. Wenn dieses Agieren noch für ein paar Semester beibehalten wird, dann wird das einst gelobte Studium generale endgültig in ein präsenzloses, virtuelles Studium minimale verwandelt werden.

Zur Etablierung von Online-Prüfungen: Frau Kollegin Radler, was für eine Unterstellung! Ich habe nie behauptet, dass unsere Studenten dabei den Unterschleif suchen würden. Um Gottes willen; das sage ich nicht. Die meisten Studenten sind ehrlich. Ich habe aber wiederholt den Kollegen Bausback und Sie gefragt, wie Sie mit dem hohen Betrugsrisiko, das mit Online-Prüfungen verbunden ist, umgehen wollen. Sie konnten mir beide keine Antwort geben. Wir haben einfach eine Gefahr von Unterschleif, die bei einer Online-Prüfung wesentlich höher ist als bei einer Präsenzprüfung. Sie öffnen denjenigen Studenten, die sich unlauter verhalten, Tür und Tor. Ich unterstelle in keiner Weise, dass es die Mehrheit wäre; es sind Einzelfälle. Aber gerade dort muss man genau hinschauen. Sie haben keine Antwort bieten können. Beide Kollegen, die ich fragte, standen hier und konnten darauf keine Antwort geben.

Im Entwurf wird sogar eine Verlängerung des Ausnahmezustands – mindestens bis in das Sommersemester 2021 hinein – angekündigt. Damit wird für uns, die AfD-Fraktion, eine rote Linie überschritten. Das wäre nämlich für viele Studenten das dritte Semester ohne Hörsaal, ohne Seminare, ohne Exkursionen, ohne Geländeübungen, ohne Kommilitonen und damit ohne die übliche Chance, sowohl menschlich als auch intellektuell heranzureifen.

Die Sorgen der Corona-Jahrgänge wegen mangelnder Akzeptanz ihres defizitären Studiums durch den künftigen Arbeitgeber sind meines Erachtens nicht unbegründet. Herr Kollege Prof. Bausback, an dieser Stelle widerspreche ich Ihnen mit Ihrem Optimismus. Hier kann wirklich eine verlorene Studentengeneration heranwachsen, wenn wir nicht endlich anfangen, umzusteuern.

Wahrscheinlich planen Sie schon das nächste digitale Semester, ab Oktober 2021. Das wäre dann das vierte Semester dieser Art in Folge im Lockdown.

Kollege Dr. Heubisch von der FDP-Fraktion hat jedenfalls in den Ausschussberatungen schon laut darüber nachgedacht, dass man das kommende Wintersemester gleich mitregeln könnte. Dabei hat er offensichtlich vergessen, wofür das "F" im Parteinamen seiner angeblich Freien Demokraten steht. Hatten wir inzwischen nicht genügend Zeit, umfangreiche Hygienekonzepte zu entwickeln, um wieder eine Präsenzlehre zu ermöglichen? Gehört zur Freiheit der Lehre und der For-

schung denn nicht auch die Freiheit eines Dozenten oder Studenten, autark zu entscheiden, ob er oder sie in Präsenz lehren oder lernen möchte?

(Beifall bei der AfD)

Darf denn ein Mitglied der Hochschullandschaft nicht mehr frei und selbst entscheiden, ob es sich gewissen Lebensrisiken aussetzen möchte? Oder möchten Sie weiterhin in nahezu jeden Lebensbereich in sozialistischer Manier hineinregieren und durch Verordnungen das Leben gänzlich, bis ins kleinste Detail, bestimmen und so die freie Entfaltung der Persönlichkeit unterdrücken, die doch eigentlich in unserem Grundgesetz – Artikel 2 Absatz 1 – garantiert ist?

Im Interesse unserer Hochschulen und Professoren und der Studentenschaft lehnen wir diesen Gesetzentwurf ab. Wir brauchen vor allem eines: ein Sommersemester ohne unverhältnismäßige Corona-Maßnahmen. Geschätzte Kollegen, wir können uns leider nicht anders entscheiden. Machen Sie es im Sommersemester besser!

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Singer, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback vor, dem ich hiermit das Wort erteile.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Kollege Singer, nur zwei kurze Anmerkungen: Erstens. Ich hatte Gelegenheit, mich in den USA und in Kanada mit elektronischen Klausuren im Bereich der Rechtswissenschaften zu beschäftigen. Im digitalen Zeitalter gibt es Systeme, die Unterschleif verhindern. Die Systeme dort sind jedenfalls nicht von schlechten Eltern. Es geht also. Man muss natürlich Anstrengungen unternehmen; aber im digitalen Zeitalter wird es neben normalen Präsenzprüfungen digitale Prüfungen geben, auch in normalen Zeiten.

Das Zweite ist: Man kann natürlich Corona herunterspielen. Man kann auch fordern: Macht um Gottes willen die Hochschulen auf! – Dass man damit den Studenten oder den Professoren einen Dienst erweist, bezweifle ich sehr. Wenn Sie wissen wollen, was die Folgen eines solchen Schritts wären, dann schauen Sie sich die Bilder aus Brasilien an. Schauen Sie sich an, was passiert, wenn ein führender Politiker sagt: Das interessiert mich alles nicht. Wir lassen alles auf. – Ich finde das verantwortungslos. Angesichts dessen ist es mir lieber, unsere Hochschulen unternehmen die Anstrengungen, mit unterschiedlichen Mitteln auf die Situation zu reagieren.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Bausback, Sie haben eine Minute für Ihre Zwischenbemerkung.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Dass Sie wieder anfangen, die Studenten schlechtzureden, das verstehe ich wirklich nicht.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Singer, bitte.

Ulrich Singer (AfD): Herr Kollege Prof. Bausback, Sie haben eine zweigeteilte Frage gestellt. – Zum einen berufen Sie sich auf das Ausland, wo Online-Prüfungen anscheinend geregelt sind, wo es funktioniert, wo Unterschleif verhindert wird. Dann muss ich Sie fragen: Welche konkreten Maßnahmen haben wir hier in Deutschland ergriffen, damit das auch hier der Fall sein kann? Wenn die Online-Prüfungen, auf die Sie sich berufen, dort so gut sind und wenn Sie sagen, es wäre hier im Prinzip möglich, dann frage ich Sie, warum wir es bei uns nicht so machen.

(Zuruf von der CSU)

Das ist schon eine enttäuschende Aussage von Ihnen.

Zum zweiten Punkt: Wir haben ein Jahr lang gelernt, mit Corona umzugehen. Sie haben doch alle möglichen Regelungen getroffen und Empfehlungen herausgegeben. Dann wenden wir sie doch an! Ergreifen wir Hygienemaßnahmen! Dann tragen wir eben eine Maske. Ich bin kein Fan davon; aber ich appelliere an die Eigenverantwortung unserer Bürger, sodass wir wieder aufmachen können. Denn weitere Semester im Lockdown hält auch unser Forschungsstandort auf Dauer nicht aus.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Kollege Christian Flisek für die SPD-Fraktion ist der nächste Redner. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Christian Flisek (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben die Zweite Lesung im Eilverfahren. Ich habe bereits in der Ersten Lesung gesagt, dass wir dem zustimmen.

Wir stimmen auch den Änderungsanträgen der CSU und der FREIEN WÄHLER sowie dem GRÜNEN-Antrag zu. Wir sind froh, dass selbst bei so einem Gesetzentwurf im parlamentarischen Ausschussverfahren noch Änderungen durchgebracht werden können. Ich komme gleich noch dazu, was ich als Parlamentarier von diesem Verfahren halte.

Frau Kollegin Osgyan hat schon einiges auf den Punkt gebracht. Sie hat dargestellt, wie der Ablauf dieses Gesetzes war: Pressemitteilung im November, dann lange nichts. Das Wintersemester ist jetzt quasi vorbei, und wir beschäftigen uns nun mit einem parlamentarischen Eilverfahren.

Mittlerweile vermute ich ja, dass wir diesem Gesetz, bei dem wir große Einigkeit haben, jetzt alle zustimmen, weil es überfällig ist. Aber dieses Gesetz ist mittlerweile zum Symbol Ihrer Corona-Politik geworden, Herr Staatsminister Sibler. Zu spät! Und wenn es dann kommt, selbst bei solch einem Gesetz, gibt es handwerkliche Defizite, die dann noch im Eilverfahren durch den Ausschuss aufgearbeitet werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

In der Ersten Lesung hatte der Kollege Bausback noch von Planungssicherheit, von Rechtssicherheit für die Studierenden gesprochen. Es gab im November die Pressemitteilung. Damals habe ich darauf geantwortet, dass wir darüber nicht zu diskutieren brauchen, da eine Pressemitteilung kein formales Gesetz ersetzt. Jetzt dachte ich mir, dass Sie vielleicht mit dieser Bemerkung tatsächlich die Arbeitsweise des Ministers charakterisiert haben, weil er nämlich über Pressemitteilungen arbeitet. Er ist ein Ankündigungsminister. – Sie, Herr Minister, kündigen an, und das nicht nur im Hochschulbereich. Sie kündigen auch im Kulturbereich an. Sie kündigen ein Stipendienprogramm an, wollen eine zweite Runde für das Solo-Selbstständigenprogramm machen, und dann kommt wieder lange nichts. Es bleibt nur eine Pressemitteilung. Ich sage Ihnen ganz offen: Da muss man sich nicht wundern, wenn die "Abendzeitung" in der letzten Woche auf die Idee kommt, den Sprung vom Ankündigungsminister zum Problemminister Sibler zu machen.

Herr Kollege, Herr Staatsminister, ich sage Ihnen ganz deutlich: Ihr Pandemiemanagement hat erheblich Luft nach oben. Das, was Sie heute mit diesem Eilgesetz dem Parlament vorlegen, ist eine Zumutung, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich muss man sich auch die Frage stellen, wo denn die Perspektiven bleiben. Ja, es ist heute in der Debatte angesprochen worden: Dass das Wintersemester kommt, hätte man im letzten Sommer bereits wissen können. Jetzt wäre doch der Moment, die Frage zu stellen, wo denn die Perspektiven für die Hochschulen des Staatsministers Sibler sind. – Es bleibt dabei: keine Präsenzveranstaltung – Holzhammer – Wumms – Ende!

Im Schulbereich diskutieren wir über Schnelltestinitiativen und Möglichkeiten. Gibt es solche Ideen und Gedanken aus Ihrem Ministerium? Zwischen Bolsonaro, Herr Kollege Bausback, und Söder gibt es eine ganze Reihe von Möglichkeiten. Das ist nicht alles nur schwarz und weiß. Es gibt eine ganze Reihe von Möglichkeiten, über die wir uns hier verständigen und unterhalten können. Wir wollen ja nicht alles einfach verantwortungslos aufmachen – da sind wir ganz bei Ihnen. Wir wollen aber auch nicht, dass mit dem Holzhammer alles zugemacht wird. Da fehlt jede Initiative von Ihnen, Herr Minister.

(Beifall bei der SPD)

Hinsichtlich der sozialen und psychologischen Belastungen, die die Kollegin Radler angesprochen hat, höre ich auch nichts von Ihnen, dass Sie in dem Bereich irgendeine Initiative starten, um genau diesen Themenbereich für die Studierenden in diesem Land aufzugreifen.

Ja, auch wir danken der gesamten Hochschulfamilie für ihren enormen Einsatz. Sie bringt Hochleistung in diesen Zeiten. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Ich verstehe nicht, warum wir genau jetzt die Hochschulfamilie mit einem grundlegenden Reformprozess belasten. Es ist richtig: Der Ministerpräsident stand im Herbst 2019 hier und hat die bemerkenswerte Hightech Agenda verkündet und in diesem Zusammenhang gesagt, wir werden die bayerischen Hochschulen entfesseln, wir werden einen großen Reformprozess des bayerischen Hochschulrechts, einen Innovationsprozess angehen.

(Zuruf)

– Ja! Wir sind immer dabei. – Seit dem Herbst 2019 ist aber etwas passiert. Es kam die Pandemie dazwischen. Wir alle hören aus dieser Debatte heute heraus, dass die Hochschulen belastet sind. Und Sie? – Sie machen nichts anderes, als den Hochschulen noch zusätzlich zu erklären, bei ihnen werden sich der Rechtsrahmen und die Rahmenbedingungen komplett ändern.

Man hört dann, dass es wohl einen Zeitplan gibt, bis zum Sommer das Ganze durch das Parlament zu bringen. Herr Kollege Brannekämper, ich frage mich, wie Sie dann mit den Sitzungen des Ausschusses zurande kommen wollen; denn die sind jetzt schon vollgepackt.

Viel schlimmer ist, dass Sie ein Eckpunktepapier nach dem anderen veröffentlichen: Das erste ist streng geheim, das bekommen nur ausgewählte Kreise, und bei dem zweiten gehen Sie in die YouTube-Kanäle und erzählen, alles, was in diesem Eckpunktepapier steht, sei gar nicht so gemeint. Unternehmerische Hochschule – gar nicht so gemeint! Das ist ein einziges Zurückrudern, was Sie da machen.

Ich habe einmal gelernt, ein Eckpunktepapier soll den klaren Kurs des Ministers signalisieren. Dann kann man auch darüber diskutieren. Bei Ihnen entstehen jetzt nur noch Verunsicherung und Nebel. Ich sage Ihnen aber eines sehr deutlich: Wenn Sie Format hätten, würden Sie sich heute hier hinstellen und sagen: Dieser Innovationsprozess, dieser große Reformprozess für die bayerischen Hochschulen wird auf den Zeitpunkt verschoben, an dem wir endlich wieder Licht am Ende des Tunnels der Pandemie sehen. Das wäre eine Aussage!

(Beifall bei der SPD)

Das tun Sie aber nicht. Wenn ich mir genau dieses Gesetz, das im Eilverfahren verabschiedet werden soll, anschau und an den großen Reformprozess denke, wird mir wirklich schwarz vor Augen. Die Kolleginnen und Kollegen aus allen Fraktionen, die mit den Hochschulen zu tun haben, werden mir beipflichten, dass großer Diskussionsbedarf – um das jetzt neutral zu formulieren – an den Hochschulen besteht.

Aber eines wollen wir nicht: Wir wollen kein Eilverfahren. Wir wollen vielmehr einen ordentlichen Prozess, und wir wollen ein solch großes Projekt, an dem wir uns als Opposition gerne konstruktiv beteiligen, nicht mit dem Makel versehen, man würde das in Corona-Zeiten irgendwie durch das Parlament peitschen. Das sollten wir alle gemeinsam verhindern. Dazu will ich auch Ihre Unterstützung erfahren, Herr Minister. Deswegen wäre eigentlich nur eines sehr sinnvoll, nämlich dass man sagt:

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Christian Flisek (SPD): Wir vertagen diesen Reformprozess. Die Diskussion ist angegangen worden, aber wir vertagen es jetzt, und zwar auf den Zeitpunkt nach der Pandemie. – Das hätte Format, und das erwarte ich von Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Herr Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch für die FDP-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrter Herr Staatsminister, lieber Bernd! Auch ich möchte mich bei den Studierenden, bei den Professorinnen und Professoren, bei der gesamten Hochschulfamilie, bei dem Mittelbau, bei dem Wissenschaftsmanagement, also ganz generell bei den Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften, bei den Technischen Hochschulen bedanken. Ich muss sagen: Respekt! Sie haben aus meiner Sicht trotz der Fehler, die im Ministerium passiert sind, diese Pandemie noch am besten genutzt. Ich bin da ausdrücklich bei dem Kollegen Bausback, wenn ich sage: Ja, dies ist kein verlorenes Semester.

Ich habe selbst zwei Kinder, die noch im Studium sind, und ich weiß das. Wir haben uns vielfach – Sie können sich das vorstellen – darüber unterhalten. Sie studieren allerdings nicht in Bayern, aber ich gebe jetzt keine weitere Einschätzung ab.

(Zuruf: In Brasilien aber auch nicht, oder?)

– Lassen Sie mich bitte weiterreden. – Wir debattieren vor allem in unserer Gesellschaft für die älteren Menschen und darüber, was wir für sie tun können. Das ist extrem wichtig. Wir sprechen über die Kitas und Schulen, aber die Studierenden

lassen wir mit ihren Ansprüchen zumindest seit dem letzten Herbst eigentlich im Regen stehen.

365 Tage Pandemie bedeuten für die Studierenden 365 Tage meistens mit Online-Kursen. Man trifft keine Kommilitonen im Präsenzunterricht, es gibt kein Studentenleben, aber völlig neue Prüfungsformen. Die Studierenden müssen oftmals in einem Studentenwohnheim lernen oder müssen sogar zurück ins Elternhaus. Manche Studierende haben noch nie eine Vorlesung in Präsenz erlebt. Dafür können wir alle nichts, glaube ich, das ist Konsens. Wir können aber Planungssicherheit geben. Aber anstatt die Studierenden und das wissenschaftliche Personal zu bestärken und ihnen Mut zu machen, schaffen wir es sogar noch, die Unsicherheiten zu verstärken. Das betrifft sowohl die Regelungen für die Studierenden als auch die Regelungen für die Lehrenden.

Ich kann es wirklich nicht nachvollziehen. Es wurde mehrfach gesagt, aber man muss es noch mal deutlich ansprechen: Man kann es nicht nachvollziehen, dass die Staatsregierung es nicht hinbekommen hat, die Regelungen für das Wintersemester 2020/21 zu verabschieden, bevor dieses Semester vorbei ist. Ja, es ist eine Pandemie, und wir haben alle extrem viel zu tun. Aber die Studierenden dürfen nicht die Leidtragenden sein.

Diese nicht existierende Voraussicht macht mich so ärgerlich und wütend. Ich verstehe es nicht. Frau Osgyan hat ja ausgeführt, wie frühzeitig die Opposition – in dem Fall die GRÜNEN – darauf hingewiesen hat. Nichts ist passiert. Wie kann so etwas passieren, verehrte Damen und Herren? Verantwortlich hierfür ist die politische Führung des Hauses, es sind nicht die Mitarbeiter im Haus.

(Beifall bei der FDP)

Man müsste ja fast schon lachen, wenn es nicht so traurig wäre, dass die Regierung das Gesetz einreicht, dann die Regierungsfaktionen in einem Fall einen zusätzlichen Antrag einreichen müssen

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– wenn man es genau nimmt, sind es sogar zwei; danke, Herr Halbleib, es sind zwei Anhänge, heute kam ja noch mal einer – und die eigenen Regierungsfaktionen die Regierung darauf hinweisen müssen: Da habt ihr was vergessen, da habt ihr was übersehen. – So etwas kann ich nicht nachvollziehen.

Natürlich sollen die Tenure-Track-Professuren unterstützt werden. Selbstverständlich sind wir dafür. Aber ich erwarte mir schon vom Ministerium, dass so etwas rechtzeitig passiert.

Was wird sein, wenn sich das Sommersemester dem Ende zuneigt? Sind Sie sicher, dass Sie im Wintersemester wieder so studieren lassen können wie im Sommersemester des vorletzten Jahres? Das glaube ich nicht, und wir werden im Wintersemester wieder die gleiche drangvolle Enge haben, weil das Hochschulinnovationsgesetz irgendwo in der Ferne steht.

Ich möchte an der Stelle ganz klar sagen: Das muss jetzt mit Diskussionen durchgezogen werden. Es ist ja keinerlei Zeitplan angekündigt. Das wird lange dauern. Da werden wir selbstverständlich den Ministerpräsidenten verantwortlich machen; denn er war der Erste, der sich hierhin gestellt hat und lauthals getönt hat, dass er dieses Gesetz will, dass er die Hochschulen entfesseln will.

Mein Mitwirken hat er. Das schauen wir uns genau an. Aber ich glaube nicht, dass sich die fachlichen Mängel, die jetzt bei diesem Hochschulgesetz sichtbar wurden, im Hochschulinnovationsgesetz nicht fortsetzen. Die werden uns weiter verfolgen.

Beliebigkeit ist leider angesagt. Ich bin wirklich sehr, sehr enttäuscht. Insgesamt stimmen wir natürlich den beiden Änderungsanträgen zu, auch dem der GRÜNEN. Der andere Änderungsantrag wurde ja schon im Ausschuss behandelt. Wir signalisieren Zustimmung.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Heubisch. – Für die Bayerische Staatsregierung hat Herr Staatsminister Bernd Sibler das Wort.

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank, dass wir dieses Gesetz heute so verabschieden können, für diesen Zeitablauf und für die Rechtssicherheit, die wir heute bieten können. Ich hätte es auch gern früher verabschiedet. Ganz eindeutig, gar keine Frage! Ich darf aber bitte auch noch an etwas erinnern:

Wir haben diese Haltung, die inhaltlich heute mehrfach angesprochen wurde, breit kommuniziert. Wir haben sie natürlich nicht nur in Form einer Pressemitteilung kommuniziert, wir haben sie natürlich auch in die relevanten Statusgruppen kommuniziert. Wir haben sie natürlich mit der Landesstudierendenvertretung diskutiert, sodass all diese Dinge klar waren. Dass heute natürlich eine nicht vorhandene Rechtssicherheit aus politischen Gründen daraus wird, gehört mit zum Verfahren. Tatsächlich war die Gefahr lange nicht so groß, wie sie heute dargestellt worden ist, weil klar war, wo wir hinwollen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Zum anderen darf ich noch daran erinnern, dass wir bei den Hochschulen für angewandte Wissenschaften, die ja Anfang/Mitte Oktober begonnen haben, Gott sei Dank ein paar Wochen Präsenz hatten und wir dann gerade bei den Universitäten sehr schnell in den digitalen Bereich umswitchen mussten. Ich habe selbst noch Ende Oktober im Bayerischen Rundfunk die große Hoffnung dargestellt, dass wir dieses Wintersemester vielleicht in Präsenz durchziehen könnten. Das hat sich sehr schnell als nicht möglich erwiesen. Natürlich wäre das das Beste gewesen, und das hätten wir uns auch alle gewünscht.

Natürlich, lieber Wolfgang Heubisch, sind wir längst dabei, für dieses Sommersemester, wenn es irgendwie geht, auch Öffnungsszenarien zu entwickeln und diese auch mit den entsprechenden Verbänden zu diskutieren. Darauf will ich auch noch deutlich hinweisen.

Es ist doch vollkommen klar, dass diese digitalen Formate wichtig sind, dass sie gut sind, dass wir hier mit hoher Qualität und auf einer guten Ebene die Semester durchziehen können und dass wir sehr, sehr Gutes leisten können. Deshalb, lieber Winfried Bausback, unterstreiche ich ausdrücklich, dass das keine verlorene Generation ist, dass es keine verlorenen Semester sind und dass junge Menschen hier gut arbeiten und gut studieren können, weil wir zum Beispiel auch, lieber Herr Singer, eine abgestimmte Fernprüfungserprobungsverordnung für die digitalen Prüfungen haben – und das als einziges Bundesland in der ganzen Bundesrepublik Deutschland, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Also tun Sie hier bitte nicht so, als hätte man nichts getan. Andere Bundesländer schauen gerade bei dieser Fernprüfungserprobungsverordnung sehr neidvoll auf

Bayern, weil wir sie mit dem Datenschutzbeauftragten und mit denjenigen, die wir auch brauchen, abgestimmt haben. Deshalb haben wir hier Planungssicherheit geboten.

Natürlich möchten wir möglichst schon im Sommersemester mehr Präsenz sicherstellen. Ich hoffe, wie einzelne Redner auch schon vorgebracht haben, dass wir die Dinge zum Wintersemester so nicht brauchen werden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Die inhaltlichen Punkte sind ganz klar. Wir orientieren uns an den Bedürfnissen der Studentinnen und Studenten. Das gilt vor allem auch für die elektronischen Fernprüfungen, die hier jetzt abgebildet werden können.

Es geht natürlich um die Verlängerung der Hochschulsemester und nicht der Fachsemester. Die individuelle Regelzeit verlängert sich, und das wirkt sich auf all die Fragen aus, die mit dem BAföG zu tun haben. Das ist ganz, ganz wichtig für die Studentinnen und Studenten, damit gerade im BAföG-Bereich keine Nachteile entstehen.

Das Thema der Akademischen Rätinnen und Räte sowie der Juniorprofessorinnen und -professoren ist angesprochen worden, deren Verträge um auf zwölf Monate verlängern. Natürlich haben wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Thema der Akademischen Oberrätinnen und Oberräte sowie der Juniorprofessorinnen und -professoren auch für die zweite Phase diskutiert.

Wenn man hier jetzt der reinen Lehre folgt, meine sehr geehrten Damen und Herren – lieber Wolfgang, als ehemaliger Wissenschaftsminister solltest du das genau wissen –, handelt es sich eben in beiden Fällen nicht um reine Qualifikationsstellen. Juniorprofessorinnen und -professoren und Akademische Oberräte haben eben Lehrbefugnis und können sich auf alle Professuren bewerben. Von daher sind es zunächst mal keine klassischen Stellen.

Aber in der Diskussion haben wir eben den Qualifikationsbegriff materiell weiter gefasst und kommen dem Anliegen, das sich in den letzten Wochen entwickelt hat, gerne nach.

Aber deshalb, liebe Frau Osgyan – wo ist sie jetzt? Da sitzt sie; Entschuldigung. –, weise ich die Unterstellung handwerklicher Fehler in aller Form zurück, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich denke, es zeugt auch von guter Qualität, wenn man solche Dinge im Gesetzentwurf, der sehr schnell erarbeitet werden musste, aufgreifen kann, weil wir Diskussionen geführt haben. Damit kommen wir dem Willen des Gesetzgebers und der beiden Landtagsfraktionen nach. Das, denke ich, ist eine gute Qualität, die man jetzt nicht politisch ins Gegenteil verkehren sollte.

Zum Anliegen der GRÜNEN: Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht vor allem um die Sportprüfungen. Wir werden nächste Woche noch mal eine eigene Videoschalte mit den Sportzentren auf den Weg bringen, um deutlich zu machen, dass auch hier keine Nachteile erwachsen dürfen. Das sage ich ausdrücklich zu! Wir werden sehr genau darauf achten. Ich bin selbst mit Fällen konfrontiert worden, denen wir nachgegangen sind. Wir werden hier sicherlich Regelungen finden, damit keine Nachteile entstehen. Das will ich ausdrücklich zusagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Die Zukunftsperspektive habe ich ebenfalls angesprochen. Wir arbeiten auch auf Bundesebene mit allen Bereichen zusammen. Sie wissen, dass die Universitäten und Hochschulen froh und dankbar dafür sind, dass sie jetzt auch digital starten können, weil wir damit den Start bei steigenden Inzidenzwerten sicherstellen können.

Ich bin froh und dankbar, dass wir die Prüfungen durchführen konnten. So können wir vielen Studierenden eine gute Perspektive bieten, damit sie ihre Prüfungen ablegen und ECTS-Punkte sammeln können. Was schwierig war, haben wir auch weiterhin nachgesteuert und besprochen. Denken Sie an Ansbach: Auch hier haben wir sichergestellt, dass die Prüfungen schnell nachgeholt werden können, wenn die jungen Menschen in Quarantäne sind. All das ist gewährleistet und sichergestellt.

Deshalb will ich unterstreichen, dass gerade bei den Prüfungen deutlich geworden ist, dass viele Studentinnen und Studenten die sichere Variante wählen und ganz froh sind, wenn wir digital starten können. Tun wir bitte nicht so, als würden alle rückhaltlos auf Öffnungen und darauf drängen, dass jetzt alles mitlaufen muss.

Wir werden es am Infektionsgeschehen weiterentwickeln und sicherlich Möglichkeiten finden, mehr Präsenz sicherzustellen, wenn es das Infektionsgeschehen zulässt. Es ist doch völlig klar, dass ein Studium auch vom Austausch in Präsenzveranstaltungen geprägt ist und man genau dieses Miteinander braucht; denn auch ein Studium besteht nicht nur aus dem Erwerb von kognitiven Fähigkeiten und Kompetenzen, sondern es geht eben auch um die sozialen Belange. Wir sind längst weiter als das Bild, das Sie hier gezeichnet haben.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte mich deshalb dem Dank an die Universitäten, an die Hochschulen und ausdrücklich auch an die Kunsthochschulen anschließen; hier ist sehr viel geleistet worden.

Als gelernter Lehrer will ich deutlich machen, dass wir natürlich auch didaktisch weiterkommen müssen. Im letzten Jahr haben wir die Vizepräsidenten für Lehre ins Ministerium eingeladen und viele gute Gespräche geführt, sodass diese Dinge längst in den Alltag aufgenommen worden sind. Wir konnten uns weiterentwickeln und können hier weiter ansetzen.

Zwei Dinge möchte ich zum Abschluss ansprechen und den flammenden Appell von Winfried Bausback aufgreifen: Wir müssen jungen Menschen deutlich machen, dass sie keine verlorene Generation sind. Wir haben es in der Wissenschaft in vielen Bereichen gut gemacht, indem wir innerhalb kürzester Zeit von Präsenzlehre auf digitale Veranstaltungen umgestellt haben.

An vielen Stellen haben wir klug und gut nachgesteuert und das Prüfungssystem mit einer digitalen Fernprüfungsverordnung in wesentlichen Teilen aufrechterhalten, die deutschlandweit als datenschutzrechtlich abgestimmte Vorlage mustergültig ist. Wir haben einen guten Spagat zwischen Sicherheit und Perspektive hinbekommen, sodass wir keine verlorenen Semester und damit auch keine verlorene Generation haben. – Für das Hochschulinnovationsgesetz werden wir uns die Zeit nehmen, die wir brauchen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Es liegen vier Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt von Herrn Kollegen Dr. Wolfgang Heubisch von der FDP-Fraktion.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Sehr geehrter Herr Staatsminister, lieber Bernd, in deiner Rede klang durch: Alles ist gut, alles ist bestens; besser könnte es gar nicht laufen. – Ehrlich gesagt hätte ich mir schon ein Wort dazu erwartet, dass wir alle mit Problemen zu kämpfen haben. Ich hätte erwartet, dass man die Realität ein bisschen in die Rede einbaut.

Der Punkt, den ich ansprechen will, betrifft das Entscheidende für Studierende, nämlich das BAföG. Uns liegen Meldungen vor, dass bereits die ersten BAföG-Bewilligungsstellen Bescheide verschicken, dass das BAföG für das kommende Semester gestrichen wird, weil die Voraussetzungen nicht vorliegen und die Bewilligungsstellen noch nichts wissen. Was willst du unternehmen, damit kein einziger Studierender Nachteile hat, sondern regelmäßig zu seinem monatlichen BAföG kommt?

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Herzlichen Dank für die Frage, lieber Kollege Heubisch. Ich habe hier kein Wolkenkuckucksheim gezeichnet, sondern deutlich gemacht, dass die Dinge von der Opposition naturgemäß sehr negativ dargestellt werden, wir aber selbstverständlich den Regierungs- und Mehrheitsblick haben, der deutlich differenzierter ist. Es gibt eine ganze Reihe von Dingen, an denen wir arbeiten müssen – das ist gar keine Frage –, die ich differenziert dargestellt habe. Es ist aber nichts ganz anders, als es beschrieben worden ist.

Übereifrige BAföG-Ämter werden wir darauf hinweisen, dass die Rechtsgrundlage geschaffen worden ist; wir werden uns also entsprechend positionieren. Niemand wird Nachteile erfahren; das ist fest zugesagt.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Christian Flisek von der SPD-Fraktion.

Christian Flisek (SPD): Herr Staatsminister Sibler, ich habe Ihnen bei Ihrer Rede gut zugehört und muss vorwegschicken, dass ich von Ihrer Replik auf die Debatte, die wir geführt haben, in der viele Punkte vorgetragen worden sind, enttäuscht bin.

Ich habe Sie nach Perspektiven für die Hochschulen gefragt; das diskutieren wir gerade für die Schulen höchst intensiv. Dass wir das am Infektionsgeschehen ausrichten werden, ist geschenkt; selbstverständlich machen wir das. Wenn Sie sagen, dass wir entwickeln werden, was möglich ist, und längst weiter sind, als die Debatte heute es zeigt, wäre es vielleicht gar nicht schlecht, wenn Sie Ihre Gedanken und Ideen dazu ganz konkret mit dem Parlament teilen würden.

Ich bin Mitglied in dem Ausschuss, der Sie in dieser Frage zumindest begleitet. Auch in diesem Ausschuss höre ich nichts Konkretes von Ihnen zu dieser Frage. Nach einem Jahr Pandemie ist jetzt wirklich der Zeitpunkt gekommen, über die Erfahrungen des letzten Jahres und darüber zu resümieren, was wir im nächsten Jahr ändern können.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Christian Flisek (SPD): Wir sind uns einig, dass das alles nicht morgen aufhören wird. Ich höre von Ihnen nichts Konkretes, außer dass Sie immer nur geschmeidig über die Kritik hinweggehen und so tun, als hätten Sie bereits Ideen und Pläne.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Teilen Sie die mit!

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Ich bin ja schon dankbar, dass Sie das als geschmeidig bezeichnen, Herr Flisek. Das ist etwas differenzierter, als ich es vorher bei Ihrer Rede gehört habe; herzlichen Dank dafür.

Ich werde genauso zynisch zurückgeben, wie Sie es die ganze Zeit machen: Sie sind von meiner Rede enttäuscht, weil Sie in der Opposition sind und wir die Regierungsverantwortung tragen; das habe ich beim Kollegen Heubisch schon deutlich gemacht.

(Zurufe)

Wir sind auf Bundesebene unterwegs, um Dinge abzustimmen. Wir können und wollen es als Freistaat Bayern auch nicht ganz alleine machen; deshalb sind wir dabei, die entsprechenden Punkte abzarbeiten. Ich habe heute erst wieder mit Ministerin Karliczek Gespräche geführt. Es ist doch völlig klar, dass wir beim Testregime entsprechend unterwegs sind und darüber diskutieren, wie wir vielleicht im Sommer bestimmte Präsenzformen kompensieren und nachholen können.

Ganz wichtig ist auch, dass sich die Universitäten anders als die Schulen nicht in einem totalen Lockdown befinden. Lieber Kollege Herrmann, wir haben in einer der ersten Infektionsschutzverordnungen selbstverständlich Öffnungen für Praktika und verschiedene andere Bereiche wie Labortätigkeiten aufgenommen, sodass wir jetzt schon eine gute Basis haben, auf der wir natürlich weiterarbeiten werden. Wenn es das Infektionsschutzgesetz hergibt, werden wir auch hier entsprechende Antworten geben. Das Bild ist also ebenfalls deutlich differenzierter, als Sie es gezeichnet haben.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Kollege Toni Schuberl mit der nächsten Zwischenbemerkung für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Staatsminister, ich habe eine Frage zu § 99 Absatz 4, in dem es heißt, dass eine automatische Exmatrikulation stattfindet. Wir sprechen über drei Semester, in denen die Qualifikationsvoraussetzungen nicht erbracht werden können, wenn sich etwas verschiebt. Qualifikationsvoraussetzungen kann man nicht einfach aus Jux und Tollerei festlegen, sondern nur, um die Abbrecherquote zu verringern und klarzumachen, was man können muss, um den Studiengang überhaupt bestehen zu können.

Wenn jemand in einem Masterstudiengang drei von vier Semestern erfolgreich studiert hat und nur noch die Masterarbeit machen muss, dann aber rausfliegt, weil er die Qualifikation nicht erbringen kann, beißt sich die Katze in den Schwanz: Er hat das Studium erfolgreich bis zur Masterarbeit absolvieren können, fliegt jetzt aber raus, weil er nicht fähig sein wird, das Studium zu absolvieren. Wie soll das juristisch möglich sein?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Schuberl, Ihre Redezeit ist zu Ende. – Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Master ist ein interessanter Punkt, weil man dafür in der Regel schon vorher ein anderes Studium mit einer entsprechenden Qualifikation abgeschlossen haben muss; das Problem stellt sich also nicht in dieser Deutlichkeit, die Sie gerade beschrieben haben. Für die anderen Bereiche – dabei geht es vor allen Dingen um die Sportprüfungen – werden wir es abstimmen und abklären. Wir werden eine Lösung finden.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun kommt die Zwischenbemerkung von Herrn Prof. Hahn, Vorsitzender der AfD-Fraktion.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Minister Sibler, Sie haben eben gesagt, es entstehen keine Nachteile. Das beziehen Sie aber nur auf die Notengebung, wie die andere Zwischenfrage schon gezeigt hat. Das heißt, man versorgt die Studierenden sozusagen mit Abschlussprüfungen, womöglich auch mit guten Noten. Man hat ja schon fast Bedenken, einmal jemanden nicht durchkommen zu lassen; das haben wir gerade gehört. Ist es aber nicht so, dass in Wirklichkeit sehr große Nachteile entstehen, und zwar unabhängig von den Noten? Es ist ja so, dass seit drei Semestern, wenn wir das Sommersemester miteinbeziehen – die Marschrichtung dafür haben wir ja schon –, ganz viele Veranstaltungen überhaupt nicht stattfinden können. Ich spreche die Laborpraktika, die Geländeübungen usw. an.

Ich möchte Sie fragen: Wollen wir uns denn nicht lieber auf die Inhalte beziehen? Wir sehen, dass diese im Ausland gerade in Ländern, in denen Präsenzveranstaltungen möglich sind, vielleicht besser gelehrt werden. Das heißt, wir kommen hier ins Hintertreffen.

Eine letzte, ganz kurze Bemerkung und Frage. Sie haben schon das Wintersemester angesprochen. Bitte stellen Sie klar, dass spätestens im Wintersemester wieder Präsenzunterricht stattfinden kann.

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Herr Prof. Hahn, bin ich Hellseher? Kann ich das heute schon festlegen? Weiß ich das? – Ich würde mir wünschen, dass wir im Wintersemester eine solche Situation in Ihrem Sinne haben, aber das kann ich Ihnen heute nicht versprechen. Wenn wieder irgendeine Mutation kommt, haben wir wieder andere Probleme. Ich hoffe es nicht. Mein Ziel für die Universität ist, den Unterricht in Präsenz durchführen zu lassen. Natürlich gibt es eine Reihe von Problemen. Ich meine aber, dass wir und unsere akademische Landschaft sehr, sehr gut darauf reagiert haben. Wir haben in kürzester Zeit 90 % der Veranstaltungen durchgeführt. Wir haben im digitalen Bereich Großartiges geleistet. Das haben alle festgestellt und unterstrichen. Ich meine, wir werden die anderen Fragen, die Sie angesprochen haben, auch lösen können.

Ich möchte abschließend unserer akademischen Familie noch einmal herzlich danken, die sich mit riesigem Engagement eingebracht hat und Großartiges geleistet hat, damit für alle, gerade auch für junge Menschen, keine oder so wenig Nachteile wie möglich entstehen. Wir haben eine tolle akademische Landschaft, die sich riesig angestrengt hat. Wir haben keine verlorene Generation. Ich halte es für unredlich, ein solches Bild zu zeichnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Minister Sibler. – Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf der Staatsregierung auf der Drucksache 18/14196, die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst auf der Drucksache 18/14633, der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

auf der Drucksache 18/14635 und der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag von CSU-Abgeordneten und der Fraktion FREIE WÄHLER auf der Drucksache 18/14733.

Zuerst ist über den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Nachteilsausgleich bei der Zulassung für Studiengänge mit besonderen Qualifikationsvoraussetzungen" auf der Drucksache 18/14635 abzustimmen. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD sowie die FDP. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der FREIEN WÄHLER, der CSU sowie der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag auf der Drucksache 18/14635 abgelehnt.

Nun ist über den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag von CSU-Abgeordneten und der Fraktion FREIE WÄHLER auf der Drucksache 18/14733 abzustimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU sowie die FDP. Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Bei Enthaltung der AfD. Damit ist der Änderungsantrag auf Drucksache 18/14733 angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf selbst. Der federführende Ausschuss für Wissenschaft und Kunst empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, dass in § 2 die Nummern 2 und 3 geändert werden. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt Zustimmung zum Gesetzentwurf und zur Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 18/14633.

Wer dem Gesetzentwurf mit diesen Änderungen und insbesondere auch mit dem eben vom Plenum positiv verbeschiedenen Änderungsantrag auf Drucksache 18/14733 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und die FDP. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der AfD. Enthaltungen? – Keine. Damit ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und die FDP. Gegenstimmen! – Das ist die AfD-Fraktion. Danke sehr. Enthaltungen? – Keine. Damit ist das Gesetz angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes und des Bayerischen Hochschulpersonalgesetzes".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung hat der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf der Drucksache 18/14733 seine Erledigung gefunden.

Ich bedanke mich bei Ihnen für die konzentrierten Beratungen. Wir machen morgen um 10 Uhr weiter mit dem Einzelplan 07 sowie im Anschluss daran mit der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten mit Aussprache zur Corona-Pandemie. – Noch einmal vielen Dank für die konzentrierten Beratungen. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 20:25 Uhr)

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 1

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 01

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Ausgaben für repräsentative Anlässe und Begegnungen mit Bürgern
(Kap. 01 01 Tit. 535 01)
Drs. 18/12932
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Mitgliedsbeiträge und sonstige Unterstützungen an Verbände, Vereine u. dgl.
(Kap. 01 01 Tit. 686 05)
Drs. 18/12933

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 3

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 02

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: keine nochmalige Stellenmehrung in der Staatskanzlei
(Kap. 02 01 Tit. 422 01 u. 428 01)
Drs. 18/12788
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
(Kap. 02 02 neuer Tit.)
Drs. 18/12789
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Für eine effektive Wirkungskontrolle in der bayerischen Entwicklungszusammenarbeit - Mittel für Entwicklungsevaluierungen bereitstellen!
(Kap. 02 03 Tit. 526 11 u. 540 01)
Drs. 18/12790
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Sustainable Development Goals in Bayern gemeinsam umsetzen - Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie mit Bürgerbeteiligung neu erarbeiten
(Kap. 02 03 Tit. 526 23 u. 526 11)
Drs. 18/12791
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Bayerischen Jugendring stärken statt Bayerisches Auslandsinstitut gründen
(Kap. 02 03 Tit. 540 58 u. 684 58)
Drs. 18/12792

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Entwicklungspolitische Bildungsarbeit und Umsetzung der Agenda 2030 in Bayern stärken
(Kap. 02 03 Tit. 682 53, 542 53 u. 685 53)
Drs. 18/12793
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/12882
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Entgelte der Arbeitnehmer
(Kap. 02 01 Tit. 428 01)
Drs. 18/12883
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Ausgaben für die Nutzung von Räumen und Plätzen der Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen für staatliche Zwecke und die Nutzung durch Dritte bei dringendem Staatsinteresse
(Kap. 02 02 Tit. 981 16)
Drs. 18/12884
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen
(Kap. 02 03 Tit. 536 04)
Drs. 18/12885
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Ehrenpatenschaften des Ministerpräsidenten
(Kap. 02 03 Tit. 681 04)
Drs. 18/12886
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/12934

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Bezüge der abgeordneten Beamten
(Kap. 02 01 Tit. 422 31)
Drs. 18/12935
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
Drs. 18/12936
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Stiftung „Wertebündnis Bayern“
(Kap. 02 03 Tit. 540 54)
Drs. 18/12937
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Eine-Welt-Promotorinnenprogramm
(Kap. 02 03 Tit. 682 53)
Drs. 18/12938
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der
entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern mit aus-
ländischen Staaten und Regionen und zur Bekämpfung von Fluchtursa-
chen
(Kap. 02 03 Tit. 685 53)
Drs. 18/12939
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Förderung der internationalen Beziehungen Bayerns
(Kap. 02 03 Tit. 687 53)
Drs. 18/12940
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Gegen Fake-News - Zuschüsse für Veranstaltungen im Medienbereich
(Kap. 02 05 Tit. 686 05)
Drs. 18/12941

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 4

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 04

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Arif Taşdelen u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Erhöhung der Personalausgaben zur Institutionalisierung der Rechtstat-sachenforschung in Bayern
(Kap. 04 01 Tit. 422 31 und Tit. 428 01)
Drs. 18/12759
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Arif Taşdelen u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Offensive für den Rechtsstaat – Mittel für die Finanzierung von 450 neuen Stellen für alle Funktionsbereiche und Dienste in der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Bayern
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 18/12760
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Erhöhung der Mittel für die Fortbildung der Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Staatsanwälte in Bayern
(Kap. 04 04 Tit. 525 01)
Drs. 18/12761
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Arif Taşdelen u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Offensive für einen guten Behandlungsvollzug – Mittel für die Finanzierung von 464 neuen Stellen für alle Funktionsbereiche und Dienste in den Justizvollzugsanstalten in Bayern
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 18/12762

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Erhöhung der Mittel für die Gefangenen- und Entlassenenfürsorge in Bayern
(Kap. 04 05 Tit. 681 02)
Drs. 18/12763
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
(Kap. 04 02 neuer Tit.)
Drs. 18/12794
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Starke Justiz für Bayern – Schnellere Verfahren durch mehr Richterinnen und Richter und mehr Staatsanwältinnen und Staatsanwälte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 18/12795
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Starke Justiz für Bayern – 50 neue Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 18/12796
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Starke Justiz für Bayern – Echte Personalaufstockung in der Rechtspflege
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 18/12797
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Starke Justiz für Bayern – Sicherheit von Justizgebäuden verbessern
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 18/12798
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Starke Justiz für Bayern – 80 neue Stellen an Gerichten und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 428 01)
Drs. 18/12799

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Starke Justiz für Bayern – Digitales Arbeiten in einer modernen Justiz
(Kap. 04 04 Tit. 812 30 u. TG 99)
Drs. 18/12800
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Einrichtung einer Beratungsstelle für Opfer von Hate-Speech-Kriminalität
(Kap. 04 04 neuer Tit.)
Drs. 18/12801
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Starke Justiz für Bayern – 100 neue Stellen im Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 01 u. 422 21)
Drs. 18/12802
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Entgelte für Postdienstleistungen
(Kap. 04 04, Tit. 511 02)
Drs. 18/12887
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Christoph Maier, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit
(Kap. 04 04 Tit. 427 01)
Drs. 18/12943

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Pflegerische Kinder und Jugendliche entlasten I –
Öffentlichkeitsarbeit für „Young Carer“ intensivieren
Drs. 18/11019, 18/13215 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Pflegerische Kinder und Jugendliche entlasten II –
kind- und jugendgerechte Onlineangebote für „Young Carer“
bereitstellen
Drs. 18/11020, 18/13216 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Pflegerische Kinder und Jugendliche entlasten III –
Sensibilisierung der Fachstellen für „Young Carer“ ausbauen
Drs. 18/11021, 18/14447 (A) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Pflegerische Kinder und Jugendliche entlasten IV –
psychologische Hilfe für „Young Carer“ bereitstellen
Drs. 18/11022, 18/13217 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Pflegerische Kinder und Jugendliche entlasten V –
Unterstützende Schulfamilie für „Young Carer“ ausbauen
Drs. 18/11023, 18/13218 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Pflegerische Kinder und Jugendliche entlasten VI –
Haushaltshilfen für „Young Carer“-Familien erweitern
Drs. 18/11024, 18/13219 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Pflegerische Kinder und Jugendliche entlasten VII –
Bayerisches Monitoring für „Young Carer“ aufsetzen
Drs. 18/11025, 18/13220 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Aquakulturen im Bodensee
Drs. 18/11328, 18/14473 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Europäische Milliarden in Bayern zukunftsorientiert investieren:
EU-Agrargelder maximal umschichten und den Schutz unserer
Lebensgrundlagen stärken
Drs. 18/11627, 18/14474 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u.a. und Fraktion (CSU)
Unterstützung der Schweinehalter vor dem Hintergrund der Afrikanischen Schweinepest und Corona
Drs. 18/11693, 18/14614 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Florian von Brunn u.a. SPD
Auswirkungen des Klimawandels auf die Imkerei – Forschungsprojekt zu notwendigen Anpassungen der Bewirtschaftung der Bienenvölker installieren
Drs. 18/11737, 18/14615 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Regionale Lebensmittel in Bayern – Wofür steht "regional"? – Begriffsbestimmung für ein oft verwendetes Wort
Drs. 18/11752, 18/14475 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Katrin Ebner-Steiner u.a. AfD
Leiharbeit eindämmen: Sicherheitspersonal in staatlichen Museen und anderen Einrichtungen des Freistaates direkt beschäftigen
Drs. 18/12333, 18/14618 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer u.a. AfD
FFP2-Masken zur Verwendung nach Infektionsschutzgesetz bei Privatpersonen untersagen
Drs. 18/12357, 18/14497 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Christian Kligen, Franz Bergmüller AfD
Steuererhöhungen während der Corona-Pandemie aussetzen
Drs. 18/12373, 18/14489 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Florian von Brunn u.a. SPD
Notfallzulassung für neonicotinoide Beizen in Bayern –
Bericht zu den Ergebnissen des anbaubegleitenden Monitorings
Drs. 18/12446, 18/14478 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Auswirkungen von Corona-Mutationen auf Kinder
Drs. 18/12465, 18/14499 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>